



# Info-Brief

Nr. 28 / 2019

**Liebe Mitglieder des Rheinischen Pfarrvereins,**

**liebe Leserinnen und Leser dieses 28. Infobriefs,**

gleich drei Themen dieses Heftes sind dazu geeignet, wirklich Emotionen zu wecken: Das Judentum in Deutschland, der Gottesdienst am Sonntag und die Demokratie in der Kirche.

Wer die aufgewühlte öffentliche Diskussion nach dem Attentat von Halle am 9. Oktober 2019 mitverfolgt hat, konnte sich kaum der um sich greifenden Verunsicherung und Ratlosigkeit entziehen. Zweifel meldeten sich, ob die kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland wirklich und auf Dauer unter uns einen festen Platz und Heimat hat.

Auch **Abraham Lehrer**, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat auf dem Pfarrereinnen- und Pfarrertag Klartext gesprochen. Aber sein umfassender und abgewogener Bericht über das jüdische Leben in Deutschland ließ durchblicken: Da spricht einer, der hier seine Heimat hat und entschlossen ist zu bleiben: „Deutschland ist unser Zuhause! Warum sollen wir gehen, nur weil andere etwas gegen uns haben?“ Deswegen war sein Besuch und sein Vortrag - ein Honorar dafür lehnte er ab - bei uns evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrern so wichtig. Wir haben ihm 75 Minuten lang gebannt zu gehört. Was er gesagt hat, können Sie hier nachlesen.

Auch der Gottesdienst am Sonntag ist - soll man es so sagen? - ins Gerede gekommen, nachdem die Liturgische Kommission der EKD angesichts schwindender

## **Jüdisches Leben in Deutschland - Rückblick und Ausblick**

*Abraham Lehrer*

3

## **Bericht des Vorsitzenden**

*Friedhelm Maurer*

17

## **November-Trinität**

*Reinhard Schmidt-Rost*

23

## **Mit Freuden evangelische(r) Pfarrer oder Pfarrerin in Europa sein**

*Michael Bünker*

25

## **Laudatio et exploratio - 20 Jahre Ökumenischer Predigtpreis Bonn**

*Reinhard Schmidt-Rost*

32

## **Der Anruf des Namens Gottes inmitten einer gottverlassenen Welt**

*Gisela Kittel*

35

## **Vox populi vox dei**

*Hans A. Rosenboom*

41

## **Was wäre, wenn... Meditation über die Kirchenordnung**

*Stephan Sticherling*

56

## **Hans-Joachim Barkenings: EIN LÄCHELN EINE ANGST**

*Paul Gerhard Schoenborn*

62



personeller und finanzieller Ressourcen über seinen Fortbestand diskutieren möchte, weil er angeblich nur noch für eine überschaubare Zielgruppe attraktiv ist. Man fragt sich, wie in einer Kirche, die sich vor Kurzem noch vehement und durchaus nicht ohne Erfolg für den Schutz des Sonntags eingesetzt hat, die Relativierung des Sonntags und seines Gottesdienstes allen Ernstes in Erwägung gezogen werden kann. Ich habe in meinem persönlichen Umfeld niemanden angetroffen, der nicht darüber heftig den Kopf geschüttelt hat. **Gisela Kittel** hat zu dieser Diskussion ihre klare Meinung kundgetan und auch **Friedhelm Maurer** hat sie in seinem Rechenschaftsbericht aufgegriffen.

Und schließlich die Demokratie in der Kirche: Wir sollten uns an den Gedanken gewöhnen, dass unsere Kirche keine demokratische Veranstaltung ist und das auch gar nicht sein will. Wir nennen uns gerne „presbyterial-synodal“ - aber was ist das, wenn es was anderes ist als „demokratisch“? Ich habe den Eindruck, wir müssen uns über unser presbyterial-synodales Selbstverständnis noch einmal gründlich unterhalten, denn was das wirklich ist, scheint so klar nicht zu sein. **Hans A. Rosenboom** und **Stephan Sticherling** haben sich - ohne voneinander zu wissen - dieses Themas angenommen und sind zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, Rosenboom in einer gründlichen und kenntnisreichen Analyse des ganzen Komplexes und Sticherling mit einer „Meditation über die Kirchenordnung“.

Hinzu kommen zwei interessante Schlaglichter auf das, was wir als Pfarrerinnen und Pfarrer so machen, etwa das Predigen. Der Bonner Ökumenische Predigtpreis würdigt seit 20 Jahren dieses Herzstück unseres Tuns, das auch in der katholischen Kirche seinen festen Platz im Zentrum des Gottesdienstes hat, wie die Verleihung des Predigtpreises für das Lebenswerk an den Würzburger Pastoraltheologen und Homiletiker Erich Garhammer zeigt. Das Jury-Mitglied **Reinhard Schmidt-Rost** berichtet darüber; von ihm stammt auch die Morgenandacht über die „November-Trinität“, die er auf dem Pfarrerinnen- und Pfarrertag gehalten hat.

Die Themen Resilienz und Salutogenese im Pfarramt beschäftigen uns ja schon eine ganze Weile. In diesem Heft lassen wir einen

Bischof den Blick darauf werfen. Bei seinem Besuch der Tagung der Konferenz europäischer Pfarrverbände in Admont in Österreich hat der - inzwischen in den Ruhestand getretene - Bischof der evangelischen Kirche in Österreich, **Michael Bünker** anhand der Geschichte seiner eigenen Familie mit mehreren Pfarrer-Generationen deutlich gemacht, wie sich die Anforderungen an das Pfarramt durch die Zeiten gewandelt hat.

Auch in diesem Heft findet sich eine Buchrezension: **Paul Gerhard Schoenborn** macht auf die von Okko Herlyn herausgegebene Sammlung von Texten des 2016 gestorbenen Duisburger Studentenpfarrers und Lyrikers Hans-Joachim Barkenings aufmerksam: „Ein Lächeln eine Angst“.

Dann ist noch zu berichten, dass es im Vorstand des Evangelischen Pfarrvereins Veränderungen gegeben hat. Nur sehr ungern haben wir uns von **Christoph König** und **Karin Lang-Bendszus** verabschiedet, die sich nach vielen engagierten Jahren nicht haben wiederwählen lassen. An ihrer Stelle wurden **Dirk Voos** aus Bonn und **Brigitte Keuer** aus Ratingen von der Mitgliederversammlung in den Vorstand gewählt worden. Anstelle von Christoph König wurde Stephan Sticherling zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Telefonnummern und Email-Adressen aller Vorstandsmitglieder finden sich auf Seite 63.

Zum Schluss mache ich noch auf den **deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrertag vom 28.-30. September 2020 in Leipzig** aufmerksam und lade dazu herzlich ein. Zu Wort kommen werden namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Theologie und Kirche kommen und wir haben Gelegenheit für Gespräche miteinander.

Jetzt aber freue ich mich, wenn Sie beispielsweise über Weihnachten, zwischen den Jahren oder in Verhandlungspausen auf der Landessynode ein wenig in diesem Heft blättern und an der einen oder anderen Stelle „hängen bleiben“,

Ihr

*Stephan Sticherling*





## Jüdisches Leben in Deutschland. Rückblick und Ausblick

Vortrag auf dem 50. Evangelischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag am 11. November 2019 in Bonn

*Abraham Lehrer*

Wenn sich Rheinländer am 11.11. versammeln, geht es eigentlich um jeckes Treiben. Und so würde ich heute am Liebsten nur über fröhliche Ereignisse in der jüdischen Welt berichten: über unseren Kölner Karnevalsverein, die „Kölsche Kippa Köpp“, der 2017 gegründet wurde. Oder über den Toleranz-Karnevalswagen letztes Jahr im Düsseldorfer Karnevalszug, der hoffentlich wiederholt wird und der von Juden, Christen und Muslimen gemeinsam gestaltet wurde.

Aber wir haben auch vor kurzem den 60. Jahrestag der Wiedereinweihung der Kölner Synagoge gefeiert. Und unsere Vorbereitungen auf das Jubiläum „321 - 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ laufen auf Hochtouren. Und es gäbe viele weitere Feste und Ereignisse zu nennen, die in den jüdischen Gemeinden landauf, landab mit Freude und Spaß begangen wurden oder auf die wir mit großer Vorfreude blicken.

Doch vor ziemlich genau einem Monat machte sich in Halle ein Mann auf den Weg, um Juden umzubringen. Er war bis an die Zähne bewaffnet und G. s. D. kein guter Schütze. Zwei unschuldige Menschen mussten wegen seiner rechtsextremistischen Gesinnung mit ihrem Leben bezahlen. Die Menschen, die in der Synagoge in Halle um ihr Leben bangten, und ebenso jene, die im Döner-Imbiss dabei waren, werden noch viel Kraft brauchen, um diesen Tag – Jom Kippur – verarbeiten zu können.

Mein Besuch hier bei Ihrem Jubiläums-Pfarrerinnen- und Pfarrertag hat also eine Aktualität bekommen, die eine ausschließlich fröhliche Rede unmöglich macht. Aber das hatten Sie ja ohnehin nicht erwartet. Ich vermute, es ist Zufall, dass Ihre Tagung auf das närrische Datum des 11.11. fällt.

Ich möchte Ihnen heute einen Überblick geben über das heutige jüdische Leben in Deutschland und auch über die Stimmungslage, die derzeit in der jüdischen Gemeinschaft anzutreffen ist.

Lassen Sie mich zunächst ein paar grundlegende Informationen nennen. Denn es gibt in Deutschland so allerlei Vorstellungen über Juden – mit der Realität hat das nicht immer viel zu tun.

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist klein. Es sind gar keine Millionen, sondern viel weniger. Die jüdischen Gemeinden in ganz Deutschland, die zum Zentralrat der Juden gehören, haben rund 100.000 Mitglieder.

Es gibt auch noch Juden in Deutschland, die nicht Mitglied einer Gemeinde sind, auch einige Israelis. Wenn wir sehr großzügig schätzen, kommen wir auf eine Gesamtzahl von 150.000.

Dass die Zahl der Juden hierzulande so klein ist, hat natürlich historische Gründe. Das muss ich hier nicht näher erklären. Die Zahl wäre noch viel kleiner, wenn nicht seit 1990 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert wären.





Unsere Gemeinden bestehen zu 90 Prozent aus Einwanderern. Die Muttersprache der meisten Juden ist russisch. Auch das ist vielen Bürgern in Deutschland unbekannt.

Wenn Sie also Experten für Integration suchen, können Sie gerne in einer unserer Gemeinden vorbeischaun!

Wir haben diese Expertise übrigens tatsächlich in die Arbeit mit Flüchtlingen seit 2015 einbringen können. Und wenn Sie vom Zentralrat der Juden Forderungen hören, was bei der Integration der Flüchtlinge beachtet werden sollte und dass wir bessere Lehrpläne für die Integrationskurse brauchen – dann sind diese Forderungen nicht aus einem Bauchgefühl entstanden, sondern ganz handfest aus unseren eigenen Erfahrungen mit Zuwanderung.

Es geht eben nicht nur darum, Deutsch zu lernen. Wir müssen genauso viel Mühe darauf verwenden, unsere Werte zu vermitteln. Oder eben im Fall der jüdischen Zuwanderung hatten wir die Aufgabe, unsere Religion zu vermitteln. Denn viele Zuwanderer hatten in der damaligen Sowjetunion gar keine Möglichkeit, die jüdischen Traditionen zu pflegen. Sie mussten erst wieder an die jüdische Religion herangeführt werden.

Inzwischen haben sich nicht nur die Einwanderer gut integriert, sondern deren Kinder und zum Teil schon Enkel fühlen sich in Deutschland wirklich zu Hause. Sie identifizieren sich gleichermaßen mit diesem Land und mit dem Judentum. Sie können das unter anderem daran ablesen, dass laufend jüdische Schulen entstehen. So wurden in den letzten Jahren in Düsseldorf und München neue jüdische Gymnasien gegründet. Auf diese Schulen gehen natürlich auch nicht-jüdische Schülerinnen und Schüler – das ist ja bei Schulen in kirchlicher Trägerschaft nicht anders – doch ich halte solche konfessionellen Schulen für außerordentlich wichtig. Denn nicht immer ist das Elternhaus in der Lage, die religiöse Identität der Kinder zu festigen. Hier leisten die Schulen einen wertvollen Beitrag. Auch ich selbst

habe eine katholische Grundschule besucht.

Und damit wäre ich schon bei einem Thema angelangt, das mir sehr wichtig ist: der Bildung.

Nach dem Anschlag von Halle ist die Frage, wie wir Antisemitismus und Extremismus bekämpfen können, wieder lauter gestellt worden.

Und eine einfache Antwort gibt es nicht. Auch nicht einen einzigen Königsweg.

Doch die Schulen nehmen meines Erachtens eine Schlüsselrolle ein. Und dabei übrigens gerade der Religionsunterricht.

Ich bin kein Pädagoge oder Theologe, daher möchte ich etwas allgemeiner über die Schulen sprechen.

Eltern und Lehrer haben heutzutage etwas gemeinsam, und zwar stärker als früher:

Sie wissen nicht, was ihre Kinder bzw. Schüler spielen, ansehen, liken oder teilen. Sie wissen häufig auch nicht, mit welchen Bildern die Jugendlichen konfrontiert werden. Und was vielleicht unverarbeitet und Angst machend in ihren Köpfen bleibt. Die digitale Welt hat einen so großen Einfluss gewonnen, dass wir sie im Bereich Bildung immer mit-denken müssen.

Schon vor der Digitalisierung waren Jugendliche auch Einflüssen außerhalb des Elternhauses und der Schule ausgesetzt. Doch wenn wir uns daran erinnern, dass es Zeiten gab – und die sind gar nicht so lange her – als Eltern es ihren Kindern verboten, die „Bravo“ zu lesen, so würden heute Eltern mit den gleichen Wertmaßstäben vermutlich seufzen: Die Lektüre der „Bravo“ wäre ja harmlos. Die Youtube-Videos und Computerspiele, die mein Kind heute konsumiert, sind von ganz anderem Kaliber.

Hinzu kommen die sogenannten sozialen Medien. Auf Facebook und Twitter erleben die Nutzer, dass es offenbar normal ist, sich gegenseitig zu beleidigen, Menschen zu denunzieren, abzuwerten und Hass zu säen. Einer solchen verrohten

***„Inzwischen haben sich nicht nur die Einwanderer gut integriert, sondern deren Kinder und zum Teil schon Enkel fühlen sich in Deutschland wirklich zu Hause. Sie identifizieren sich gleichermaßen mit diesem Land und mit dem Judentum.“***



Kommunikation waren junge Menschen vor wenigen Jahrzehnten noch nicht in dieser Breite ausgesetzt.

Auch für die Verbreitung von Antisemitismus bieten die sozialen Medien beste Voraussetzungen. Alte judenfeindliche Stereotype werden dort in einer beängstigenden Häufigkeit reproduziert. Rechtsextremisten und auch Islamisten nutzen diese Plattformen gezielt für ihre antisemitische Propaganda.

Wie entsetzlich die Folgen dieses Medienkonsums sein können, hat sich vor zwei Wochen in Halle gezeigt. Der Rechtsextremist, der dort die Synagoge angegriffen und zwei Menschen getötet hat, hat sich – so lauten jedenfalls alle Berichte – sehr viel im Netz bewegt und war in Gruppen aktiv, in denen Anschläge mit besonders vielen Toten gefeiert werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser junge Mann über das Internet radikalisiert hat.

Halle hat gezeigt: Zum einen müssen – und das ist die traurige Realität in Deutschland im Jahr 2019 – jüdische Einrichtungen stärker geschützt werden als bisher.

Zum anderen müssen wir gesellschaftlich auf allen Ebenen und in allen Bereichen – und da gehört die virtuelle Welt dazu – stärker gegen alles vorgehen, das der Menschenwürde widerspricht.

2018 hat die Technische Universität Berlin eine Langzeit-Studie über Antisemitismus im Netz veröffentlicht. Die Wissenschaftler stellten dabei ein – ich zitiere – „nie zuvor da gewesenes Ausmaß“ an judenfeindlichem Gedankengut fest. Sie sprachen von einer „Omnipräsenz von Judenfeindschaft (...) als Teil der Webkommunikation 2.0“. Das Internet muss der Studie zufolge als Beschleuniger gesehen werden für die Normalisierung von Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft.

Die Befunde der Wissenschaftler der TU bestätigen sich in einer Umfrage der EU-Grundrechteagentur, die ebenfalls im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde. Darin gaben 82 Prozent der befragten

Juden an, im Internet schon Antisemitismus erfahren zu haben. Am häufigsten von allen gesellschaftlichen Bereichen wurde Antisemitismus in den sozialen Medien als starkes Problem wahrgenommen.

Ist es dann verwunderlich, dass das Wort „Jude“ auf dem Schulhof als Schimpfwort benutzt wird?

Ehrlich gesagt: Leider nicht.

Die meisten Bürger in Deutschland, und das gilt natürlich auch für Schüler, kennen zwar keinen Juden persönlich. Oder zumindest ist ihnen nicht bewusst, dass der Kollege oder Nachbar jüdisch ist.

Dennoch sind antisemitische Vorurteile von Generation zu Generation weitergegeben worden. Denn kein Baby wird hasserfüllt geboren. Kein Kind ist aus sich selbst heraus antisemitisch, rassistisch oder sexistisch.

Heutzutage wirkt jedoch nicht nur die Erziehung zu Hause auf die Heranwachsenden ein, sondern eben, wie bereits erwähnt, ganz massiv die digitalen Medien.

Deshalb brauchen wir digitale Bildung. Denn worum geht es? Es geht darum, jungen Menschen ein so stabiles Wertegerüst mitzugeben, dass sie sowohl in der Lage sind, sich eigenständig ein Urteil zu bilden, als auch, sich damit selbst zu schützen. Es ist einer unserer vordringlichsten Aufgaben, die Jugend gegen rechts zu impfen und zu imprägnieren.

Im Mittelpunkt dieser Wertevermittlung sollte meines Erachtens der Umgang mit anderen Menschen stehen, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem mit Minderheiten.

Wir erleben heute, dass Missgunst, Vorurteile und ja, purer Hass gegen Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung wieder präsent sind und sich ausbreiten.

Um beim Thema Antisemitismus zu bleiben:

Es gab Fälle, in denen jüdische Schüler ihre Schule verlassen mussten, weil sie

**„Die Wissenschaftler stellten dabei ein nie zuvor da gewesenes Ausmaß an judenfeindlichem Gedankengut fest. Sie sprachen von einer Omnipräsenz von Judenfeindschaft als Teil der Webkommunikation 2.0“.**



verbal und sogar tötlich angegriffen wurden.

An einem Gymnasium in Berlin-Wedding beispielsweise wurde ein Schüler von seinen Mitschülern mit folgenden Worten bedrängt: „*Man soll den Juden die Köpfe abschneiden. Hitler war gut, denn er hat die Juden umgebracht!*“.

Oder ein anderer schockierender Vorfall: Ein Mädchen wurde in einer Grundschule – ich wiederhole - in einer GRUNDSCHULE mit dem Tode bedroht, nur weil sie jüdisch war.

Und ebenso nehmen die Schüler über das Netz Vorurteile auf gegenüber anderen Minderheiten, wie Ausländern oder Muslimen, wie Homosexuellen oder behinderten Menschen. Manche Kinder haben vielleicht noch nicht verstanden, dass diese Witze nicht witzig sind, sondern verletzend. Viele Jugendliche durchdringen dies intellektuell auch nicht, wissen aber sehr wohl, dass sie mit entsprechenden Bemerkungen provozieren können.

Gerade die Schulbildung trägt jedoch entscheidend zur Vermittlung positiver Werte bei. Werte, die auch in unserem Grundgesetz verankert sind, dessen 70. Geburtstag wir in diesem Jahr begangen haben.

Gleichheit aller Menschen, Religions- und Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, um nur einige zu nennen – dies alles gründet auf den Lehren unserer Vergangenheit.

Und deswegen finde ich es auch unumgänglich, um die Vergangenheit wissen zu müssen.

Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung im Jahr 2017 wissen vier von zehn Schülern nicht, wofür Auschwitz steht.

Eine 2018 veröffentlichte Studie des Nachrichtensenders CNN fand heraus, dass 40 Prozent der Deutschen im Alter zwischen 18 und 34 Jahren nach eigener Einschätzung „wenig bis nichts über den Holocaust wissen“.

Die Freiheiten und Grundrechte, auch die universellen Menschenrechte, die wir

heute zum Glück haben und als selbstverständlich erachten, entstanden jedoch nicht ohne Grund.

Sie sind die Konsequenz aus der Nazi-Barbarei und die Schlussfolgerung aus der Schoa mit sechs Millionen jüdischen Opfern der Nazidiktatur.

Seitdem heißt es „Nie wieder!“ und „Wehret den Anfängen!“. Aber um es nie wieder geschehen zu lassen, muss man eben doch wissen, was überhaupt geschehen ist.

Wir dürfen es daher nicht zulassen, dass die Wissenslücke noch größer wird. Denn klar ist, nur wer sich der Vergangenheit bewusst ist, kann in der Gegenwart für eine friedliche Zukunft agieren.

Daher stellt sich die Frage, ob sich in der Schulbildung etwas ändern muss, damit die Krankheit „Unwissen über die Schoa und über das Judentum generell“ verschwindet.

Es ist in der Tat nämlich so, dass wir nicht behaupten könnten, die Wissensvermittlung über das Judentum sei in Deutschland wirklich zufriedenstellend. Hier gibt es durchaus Defizite.

Der Zentralrat der Juden ist über die vergangenen Jahre zu der Erkenntnis gekommen: Obwohl das Wissen vieler Jugendlicher über den Holocaust so gering ist, kommt das Judentum als Thema in der Schule überproportional viel im Zusammenhang mit der Schoa vor. In vielen Schulbüchern werden Juden ausschließlich als Opfer präsentiert.

Die reiche jüdische Tradition, die Religion an sich, wichtige jüdische Denker und Rabbiner, der Beitrag des Judentums zur deutschen Kultur – das kommt hingegen meistens zu kurz.

Der Zentralrat der Juden hat angesichts dieser Defizite mit der Kultusministerkonferenz Ende 2016 in einer Gemeinsamen Erklärung das Ziel formuliert, die jüdische Religion, Kultur und Geschichte breiter als bislang in den Schulen zu vermitteln. Auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern soll

**„Obwohl das Wissen vieler Jugendlicher über den Holocaust so gering ist, kommt das Judentum als Thema in der Schule überproportional viel im Zusammenhang mit der Schoa vor. In vielen Schulbüchern werden Juden ausschließlich als Opfer präsentiert.“**



len diese Themen künftig eine größere Rolle spielen.

Um unsere gemeinsame Erklärung mit der KMK mit Leben zu füllen, haben wir als ersten Schritt eine kommentierte Materialsammlung für Lehrer online gestellt. Dort finden Sie zu den Bereichen Jüdische Geschichte und Gegenwart, Jüdische Religion, Israel und Antisemitismus Einordnungen zu didaktischem Material, das wir für empfehlenswert halten. Diese Materialsammlung wird fortlaufend von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe ergänzt. Wir hoffen, dass die Schul- und Kultusministerien der Länder für eine Verbreitung dieser Materialien sorgen.

Die Themenbereiche Antisemitismus und Israel haben wir bewusst in diese Materialsammlung aufgenommen. Darüber hinaus haben wir gerade eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe des Zentralrats und der Kultusministerkonferenz ins Leben gerufen, um die Bekämpfung des Antisemitismus stärker in die Lehrer-Ausbildung aufzunehmen.

Lehrkräfte sind heutzutage mit ganz unterschiedlichen Formen von Antisemitismus konfrontiert. Dann immer adäquat zu reagieren, ist eine Herausforderung. Und sicherlich gibt es dann auch unter Lehrerinnen und Lehrern Unsicherheiten und die Sorge, etwas falsch zu machen.

Angesichts der hohen Erwartungen, die heutzutage allgemein an die Schulen gerichtet werden, finde ich es nur fair, sowohl die Lehrerausbildung in dieser Hinsicht zu verbessern, als auch, den Lehrkräften gutes Material an die Hand zu geben.

Gerade in Schulklassen mit vielen Kinder aus Familien aus dem arabischen Raum kann eine Schulstunde, die die Shoa zum Thema haben sollte, in einer hitzigen Diskussion über den Nahostkonflikt enden. In Berlin ergab eine kleine Umfrage – sie war nicht repräsentativ, aber ein Schlaglicht – dass muslimische Schüler zum Teil beim Thema Holocaust den Unterricht verlassen haben.

Auch in den Schulbüchern gibt es Mängel. In vielen Religions- und Ethikbüchern wird das Judentum verzerrt, folkloristisch oder klischeehaft dargestellt. Wir sind daher an die großen Schulbuch-Verlage herangetreten, die sich offen zeigten für die Kritik. Vor wenigen Tagen haben wir gemeinsam mit dem Verband Bildungsmedien eine Workshop-Reihe gestartet, um mit Schulbuch-Redakteuren über eine adäquate Darstellung des Judentums zu sprechen.

Neben guten Lehrmaterialien – da waren wir vom Zentralrat der Juden und die Kultusminister sich einig – sind auch persönliche Begegnungen mit Juden wichtig. Die Förderung solcher Begegnungen haben wir in der eben erwähnten Gemeinsamen Erklärung von 2016 ebenfalls festgehalten.

Die eindrücklichsten Begegnungen, die denkbar sind, sind meistens jene mit Shoa-Überlebenden. Ich hoffe, dass einige von Ihnen dies schon einmal erlebt haben. Wenn ein Zeitzeuge seine Erinnerungen erzählt und das Geschehen, das inzwischen so weit weg liegt, plötzlich ganz lebendig wird, ganz greifbar, dann kenne ich niemanden, der unberührt den Raum verlässt. Für die Zeitzeugen ist das übrigens auch eine ganz positive Erfahrung. So schmerzhaft es zwar für sie ist, ihre Erinnerungen aufleben zu lassen, so wohlthuend ist es für sie zugleich, das Interesse der Zuhörer zu spüren, ihre Wertschätzung und ihre Tränen.

Der Lauf der Zeit bringt es mit sich, dass immer weniger Zeitzeugen so rüstig sind, vor Publikum oder vor einer Schulklasse aufzutreten. Es ist daher ungeheuer wichtig, dass wir möglichst viele Filmaufnahmen von Überlebenden haben, wie es etwa die Shoa-Foundation von Steven Spielberg gemacht hat. Zwar können diese Aufnahmen das echte Gespräch nicht ersetzen. Sie sind für künftige Zeiten dennoch ein sehr gutes Mittel, um den heute Lebenden auch einen emotionalen Zugang zum historischen Geschehen zu ermöglichen.

***„Wenn ein Zeitzeuge seine Erinnerungen erzählt und das Geschehen, das inzwischen so weit weg liegt, plötzlich ganz lebendig wird, ganz greifbar, dann kenne ich niemanden, der unberührt den Raum verlässt.“***



Begegnungen mit Juden wollen wir aber auch deshalb fördern, um die Schülerinnen und Schüler mit dem *heutigen* jüdischen Leben vertraut zu machen. Der Zentralrat hat daher 2017 das Projekt „Likrat - Jugend und Dialog“ gestartet. Sie, verehrte Pfarrer, haben alle Hebräisch gelernt, aber die deutsche Übersetzung des Wortes „Likrat“ will ich dennoch nennen: „aufeinander zu“.

Für das Projekt haben wir inzwischen 150 Jugendliche, Likratinos genannt, zwischen 15 und 19 Jahren ausgebildet. Die Likratinos besuchen jeweils in Zweier-Teams Schulklassen. Dort erklären sie gleichaltrigen Schülern – also auf Augenhöhe – was ihr Judentum ausmacht, wie ihr jüdischer Alltag aussieht, und - ja auch welchen Vorurteilen sie mitunter ausgesetzt sind. In mehreren Seminaren bereiten wir die Jugendlichen auf ihre Einsätze in Schulen vor, damit sie sowohl für alle Fragen als auch gegen mögliche verbale Attacken gewappnet sind.

Für die Schulklassen ist dies häufig das erste Mal, dass sie Juden in ihrem Alter kennenlernen. Die Hemmschwelle, alle Fragen loszuwerden, ist gegenüber Gleichaltrigen natürlich viel niedriger als gegenüber Erwachsenen oder gar Autoritätspersonen wie einem Rabbiner. Daher kommen meistens sehr lebhaftes Gespräch zustande. Und die Jugendlichen gehen mit einer sehr wichtigen Erkenntnis nach Hause: Die sind zwar jüdisch, aber eigentlich gar nicht anders als wir. Unsicherheit im Umgang miteinander verschwindet dann.

Und gerne verrate ich Ihnen auch schon: Dieses Projekt möchten wir ausweiten auf Erwachsene. Unter dem Titel „Meet a Jew“ wollen wir solche Begegnungen zum Beispiel auch in Sportvereinen ermöglichen.

Neben Begegnungen halte ich auch Besuche von Gedenkstätten während der Schulzeit für wichtig. Man sieht mit eigenen Augen den Ort des Geschehens und begreift die Wahrhaftigkeit. Einer solch verpflichtenden Klassenfahrt stehe ich sehr positiv gegenüber.

Ich bin davon überzeugt, dass es auch mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zum Geschehen und auch in unserer Einwanderungsgesellschaft möglich ist, Empathie mit den Opfern zu schaffen.

Lassen Sie mich darauf kurz eingehen:

Es gibt meines Erachtens zwei sehr gute Wege, um Schülerinnen und Schülern auch emotional mit der Schoa zu konfrontieren. Neben Filmen sind dies zum einen Besuche von Gedenkstätten, zum anderen sind es Projekte wie die Stolpersteine.

In den KZ-Gedenkstätten können junge Menschen auch heute noch die Dimension der NS-Verbrechen viel besser erfassen als aus dem Schulbuch. Empathie mit den Opfern und Verantwortungsbewusstsein entstehen nicht anhand nackter Zahlen. Eine individuelle Auseinandersetzung mit der Nazizeit gelingt besser an den Orten, an denen die Verbrechen geschahen.

Auch für Schüler mit Migrationshintergrund finde ich solche Besuche in Gedenkstätten sinnvoll. Ich bin gar nicht pessimistisch, dass sich die Erinnerung an die Schoa nicht auch in einer Migrationsgesellschaft vermitteln lässt.

Unter den Migranten sind viele Menschen, die selbst Diskriminierung und Rassismus erlebt haben oder immer noch erleben. Es sind Menschen darunter, deren Familien aus ihrer Heimat fliehen mussten, Menschen, die in Diktaturen, in Flüchtlingslagern oder Armut gelebt haben. Warum sollten diese Menschen weniger in der Lage sein, Empathie für die Opfer der Schoa aufzubringen? Oder warum sollten sie weniger interessiert sein an der Frage, wie es dazu kommen konnte.

Solche Besuche müssen pädagogisch gut vor- und nachbereitet werden. Daher sollten sie Bestandteil der Curricula werden, damit auch Zeit dafür da ist.

Die Stolpersteine habe ich genannt, weil sie ein gutes Beispiel für die Befassung mit der Lokalgeschichte sind. Zu erfahren, wie die Judenverfolgung am eigenen

**„Und die Jugendlichen gehen mit einer sehr wichtigen Erkenntnis nach Hause: Die sind zwar jüdisch, aber eigentlich gar nicht anders als wir. Unsicherheit im Umgang miteinander verschwindet dann.“**



Ort von statten ging, ist für junge Menschen ebenfalls eine gute Möglichkeit, einen eigenen Zugang zur Geschichte zu finden.

Die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig, der übrigens in Köln mit seinem Kunstwerk begonnen hat, sind inzwischen in mehr als 20 Ländern Europas verlegt, insgesamt rund 70.000 Steine.

Ich halte sie für eine geeignete und moderne Form des Gedenkens. Denn sie überraschen uns mitten im Alltag. Bürger werden mit der Geschichte konfrontiert, ohne dafür aktiv einen Erinnerungsort oder ein Museum aufsuchen zu müssen.

Zugleich wird für jedermann sichtbar: Die Juden, die im Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden, lebten ganz normal mitten im Ort. Sie verschwanden, und die wenigsten haben sich dafür interessiert, wohin.

Die Stolpersteine regen zum Nachdenken und Nachfragen an. Sie werfen sehr direkt die Frage auf, wie die Verfolgung so vieler unschuldiger Menschen möglich war, obwohl sie nicht im Geheimen geschah.

Zum Kunstprojekt Stolpersteine gehört auch die Recherche, die der Verlegung eines Steins vorausgeht. Gunter Demnig macht es den Menschen zum Glück nicht bequem und erledigt das für sie. Wer einen Stolperstein verlegen lassen möchte, wird Pate dieses Steins und muss selbst nachforschen: Wer wohnte in meinem Haus? Wohin wurden die Menschen verschleppt? Wie wurden sie ermordet? Gibt es noch Angehörige? Jeder einzelne Stein offenbart ein Schicksal.

Für Schulklassen ist das eine hervorragende Möglichkeit, um sich ganz intensiv und sehr anschaulich mit der Geschichte zu befassen. Und so bin ich den zahlreichen z.B. Kölner Gymnasien dankbar, dass sie jedes Jahr nach intensiver Recherche vor ihrem Schulgebäude Stolpersteine verlegen.

Wenn ich Ihnen einen Eindruck von unseren jüdischen Gemeinden geben möchte – und das ist gar nicht so leicht, weil

sie so verschieden sind – dann muss ich auch ein leidiges Thema erwähnen, das Ihnen ebenfalls nicht unbekannt ist: der Mitgliederschwund.

Ähnlich wie in den Kirchen ist die Altersstruktur unserer Gemeinden ungünstig. Rund die Hälfte der Gemeindemitglieder ist über 60 Jahre alt. Bei Gemeinden, die nur 500 Mitglieder haben, hat diese demographische Entwicklung jedoch viel dramatischere Auswirkungen als in Gemeinden, die sich in Größenordnungen von katholischen oder evangelischen Pfarrgemeinden bewegen.

Daher machen wir uns seit längerem Gedanken darüber, wie wir neue Mitglieder gewinnen können. Vor allem findet dies natürlich vor Ort statt, in den einzelnen Gemeinden. Doch auch der Zentralrat der Juden hat in jüngster Zeit mehrere Projekte entwickelt, um die Gemeinden bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen.

So haben wir zum Beispiel das Familienprogramm „Mischpacha“ gestartet. Dabei erhalten Familien, die sich anmelden, religiös geprägte Elternbriefe sowie Boxen mit Bastelmaterialien zu den jüdischen Feiertagen und kleinen Geschenken. „Mischpacha“ vermittelt jungen Familien jüdische Werte und Traditionen und soll sie an die jüdische Gemeinschaft binden. Seit Rosch Haschana 2018 sind rund 420 Kinder zwischen null und drei Jahren in den Genuss dieses Angebots gekommen. Und ihre Eltern natürlich auch. Daneben hat der Zentralrat zur Unterstützung der Gemeinden in diesem Jahr fünf Mischpacha-Seminare angeboten, die Grundlagen zur Familienarbeit in jüdischen Gemeinden vermittelten.

Dabei geht es dann zum Beispiel um ganz praktische Fragen, wie einen Raum mit gesicherten Steckdosen und einem Wickeltisch in der Toilette, aber vor allem geht es natürlich darum, wie die Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen in Einklang gebracht werden können, wie kostengünstige und niedrigschwellige Angebote geschaffen werden können. Oder wie ein Kiddusch familiengerecht

**„Ähnlich wie in den Kirchen ist die Altersstruktur unserer Gemeinden ungünstig. Rund die Hälfte der Gemeindemitglieder ist über 60 Jahre alt.“**



gestaltet werden kann, so dass sich alle willkommen fühlen – die jungen Familien mit vielleicht manchmal lebhaften Kindern und die Beter, die seit Jahren an bestimmte Traditionen gewöhnt sind und Ruhe suchen am Schabbat.

Ich nehme an, dass Ihnen diese Herausforderungen nicht fremd sind. Dass Menschen heutzutage langfristige Bindungen scheuen, ist ja mitnichten nur ein Problem der Religionsgemeinschaften. Davon können ja auch Parteien und Vereine ein Lied singen.

Um genauer herauszufinden, welche Wünsche und Bedürfnisse unsere Mitglieder, vor allem aber auch, unsere ehemaligen oder Noch-nicht-Mitglieder haben, hat der Zentralrat jetzt eine große Umfrage gestartet, das Gemeindebarometer. Es handelt sich wirklich um eine professionelle Online-Befragung, die infas für uns entwickelt hat. Wir machen sie auch in mehreren Sprachen, um zum Beispiel auch Israelis zu erreichen, die in Deutschland leben, aber nicht Mitglied einer jüdischen Gemeinde sind. In gut einem Vierteljahr werden wir die Ergebnisse vorliegen haben. Es wird sich nicht erstaunen, dass es bei uns durchaus Menschen gibt, die nervös auf die Ergebnisse warten. Denn vermutlich werden die Befragten nicht nur in Lobeshymnen auf die Gemeinden und den Zentralrat ausgebrochen sein. Doch ich denke, es ist ganz wichtig, sich der Kritik zu stellen und Änderungswünsche ernst zu nehmen. Dann haben wir nämlich die Chance, gestärkt in die Zukunft zu gehen.

Neben unserem Familienprogramm bieten wir den Gemeinden auch Fortbildungen an, damit sie sich in Gemeindeführung, Buchhaltung, Pressearbeit oder rhetorisch professionalisieren können. Alle drei Jahre lädt der Zentralrat der Juden zu einem so genannten Gemeindetag nach Berlin ein. Dabei gibt es vier Tage lang Workshops und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen, aber auch ein anspruchsvolles Kulturprogramm. Wir würden das gerne, wie Sie beim Kirchentag, auf Marktplätzen und

ganz offen durchführen. Das ist aber aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Daher findet der Gemeindetag immer in einem großen Hotel statt, das in der Lage ist, 1.000 Menschen koscher zu verpflegen.

Dieses viertägige Programm ist für die Vernetzung unserer Mitglieder ungeheuer wichtig. Und es ist auch ein Dankeschön. Denn sehr viele arbeiten ehrenamtlich in den Gemeinden. Dass ihnen Wertschätzung entgegengebracht wird, findet ohnehin zu selten statt.

Ein wichtiger Aspekt für die Zukunftssicherung unserer Gemeinden ist auch die Ausbildung von Rabbinern. Es wird Ihnen bekannt sein, dass wir in Deutschland zwei Rabbinerseminare haben: das traditionell ausgerichtete Rabbinerseminar zu Berlin und das liberale Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam. Beider werden gleichermaßen vom Zentralrat der Juden finanziell gefördert.

Wir sind dadurch seit gut zehn Jahren in der Lage, immer mehr Gemeinden mit in Deutschland ausgebildeten Rabbinern ausstatten zu können. Die vielen Jahrzehnte, als in Deutschland fast ausschließlich ausländische Rabbiner tätig waren, sind vorbei. Das ist ein ungeheurer Fortschritt.

Viele unserer jungen Rabbiner sprechen herkunftsbedingt neben Deutsch auch russisch, was ein großer Vorteil ist, gerade bei der Betreuung der älteren Gemeindeglieder. Rabbiner sind auch wichtig, damit die Synagoge das Herzstück der Gemeinde bleibt, nicht der Gemeindesaal mit seinen Kulturveranstaltungen.

Wenn ich über unsere Gemeinden spreche, muss ich auch das Thema Sicherheit erwähnen, das seit Halle schrecklich an Aktualität gewonnen hat.

In den meisten Bundesländern werden jüdische Einrichtungen gut und der Lage angemessen geschützt. Das verhandeln unsere Landesverbände und Jüdischen Gemeinden selbständig mit den Sicherheitsbehörden der Bundesländer.

Allerdings gab es in der Vergangenheit durchaus Lücken und auch nicht für je-

***„Rabbiner sind auch wichtig, damit die Synagoge das Herzstück der Gemeinde bleibt, nicht der Gemeindesaal mit seinen Kulturveranstaltungen.“***



des Land ein Sicherheitskonzept für den Schutz jüdischer Einrichtungen. In Halle hat sich dieses Versäumnis bitter gerächt. Daher war es überfällig, dass sich die Innenminister jetzt auf eine Überprüfung und Verbesserung der Schutzmaßnahmen verständigt haben.

An den Kosten der polizeilichen Maßnahmen werden die Jüdischen Gemeinden nicht beteiligt. Sie sind aber mit erheblichen Kosten für eigenes Sicherheitspersonal und teilweise mit Kosten für bauliche Schutzmaßnahmen belastet. Einige Bundesländer beteiligen sich an diesen Kosten, andere nicht.

Sowohl finanziell als auch personell stoßen unsere Gemeinden hier mitunter an Grenzen.

Ich schaue gerade in recht betroffene Gesichter. Ja, massive Sicherheitsvorkehrungen sind Alltag in unseren Gemeinden, seit Jahrzehnten.

Und damit wäre ich beim Thema Antisemitismus.

Über die historischen Wurzeln des Antisemitismus in Deutschland muss ich hier nicht viele Worte verlieren. Gerade erst haben wir wieder der Novemberpogrome von 1938 gedacht.

Antisemitismus ist also wahrlich nichts Neues. Auch nach 1945 hat es ihn weiterhin gegeben. Auch schon vor 20 Jahren haben jüdische Eltern nach dem G'ttesdienst ihre Kinder gebeten, draußen die Kippa abzusetzen. Und auch schon vor 20, 30 Jahren erlebten Juden dumme Sprüche oder Beleidigungen, weil sie jüdisch waren.

Deutschland kann sich viel zugutehalten auf seine Aufarbeitung der NS-Zeit. Aber der Antisemitismus war selbst dann nicht verschwunden, als es nur noch rund 20.000 Juden in ganz Deutschland gab.

Doch schon vor dem Anschlag von Halle hatte sich das Bedrohungsgefühl in unserer Gemeinschaft verstärkt. Es waren verschiedene Ereignisse, die dazu beigetragen haben: der Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel und auf die Syn-

nagoge in Kopenhagen sowie antisemitische Demonstrationen in Deutschland wegen des Gaza-Konflikts 2014, die für Juden beunruhigende Lage in Frankreich sowie der islamistische Terrorismus, der unsere Gesellschaft insgesamt verunsichert, erscheint Juden noch bedrohlicher, weil wir dezidiert zum Feindbild der Islamisten gehören.

Auch in Deutschland kam und kommt es regelmäßig zu antisemitischen Vorfällen. Um ein paar Beispiele allein aus Berlin zu nennen: Ein Rabbiner wurde vor einigen Jahren krankenhaushausreif geprügelt, der Inhaber eines israelischen Restaurants wurde auf widerliche Weise beleidigt, ein jüdischer Schüler wurde so stark gemobbt, dass seine Eltern ihn von der Schule genommen haben, und im Prenzlauer Berg wurde ein Mann mit Kippa mit einem Gürtel geschlagen.

Am Schlimmsten sind die Berichte der jungen Menschen von den Schulhöfen. Hier hat explosionsartig das Mobbing der jüdischen Schüler zugenommen. Bei den Führungen in meiner Kölner Synagoge für Schülerinnen und Schüler haben wir auch bisweilen Lehrerinnen und Lehrer, die uns berichten, dass sie kein jüdisches Kind an der Schule haben, aber dennoch die Worte „Du Jude“ als Schimpfworte verwendet werden.

Das Bedrohungsgefühl und die Sorgen, die sich in der jüdischen Gemeinschaft seit längerem breit machen, haben also handfeste Gründe. Insofern kam der Anschlag in Halle für viele nicht überraschend.

Nach der polizeilichen Kriminalstatistik in Deutschland werden die meisten antisemitischen Straftaten von Rechtsextremisten verübt.

Diese Statistik hat einen Haken: Alle Straftaten, für die kein Täter ermittelt werden konnte, werden automatisch unter politisch rechts subsumiert. Und wir müssen von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Doch sehr die statistische Erfassung bislang auch Mängel hat, so bleibt doch festzuhalten, dass der Rechts extremismus eine massive Bedrohung für

**„Auch schon vor 20 Jahren haben jüdische Eltern nach dem G'ttesdienst ihre Kinder gebeten, draußen die Kippa abzusetzen. Und auch schon vor 20, 30 Jahren erlebten Juden dumme Sprüche oder Beleidigungen, weil sie jüdisch waren.“**



Juden, aber auch für andere Minderheiten und damit für unser ganzes Land ist.

Auch darauf haben wir in den vergangenen Jahren verstärkt hingewiesen. Doch die Flüchtlingskrise, das Erstarken der AfD und Ereignisse wie der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin haben dazu beigetragen, dass der Radikalisierung am äußeren rechten politischen Rand zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Und in den sozialen Netzwerken hatten Rechtsextreme viel zu lange viel zu viel Spielraum. Jetzt endlich wird politisch gegengesteuert – hoffentlich kommen die Maßnahmen nicht zu spät.

Neben dem Antisemitismus bei Rechtsextremisten muss auch der Antisemitismus unter Muslimen angesprochen werden, ohne Muslime damit unter Generalverdacht zu stellen. Aus Köln, aus meiner Heimatgemeinde, kann ich Ihnen berichten, dass wir mit einigen Muslimen eine gute Nachbarschaft und einen freundschaftlichen Austausch pflegen.

Es hilft aber auch nicht weiter, Probleme zu verschweigen. Unter Migranten aus dem arabischen Raum ist eine tiefe Abneigung gegen Israel und Juden generell sehr verbreitet. Das ist insofern nicht erstaunlich, als in ihren Herkunftsländern die Feindschaft zu Israel quasi zur Staatsräson gehört. Schon in der Schule erhalten die Kinder Landkarten, auf denen Israel fehlt. Es kommen also Menschen zu uns oder leben bereits in der zweiten und dritten Generation in Deutschland, die in zentralen Fragen ein völlig anderes Wertegerüst mitbringen, als es nach unserer Tradition oder nach unserem Grundgesetz üblich ist.

Ich habe das vorhin ja schon einmal erwähnt: Wertevermittlung halte ich bei der Integration für genauso wichtig wie die Vermittlung der Sprache.

Derzeit ist es aber so, dass in der Regel in den Integrationskursen nicht einmal die Hälfte der Absolventen den Deutschttest am Ende schafft. Wie soll ich unsere Werte vermitteln, wenn keine sprachliche Verständigung möglich ist?

Hier sollten Bund und Länder aus tiefstem Eigeninteresse deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, um die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge zu verbessern und nicht immer wieder die gleichen Fehler zu machen.

Schließlich möchte ich noch auf den Israel-bezogenen Antisemitismus zu sprechen kommen. Ich empfinde diese Form des Antisemitismus als besonders unangenehm. Denn wer ihn vertritt, sagt oft im Brustton der Überzeugung von sich, er sei kein Antisemit. Und da – um ehrlich zu sein – leider gerade bei kirchlich engagierten Menschen dieser Antisemitismus gar nicht selten anzutreffen ist, gestatten Sie mir ein paar Worte.

Es ist ja auch nicht lange her, dass es genau wegen dieses Themas zu einer tiefen Verstimmung zwischen dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein und der Evangelischen Kirche im Rheinland kam. Die gemeinsame Israel-Reise, die geplant war, kam nicht zustande wegen des Beitrags eines Pfarrers, der von uns als einseitig gegen Israel gerichtet empfunden wurde.

Nach solchen Auseinandersetzungen wird häufig gefragt: Was ist noch legitime Kritik an Israel und was ist Antisemitismus?

Das ist eigentlich gar nicht so schwer zu unterscheiden. Wenn jemand eine Entscheidung der israelischen Regierung aus sachlichen Gründen kritisiert – warum nicht? Wenn jemand einen sozialen Missstand in Israel kritisiert – warum nicht? In vielen Medienberichten und Äußerungen von Privatpersonen ist die Kritik an Israel jedoch so massiv, dass man spürt: an Israel werden andere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten. Und was schwingt dort mit? Ganz häufig eine Schuldabwehr: Deutsche erheben mit einer gewissen Zufriedenheit den Zeigefinger und sagen: Schaut, die Juden sind auch keine besseren Menschen. Wir wollen uns nicht mehr die Verbrechen der Nazis vorhalten lassen, denn was die Juden mit den Palästinensern machen, ist auch nichts anderes.

***„Schließlich möchte ich noch auf den Israel-bezogenen Antisemitismus zu sprechen kommen. Ich empfinde diese Form des Antisemitismus als besonders unangenehm. Denn wer ihn vertritt, sagt oft im Brustton der Überzeugung von sich, er sei kein Antisemit.“***



Das ist Antisemitismus!

Das hat dann zur Folge – um ein Beispiel zu nennen – dass sich Palästinenserpräsident Abbas vor das Europäische Parlament stellen kann und dort behauptet, israelische Rabbiner hätten dazu angestiftet, das Trinkwasser der Palästinenser zu verunreinigen. Im Parlament erhält Abbas für seine Rede Applaus. Die Medien transportieren diese hanebüchene Aussage eins zu eins. Das alte Vorurteil der Juden als Brunnenvergifter steckt eben immer noch in den Köpfen. Das hat Abbas ausgenutzt. Und ihm wurde sofort Glauben geschenkt.

Mir ist klar, dass die Politik der israelischen Regierung auch Kritik hervorruft, und dass es für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern schon besser aussah als heute.

Das rechtfertigt es aber nicht, sich pauschal auf die Seite der Palästinenser als vermeintliche Opfer zu schlagen und Israels Existenz anzuzweifeln und den jüdischen Staat zu dämonisieren.

Genau dies tut übrigens die BDS-Bewegung. Diese Bewegung ruft nicht nur zum Boykott israelischer Produkte auf. Sie sorgt auch dafür, dass israelische Künstler von Festivals ausgeladen werden, dass andere Künstler einen Auftritt absagen, weil Israel zu den Sponsoren gehört und ähnliches. Die BDS-Bewegung möchte allen palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen das Rückkehrrecht nach Israel einräumen. Wenn das umgesetzt würde, meine Damen und Herren, wäre das das Ende des jüdischen Staates. Israel hat in den Augen von BDS keine Existenzberechtigung.

Der Beschluss des Bundestags, BDS keine Unterstützung zu gewähren, weil diese Bewegung Antisemitismus schürt, ist daher uneingeschränkt zu begrüßen.

Christen, die Israel an den Pranger stellen, sei gesagt: Selbst wenn dieses Reden nicht antisemitisch gemeint sind, stärkt sie zumindest den Antisemiten den Rücken!

Juden in Deutschland werden gerne für alles, was in Israel geschieht, in Generalhaftung genommen. Es wird Israel gesagt, aber Juden sind gemeint.

Doch *jeder* Bürger in diesem Land trägt eine Verantwortung dafür, wie er oder sie über andere Religionen und Minderheiten spricht. Es ist höchste Zeit, dass jeder selbstkritisch das eigene Reden prüfe!

Dies gilt angesichts der verbalen Enthemmung, die wir zunehmend und vor allem in Netz antreffen, mehr denn je.

Ein weiterer Schwachpunkt sind in meinen Augen die kirchlichen Körper. Was meine ich damit? 2005 hatte ich die Ehre Papst Benedikt in der Kölner Synagoge zu begrüßen. In meiner Ansprache habe ich ihm sinngemäß gesagt, dass die Leitung oder oberen Ebenen der Katholischen Kirche das Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft vorbildlich gestalten. Wenn ich das Bild einer Pyramide benutzen darf, ist aber nicht an jedem Punkt des Fundamentes der Pyramide diese veränderte Einstellung angekommen. Dies gilt in meinen Augen auch noch heute und auch in der protestantischen Kirche.

Ich habe jetzt zwei kritische Punkte im Verhältnis zwischen Juden und Christen erwähnt. Viel mehr liegt es mir aber am Herzen, auf die riesigen Fortschritte einzugehen, die zwischen beiden Religionen in den vergangenen 70 Jahren getan wurden. Erst jüngst wurde in Frankfurt das 70-jährige Bestehen des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gefeiert. Wahrlich ein Grund zu feiern!

Heute hat die jüdische Gemeinschaft in den Kirchen sehr verlässliche Partner. Das zeigte sich besonders deutlich 2012, als das Landgericht in meiner Heimatstadt Köln sein Beschneidungs-Urteil fällte. Wie kein anderer stellten sich beide christlichen Kirchen an die Seite der jüdischen Gemeinschaft. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das Beschneidungsgesetz, das Ende 2012 verabschiedet wurde, auch ohne die Unterstützung der Kirchen durchgesetzt hätten.

**„Juden in Deutschland werden gerne für alles, was in Israel geschieht, in Generalhaftung genommen. Es wird Israel gesagt, aber Juden sind gemeint.“**



Und seit Anfang dieses Jahres arbeiten wir daran, in der Bundeswehr Militärabbiner zu etablieren. Hier ist uns die katholische und evangelische Militärseelsorge natürlich Vorbild. Wir haben bei unserer Initiative für Militärabbiner von Anfang an das Gespräch mit den Kirchen gesucht. Nur wenn wir uns auf diesem Gebiet, das ja auch den lebenskundlichen Unterricht der Soldaten umfasst, abstimmen, kann die Einsetzung von Militärabbinern ein Erfolg werden. Für unsere Initiative erhalten wir erhebliche Unterstützung der Kirchen, was für uns ungeheuer wertvoll ist. Und uns ist bewusst: Das ist nicht selbstverständlich.

Doch gerade in jüngster Zeit hat sich an vielen Beispielen gezeigt, wie sehr die Kirchen sich bewegt haben in ihrem Verhältnis zum Judentum: Auf katholischer Seite gab es nicht nur die Bekräftigung der Konzilserklärung „Nostra Aetate“, sondern steht mit Papst Franziskus ein Oberhaupt an der Spitze, das wie kein Papst vor ihm auf die jüdische Gemeinschaft zugeht.

Ebenso hat sich in der evangelischen Kirche viel getan. Das war vor allem 2017 im Jubiläumsjahr der Reformation zu spüren. Es wurde kein undifferenziertes Luther-Jubiläum, sondern bot viele Angebote für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Reformator. Auch die Erklärungen der EKD-Synode rund um das Reformationsjubiläum waren aus jüdischer Sicht sehr zu begrüßen.

Diesen Erklärungen waren natürlich viele Schritte vorausgegangen, die diese kritische Ausrichtung des Reformationsjubiläums überhaupt erst möglich gemacht haben. Dazu zähle ich ausdrücklich den Rheinischen Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980. Mit diesem Beschluss hat Ihre Landeskirche damals Wegmarken gesetzt: im Bekenntnis der Mitverantwortung und Schuld der Kirche an der Schoa und mit der Absage an die Judenmission. Wir sollten auch heute immer mal wieder an solche wichtigen Papiere erinnern. Denn es besteht immer

wieder die Gefahr, hinter Erreichtes zurückzufallen.

Als ganz wichtig erachte ich daher auch die neue Stiftungsprofessur für Geschichte und Gegenwart des jüdisch-christlichen Verhältnisses an der Humboldt-Universität zu Berlin, die auf Initiative der EKD zustande kam. Sie ermöglicht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Beispiel mit solchen Synodalbeschlüssen.

Generell fände ich es wichtig, dass in beiden Kirchen auch an der Basis ankommt, was in der Leitung oder auf Synoden beschlossen wird. Wenn ein Geistlicher vor Ort in seiner Gemeinde Ressentiments gegen Juden oder andere Minderheiten verbreitet, dann waren alle Erklärungen umsonst. Es wäre vielmehr nötig, dass sich auch die einzelnen Gemeinden *aktiv* für eine tolerante Gesellschaft engagieren, aus ihrem Glauben heraus.

Während der christlich-jüdische Dialog inzwischen eine 70-jährige Tradition in der Bundesrepublik hat, ist der Dialog mit dem Islam eher als erratisch zu bezeichnen. Es gibt sicherlich – und das ist unstrittig positiv zu bewerten – viele Begegnungen von Christen und Muslimen in ganz unterschiedlichen Foren. Sowohl auf höchster Funktionärs Ebene wie auf Ebene der Gemeinden und im Alltag. Das gilt übrigens auch für den jüdisch-muslimischen Dialog. Allerdings müssen wir auch immer wieder Rückschläge verzeichnen. Schon manche Initiative musste beerdigt werden, weil bei einem der muslimischen Partner Verbindungen zu Gruppen festgestellt wurden, die nicht wirklich auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen oder vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Zusammenarbeit mit den großen Verbänden ist auch mitunter schwierig: mal repräsentieren sie nur einen sehr kleinen Teil der Muslime in Deutschland, mal sind die Verbindungen zur Türkei, wie bei DITIB, so stark, dass türkischer Nationalismus den Dialog gefährdet.

Der Zentralrat der Juden hat in diesem Jahr mit Mitteln der Staatsministerin für

**„Das Jubiläumsjahr der Reformation wurde kein undifferenziertes Luther-Jubiläum, sondern bot viele Angebote für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Reformator.“**

Integration ein neues Projekt des jüdisch-muslimischen Dialogs gestartet: Wir haben es „Schalom Aleikum“ genannt. Dabei versuchen wir, jenseits der Funktionärsebene Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, also zum Beispiel jüdische und muslimische Start-up-Unternehmer. Oder jüdische und muslimische Lehrer. Häufig ist es bei den Veranstaltungen so, dass die Beteiligten mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede feststellen. Einige von ihnen hatten aber auch noch nie Berührung mit der anderen Religion.

Derzeit arbeiten wir daran, dass das Projekt im nächsten Jahr weitergehen kann, damit wir Nachhaltigkeit in diese Begegnungen bringen können.

Ich habe jetzt einen weiten Bogen geschlagen von den aktuellen Ereignissen, über Antisemitismus zum christlich-jüdischen Dialog und unserem Verhältnis zu den Muslimen. Letztlich geht es immer wieder um die Frage: Wo verorten wir uns in der Gesellschaft? Wie blickt die Gesellschaft auf uns? Nimmt sie uns als Teil wahr oder schiebt uns als „jüdische Mitbürger“ ein Stück an den Rand?

Ich möchte auf eines der wichtigsten Gebote im Judentum verweisen. Es lautet „Tikkum Olam“ – mach‘ die Welt ein Stückchen besser, repariere die Welt.

Das kann jeder im ganz Kleinen, und zusammen ergibt es dann etwas sehr Großes.

Viele von Ihnen werden den berühmten Spruch aus dem Talmud kennen: „Wer ein Menschenleben rettet, dem wird es angerechnet, als würde er die ganze Welt retten. Und wer ein Menschenleben zu Unrecht auslöscht, dem wird es angerechnet, als hätte er die ganze Welt zerstört.“

Darin drücken sich zwei jüdische Grundprinzipien aus: der Wert des Lebens, das an höchster Stelle steht, sowie der Gedanke, dass ein Einzelner seinen Beitrag zu einer besseren Welt leisten kann. Zu einer schlechteren ebenso!

Angesichts der momentanen politischen Lage in Deutschland und übrigens auch in Europa halte ich diesen Grundgedanken des Judentums für eine perfekte Richtschnur.

Sich passiv vor den Fernseher zu setzen und über die Wahlerfolge der Rechtspopulisten zu jammern – das bringt der Welt nicht viel.

Aus Ärger über andere Parteien mein Kreuzchen in der Wahlkabine bei der AfD zu setzen, um damit meinen Protest auszudrücken – ja, da muss ich ehrlich sagen: Wer so denkt, der hat gar nichts verstanden.

Zuallererst haben diese Menschen nicht verstanden, was wählen bedeutet. Meine Stimme ist vor allen Dingen eine Unterstützung FÜR ein bestimmtes politisches Programm. Und nicht GEGEN die Programme der anderen Parteien.

Und wenn ich eine Partei wähle, dann wähle ich immer das Gesamtpaket.

Wenn ich AfD wähle, dann wähle ich auch Politiker, die die Nazi-Zeit als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnen oder politische Gruppierungen, die enge Kontakte zu Rechtsextremisten pflegen.

Davor darf niemand die Augen verschließen. Und die Ausrede „Das habe ich nicht gewusst“ ist seit 1945 moralisch diskreditiert.

Doch wenn wir das Gebot ernstnehmen, dass jeder Mensch seinen kleinen Beitrag dazu leisten kann, die Welt zu verbessern, dann heißt das, aktiv zu werden.

Aktiv gegen politische Parteien, die unser Land spalten wollen, die Menschen mit dunkler Hautfarbe, Muslime, Asylbewerber und Ausländer gerne verbannen würden. Die mit ihrem Reden rechtsextremistische Ansichten stärken und salonfähig machen.

„Tikkum Olam“ bedeutet für mich auch, mich aktiv für Bedürftige oder Randgruppen einzusetzen, etwa für Flüchtlinge. Ich finde es richtig, dass die evangelische Kirche weiter an diesem Thema bleibt, ob-

***„Ich möchte auf eines der wichtigsten Gebote im Judentum verweisen. Es lautet „Tikkum Olam“ – mach‘ die Welt ein Stückchen besser, repariere die Welt. Das kann jeder im ganz Kleinen, und zusammen ergibt es dann etwas sehr Großes.“***



wohl es aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden ist.

„Tikkum Olam“ bedeutet auch, sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einzusetzen. Es wird zum Teil viel Häme über die Fridays-for-Future-Bewegung und über Greta Thunberg ausgegossen. Abgesehen davon, dass eine solche Haltung sich weder mit christlichen noch mit jüdischen Werten vereinbaren lässt, finde ich diese Abwertung auch in der Sache gänzlich unangemessen. Die jungen Leute haben bereits viel erreicht. Und sie verfolgen mit friedlichen Mitteln ihre Ziele. Ich wüsste nicht, was daran schlecht sein sollte.

Das Gebot, die Welt zu reparieren, beinhaltet auch die Botschaft, dass sie reparaturbedürftig ist. Das stimmt in der Tat.

Und so möchte ich zum Schluss noch einmal auf die derzeitige Stimmungslage in der jüdischen Gemeinschaft zu sprechen kommen.

Der Angriff auf die Synagoge in Halle war eine Zäsur. Sorgen und Vorsicht sind seitdem gewachsen. Zugleich aber auch unser Trotz. Wir werden nicht weichen!

Es gibt und gab schon immer einzelne Juden, die zum Beispiel aus familiären Gründen nach Israel auswandern. Oder aus beruflichen Gründen in ein anderes Land gehen, so wie andere Menschen auch.

Doch es gibt weder eine Auswanderungswelle noch sind es weite Teile der Community, die über Auswanderung nachdenken.

Ganz schlicht ausgedrückt: Wir wollen bleiben! Denn Deutschland ist unser Zuhause!

• **Abraham Lehrer** leitet ein Software Unternehmen, ist Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln und seit 2014 Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.



Warum sollen wir gehen, nur weil andere etwas gegen uns haben?

Das ist letztlich eine ähnliche Frage wie: Sollen wir es noch wagen, den Weihnachtsmarkt zu besuchen oder bleiben wir aus Angst vor einem Anschlag zu Hause?

Es gibt keinen Grund, uns einreden zu lassen, Deutschland stehe am Abgrund.

Es gibt aber Anlass, genau hinzuschauen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die jüdische Gemeinschaft ist dabei so etwas wie ein Seismograph der Demokratie. So wie ein Seismograph eine Bodenerschütterung früher als ein Mensch wahrnehmen kann, so reagieren wir Juden vielleicht etwas sensibler auf splalterische und ausgrenzende Tendenzen in der Gesellschaft als die Mehrheitsbevölkerung.

Nehmen Sie also unsere Beunruhigung ernst. Denn es geht hier nicht nur um eine einzelne Gruppe, sondern um unser Land.

So möchte ich Ihnen zum Schluss ein Zitat von Martin Buber mit auf den Weg geben:

*„Wer eine Lehre von mir erwartet, die etwas anderes ist als eine Hinzeigung, wird stets enttäuscht werden. Es will mir jedoch scheinen, daß es in unserer Weltstunde überhaupt nicht darauf ankommt, feste Lehre zu besitzen, sondern darauf, ewige Wirklichkeit zu erkennen und aus ihrer Kraft gegenwärtiger Wirklichkeit standzuhalten. Es ist in dieser Wüstennacht kein Weg zu zeigen; es ist zu helfen, mit bereiter Seele zu beharren, bis der Morgen dämmt und ein Weg sichtbar wird, wo niemand ihn abnte.“*

Christine und Martin Michaelis (Vors. d. Thüringer Pfarrvereins) haben den Pfarrerrinnen- und Pfarrertag musikalisch begleitet - auch mit populären Liedern aus Israel.

**„Es gibt weder eine Auswanderungswelle noch sind es weite Teile der Community, die über Auswanderung nachdenken. Ganz schlicht ausgedrückt: Wir wollen bleiben! Denn Deutschland ist unser Zuhause!“**

## Bericht des Vorsitzenden

Jahresbericht des Pfarrvereins auf der Mitgliederversammlung am 11. November 2019 in Bonn

*Friedhelm Maurer*

Als ich daran gehe, den diesjährigen Bericht für die heutige Mitgliederversammlung zu schreiben, erreicht mich per email die Einladung des Ev. Erwachsenenbildungswerkes Rheinland-Süd: „Gottesdienst feiern ohne Pfarrer\*in. Studien- und Praxistag für Ehrenamtliche“. Dazu heißt es: *„Gut zwar, dass man ausgebildete Leute dafür hat, einen Bibeltext für den Gottesdienst auszuwählen und auszulegen, ein Lied anzustimmen und zu begleiten, ein gemeinsames Psalmgebet anzuleiten oder selbst öffentlich zu beten. Aber notfalls geht es auch mit Bordmitteln: Da sind Mitglieder des Presbyteriums auf den Fall der Fälle vorbereitet. Da liegen Texte bereit. Oder da gibt es einen Gottesdienstkreis, der für Gottesdienste, die sonst ausfallen würden, Verantwortung übernimmt.“*

PfarrerSternchenPfarrerin, so in der gendergerechten Schreibweise in dieser Einladung, werden offensichtlich zur Mangelware in einer Kirche, die in ihren Verlautbarungen immer wieder das Ziel ausruft, „zukunftsfähig“ werden zu wollen.

So wird Anfang Oktober die Berufung des neuen Leiters der Finanzabteilung im Kirchenamt der EKD von der Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer, mit folgenden Worten begrüßt: *„Für die Veränderungen, die unsere kleiner werdende Kirche in den nächsten Jahren einleiten muss, ist die Expertise aus seiner beruflichen Erfahrung und seine exzellente Kenntnis der evangelischen Kirche von großem Wert.“* Der neue Mann, Carsten Simmer, ist Diplom-Mathematiker und arbeitet bis zu der Übernahme seines neuen Amtes noch bei der Unternehmensberatung McKinsey.

Seine *„exzellente Kenntnis der evangelischen Kirche“* verdankt er wohl seinem ehrenamtlichen Engagement als Mitglied der EKD-Synode.

2017 hatte ich Gelegenheit, an einer EKD-Synode in Bonn teilzunehmen. Ich bin noch heute geschockt von der Sprache, die da gesprochen wurde. IDEA-Spektrum veröffentlichte dazu den *„halbautomatischen kirchlichen Phrasengenerator“*; drei Spalten mit jeweils zehn Begriffen, die man beliebig kombinieren kann. Spalte 3 enthält die Begriffe -kompetenz, -positionierung, -reflexion, -perspektive, -orientierung, -analyse, -initiative, -aktivität, -modell und -kooperation. Die kann man nun verbinden mit Begriffen aus Spalte 2: Dialog-, Relevanz-, Projekt-, Kommunikations-, Prozess-, Diskurs-, Profilierungs-, Impuls-, Struktur- und Reform ... Fehlt nur noch ein Adjektiv, dazu gibt's in Spalte 1 die Wahlmöglichkeit: innovativ, global, ökumenisch, digital, konzeptionell, organisatorisch, institutionell, kirchenleitend, interreligiös, ekklesiologisch. Alle genannten Begriffe wurden auf der EKD-Synode verwendet. Herauskommt, um einmal zwei Beispiele zu nennen, in der Kombination 486 *„Konzeptionelle Strukturinitiative“* oder in der Kombination 771 *„Kirchenleitende Impulspositionierung“* ... Karsten Huhn von IDEA schreibt dazu: *„Der Phrasengenerator geht auf eine 1968 veröffentlichte Idee des Beamten im US-Gesundheitsdienst, Philip Broughton, zurück. Er schrieb: ‚Es wird zwar keiner auch nur im Entferntesten wissen, wovon Sie reden, aber keiner wird wagen, es zuzugeben.“*





*Und das ist entscheidend.“*

Das Schlimme ist: was „von oben“ in dieser Kirche kommt, leider gewiss nicht immer vom Heiligen Geist inspiriert, sondern von sogenannten „Unternehmensberatungen“, entfaltet erhebliche Wirkung, leider gewiss nicht immer zum Aufbau der Gemeinde Jesu Christi. So erging es uns schon 2006 mit der EKD-Schrift „Kirche der Freiheit“. Die darin erstellten Prognosen haben sich als falsch erwiesen. Und dieses Bild von den „Leuchttürmen“ ist so dominant geworden, dass weitere Zentralisierung von Kirche erfolgt ist auf Kosten der Gemeinden je und je vor Ort. „Leuchttürme“ sind nur wahrlich keine Versammlungsorte und als Orientierungseinrichtungen sind sie in Zeiten von GPS längst überholt. Das falsche Bild offenbart hier also nur das falsche Denken. Die Folgen sind verheerend.

Was haben all die „Papiere“ in den letzten Jahren und Jahrzehnten gebracht? Die ganzen „Struktur- und Reformprozesse“? Die „Pfarrbild“-Diskussionen?

Wahrhaftig: *„Darum fahren alle unsere Tage dahin durch deinen Zorn, wir bringen unsre Jahre zu wie ein Geschwätz“*, heißt es in Psalm 90, Vers 9.

Und die EKD-Präses Schwätzer setzt weiter auf Expertise vonseiten Unternehmensberatung. Dabei tut Theologie und noch einmal Theologie not. Wir brauchen keine Fortsetzung von Struktur- und Reformprozessen, sondern wir brauchen - nach einem halben Jahrtausend nach der Reformation - heute wieder eine Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern. Vor allem am Haupt von Kirchenleitung.

Exemplarisch nehme ich einmal die Entwicklung unseres Kirchenkreises Simmern-Trarbach. Wahrscheinlich machten Sie, liebe Brüder und Schwestern, in den letzten Jahren ähnliche Erfahrungen. Eingeschaltet wurde für unsere Diskussionen über die Entwicklung unserer Kirche eine Unternehmensberatung.

Der mandatierte Diplom-Kaufmann, so

sagte er uns, arbeitete auch für die Landeskirche. In seinem Konzeptionsvorschlag findet man bezeichnenderweise keine einzige Bibelstelle. Wohl aber ein Zitat von Giuseppe Tomasi di Lampedusa (1896-1957): *„Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern“* und als Anhang beigefügt ist ein Märchen *„Wie der König sein Königreich rettete“*; in dem ein Hofnarr zum Retter wird. Das Märchen schließt: *„Denn ein Hofnarr lässt sich durch Hindernisse und Widerstand, die ihm auf seinem Wege widerfahren, nicht von seinem Fortschreiten abhalten. Er weiß, dass er diesen, seinen Weg geben will – und so weiß er auch, dass er diesen Weg zu geben in der Lage ist. Und genau diese Gewissheit ist es, die ihn dazu befähigt!“* (Andreas Glodde, arf „Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH“)

Wir haben es offensichtlich mit Hofnarren zu tun, die in nichts von ihrer Gewissheit, die richtigen Wege zu beschreiben, abzubringen sind.

Zwei weitere Zitate solcher Art von Unternehmensberatung will ich Ihnen nicht vorenthalten: *„Wer nicht den Mut hat, auf seine eigene Art närrisch zu sein, hat ihn schwerlich, auf seine eigene Art klug zu sein.“* (Jean Paul, Bemerkungen über uns närrische Menschen) – na bitte, so haben wir doch heute, am 11.11., an dem unsere Mitgliederversammlung stattfindet, den Bezug zum närrischen Treiben!

Und das zweite Zitat: *„Im Leben gibt es keine Lösungen ... Es gibt nur Kräfte, die in Bewegung sind. Man muss sie erzeugen, und die Lösungen werden folgen.“* (Antoine de Saint-Exupéry).

Das also ist der Geist, mit dem aufgefordert wird, die von der Unternehmensberatung in langwierigen „Prozessen“ in vielen Arbeitsgruppen, Sitzungen und Konferenzen erstellte Konzeption *„umzusetzen“* (auch so ein beliebtes Wort der Technokraten).

Unserem Kirchenkreis wurde am Ende des mehrjährigen Diskussionsprozesses so ein „Proponendum“ beschert, das auf der Herbstsynode 2017 mit überwältigender Mehrheit bei nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde und nun

***„Die EKD-Präses setzt weiter auf Expertise vonseiten Unternehmensberatung. Dabei tut Theologie und noch einmal Theologie not. Wir brauchen keine Fortsetzung von Struktur- und Reformprozessen, sondern heute wieder eine Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern.“***



Schritt für Schritt seit zwei Jahren „umgesetzt“ wird. In vier sogenannten „Kooperationsräumen“ wurden Regionale Dienstgemeinschaften eingerichtet, die Zahl der Pfarrstellen wird weiter reduziert, Gemeindepädagogik wird dagegen ausgeweitet – und natürlich: die Qualität der Verwaltung wird „gesichert“, was einhergeht mit der Einrichtung weiterer Stellen für diese Arbeit und erheblichen Kostensteigerungen. Während sich die Zahl der Gemeindepfarrstellen in unserem Kirchenkreis in den letzten Jahrzehnten halbiert hat, hat sich die Zahl der Verwaltungsstellen mehr als verdoppelt. Und die Verwaltung entwickelt mehr und mehr eine Eigendynamik und bestimmt, wie der Weg der Kirche auszusehen hat. So heißt das Motto: Doppik muss sein, Gottesdienst kann sein ... Pfarrstellenabbau wird systematisch betrieben, da gibt es Pläne mit Zahlenvorgaben. Von einem Abbau von Verwaltungsstellen ist nirgends die Rede, da könnte man ja auch fordern, einfach Arbeiten aufzugeben. Aber es gilt wohl: Datenschutz muss sein, Hausbesuch kann sein. Der Pfarrdienst, so scheint es mir, wird in ein Prokrustesbett gezwungen.

Wir Pfarrerinnen und Pfarrer wehren uns zu wenig dagegen.

Bezüglich des Gottesdienstes hat sich im Laufe der Jahre ein Umdenken vollzogen, welches auch Ausdruck in der Kirchenordnung gefunden hat. In der älteren Fassung hieß es noch: „Die Kirchengemeinde hat dafür zu sorgen, dass sich die Gemeinde so oft wie möglich, besonders aber an jedem Sonntag und Feiertag, zum Gottesdienst versammelt“ Art. 15 (1), in der Neufassung ab 2004 wird „der vornehmste Dienst jeder Kirchengemeinde“, „der Dienst am Worte Gottes“ nicht nur im Gottesdienst gesehen, sondern es heißt: „Er entfaltet sich im Gottesdienst und in der Feier der Sakramente **und** in den Kreisen und Gruppen der Gemeinde, den kirchlichen Werken, bei den Amtshandlungen und anderen Diensten der Gemeinde sowie in der Begegnung mit anderen Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen“, Art. 70 (2).

Gerade auf dem Land wird es immer

schwieriger, das Gottesdienstangebot weiterhin so zu erhalten, dass überall in den noch vorhandenen, übrigens wunderschönen und je und je einzigartigen Dorfkirchen, Gottesdienste regelmäßig gefeiert werden können. Wenn ich in Ruhestand gehe, ist diese Pfarrstelle in Zukunft für die Versorgung von acht Dorfkirchen zuständig, als ich vor 30 Jahren hier anfang, waren es zwei. Im Kooperationsraum will man die neue Situation durch einen gemeinsamen Gottesdienstplan bewältigen, der natürlich einhergehen wird mit weiterer Streichung von sonntäglichen Gottesdiensten.

In Nordrhein-Westfalen höre ich, stehen 30 % der 6.000 evangelischen und katholischen Kirchengebäude zur Disposition, in der absoluten Zahl ausgedrückt: 1.800 Kirchen, die wie es heißt, in Zukunft für Gottesdienste nicht mehr gebraucht würden. Andere Nutzungsmöglichkeiten werden gesucht.

Frau Professorin i.R. Gisela Kittel, schreibt mir, dass der liturgische Ausschuss der EKD seine „wissenschaftliche“ Expertise herausgegeben habe mit der Aufforderung, auch über den Weiterbestand des sonntäglichen Gottesdienstes ganz frei, in „christlicher Freiheit“, so Thies Gundlach, nachzudenken. Gisela Kittel schreibt: „Auch hier müsste eigentlich aus der Theologie ein Aufschrei erfolgen. Was wäre wohl los, wenn jüdische Synagogenvorstände den Sabbatgottesdienst oder Imame das Freitagsgebet abschaffen wollten?“. Gisela Kittel hat Recht.

Und meine Ausführungen hier sind ein (bescheidener) Aufschrei: seid Ihr denn des Wahnsinns, den sonntäglichen Gottesdienst so zu beschneiden, ihn aus dem Leben der Gemeinde herauszunehmen?

Anfang des Jahres war ich mit meiner Frau auf einer Orient-Reise. In Dubai erzählte uns der Reiseführer, dass selbst in dieser modernen Großstadt alle 500 Meter eine Moschee oder ein Gebetsraum ist, um jedem Gläubigen die Ausübung der Religion ortsnah zu ermöglichen.

**„Pfarrstellenabbau wird systematisch betrieben, da gibt es Pläne mit Zahlenvorgaben. Von einem Abbau von Verwaltungsstellen ist nirgends die Rede, da könnte man ja auch fordern, einfach Arbeiten aufzugeben.“**



Der Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes und „EKD-Cheftheologe“, wie er immer wieder genannt wird, Thies Gundlach, sagte gegenüber dem Deutschlandfunk (Köln), man solle den Pfarrern nicht *„aufs Auge drücken: Ihr müsst unbedingt jeden Sonntag Gottesdienst machen, egal ob jemand kommt, egal wer das wichtig findet.“* Das sei eine Ideologie, die er nicht teilen könne. Widerspruch bekam er von Professorin Dorothea Wendebourg, unserer letztjährigen Referentin beim Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag, für die der Sonntagsgottesdienst von zentraler Bedeutung bleibt. Das regelmäßige Zusammenkommen um Wort, Sakrament und Gebet: *„Der Laden fällt auseinander, wenn wir das nicht mehr tun“, so Dorothea Wendebourg.* (zitiert nach: *newsletter von IDEA-Spektrum vom 1.11.2019*)

Die Frage, wer hier theologisch und wer ideologisch argumentiert, ist m.E. ganz klar zu beantworten: der so apostrophierte EKD-Chef-Theologe ist der Chef-Ideologe ...

Warum zerschlagen wir – ohne Not, denn es ist wahrhaftig kein finanzielles Problem – die noch in der Fläche vorhandenen Strukturen? Eine Anmerkung zu den Finanzen – ich beziehe mich hier auf einen Kommentar von Pfarrer Hans-Jürgen Volk von Kirchenbunt: auf der „Sparsynode“ der Ev. Kirche im Rheinland ging man 2013 davon aus, dass in den folgenden Jahren die Kirchensteuereinnahmen erheblich zurückgehen würden, sie lagen damals bei 570 Millionen Euro. Aktuell sind es 750 Millionen. Ja, es handelt sich hier um keinen Zahlendreher: 750 Millionen.

„Gottesdienste“, schreibt Gisela Kittel in ihrem Aufsatz „Die Anrufung des Namens Gottes inmitten einer gottvergessenen Welt“ (vgl. „Info-Brief Nr. 28/2019, S. ...), *„sind Zeugnis dafür, dass auch ein Land oder eine Gesellschaft, die den Namen Gottes schon fast vergessen hat, dennoch in seiner Reichweite geblieben ist und bleibt. Selbst da, wo es nur noch zwei oder drei sind, die zum gemeinsamen Gebet, zu Lob, Anbetung, Lesung der Schrift und Fürbitte zusammenkommen, tun sie kund, dass auch dieses Dorf oder jener Stadtteil*

*zu Gott gehören und dass auch über diesen Orten der Name Gottes steht. Die Erde ist des HERRN und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen; heißt es im 24. Psalm. Es scheint hohe Zeit zu sein, von hier aus über die Bedeutung des Gottesdienstes aufs Neue nachzudenken und ihm seine zentrale Stellung im Leben unserer christlichen Gemeinden zurück zu geben.“*

Von daher, liebe Schwestern und Brüder, ist jede Initiative zu begrüßen, wie gerade auch das Seminarangebot der Evangelischen Erwachsenenbildung, von dem ich eingangs sprach, Gottesdienste zu erhalten, um das geistliche Leben zu pflegen. Jeder Gottesdienst, der gestrichen wird, ist einer zu viel. Das Heil liegt nicht in weiterer Zentralisierung, was nebenbei – in Zeiten von Greta sei es angemerkt – umweltbelastende Mobilität generiert. Dezentralisierung muss das Motto sein, die liebevolle und gewissenhafte Pflege der kleinen Einheiten, der so oft kritisierten „Kleinteiligkeit“!

Und die im Hinblick auf die Gewinnung von Nachwuchs vielbeschworene „Attraktivität“ des Pfarrberufes wird wieder steigen, wenn die Einheiten wieder überschaubarer werden. Das schließt Zusammenarbeit im Team in der Region nicht aus, sondern ein, möchte ich ausdrücklich betonen.

Und wir brauchen wahrhaftig keine neuen „Pfarrbild-Diskussionen und -prozesse“. Wem immer noch nicht klar ist, was eine Pfarrerin oder ein Pfarrer zu tun und zu lassen hat, dem ist kaum zu helfen. Der allseits beklagte Werteverlust in unserer Gesellschaft hängt auch damit zusammen, dass die Kirche nur mit sich selbst beschäftigt ist, statt konzentriert ihren Verkündigungsauftrag wahrzunehmen, Gottes Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben (Barmer Theologische Erklärung, These 2) deutlich zu machen und damit christliche Werte zu vermitteln, und eben, wie das die Kirchenmitgliedschaftsbefragungen über die Jahre immer wieder als die Erwartung an Kirche bestätigen: Menschen seelsorglich, mit viel Aufmerksamkeit, Zeit und Empathie, vor allem an den Knoten- und

**„Wir brauchen wahrhaftig keine neuen Pfarrbild-Diskussionen und -prozesse. Wem immer noch nicht klar ist, was eine Pfarrerin oder ein Pfarrer zu tun und zu lassen hat, dem ist kaum zu helfen.“**



Krisenpunkten ihres Lebens zu begleiten.

Mir fiel dieser Tage noch mal das Manuskript eines Vortrages in die Hände, den ich vor genau 20 Jahren, am 6.11.1999 im Predigtanalyse-Oberseminar von Prof. Dr. Rudolf Bohren in Heidelberg hielt. Damals wurde das „Pfarrbild 2000“ in unserer Rheinischen Kirche diskutiert. Es wurden Kataloge der Anforderungen für die Berufsgestaltung erstellt, Eignungsvoraussetzungen und Qualifikationen für Pfarrerinnen und Pfarrer definiert. Doch das Ganze atmete nicht den Geist des Neuen Testaments, statt von Nachfolge Jesu Christi und Verkündigungsauftrag zu sprechen, wurden „Überapostel“ beschrieben, vor denen schon Paulus warnte (2. Korinther 10 – 12).

Im Hinblick auf die Rede vom Pfarrbild zitierte ich damals Max Frisch, der bezüglich der Bildnisproblematik einmal in sein Tagebuch notierte: *„Du sollst dir kein Bildnis machen. Es ist bemerkenswert, dass wir gerade von dem Menschen, den wir lieben, am mindesten aussagen können, wie er sei. Wir lieben ihn einfach. Eben darin besteht ja die Liebe, das Wunderbare an der Liebe, dass sie uns in der Schweben des Lebendigen hält, in der Bereitschaft, einem Menschen zu folgen in allen seinen möglichen Entfaltungen. Wir wissen, dass jeder Mensch, wenn man ihn liebt, sich wie verwandelt fühlt, wie entfaltet, und dass auch den Liebenden sich alles entfaltet, das Nächste, das lange Bekannte. Vieles sieht er wie zum ersten Male. Die Liebe befreit es aus jeglichem Bildnis ...“* (Max Frisch: Tagebuch 1946 – 1949, Frankfurt am Main 1973, 31).

Eine wunderbare Passage im Werk des Schriftstellers Max Frisch. Und ich erlaube mir einmal in der Fortsetzung dieses Zitates das Wort „Mensch“ durch „Pfarrer“ und „Pfarrerin“ zu ersetzen:

*„... so wie das All, wie Gottes unerschöpfliche Geräumigkeit, schrankenlos, alles Möglichen voll, aller Geheimnisse voll, unfaßbar ist der Pfarrer/die Pfarrerin, den oder die man liebt – nur die Liebe erträgt ihn/ erträgt sie so“* (ebd., 31)

Im Anschluss an Max Frisch wäre also die Aufhebung aller Pfarrbilder und die Beendigung der Pfarrbildprozesse zu

fordern! Wenn jetzt der Vorwurf der Schwärmerie kommt, so begegne ich dem mit dem Hinweis, dass ich unermüdlich weiter auf den Geist des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung in unserer Kirche setze.

Gott sei Dank ist dieser Geist neben all dem Beklagenswerten in unserer Kirche auch zu finden. Und das lässt dann doch für die Zukunft hoffen.

Wunderbar war es, die Gemeinschaft der Brüder und Schwestern aus ganz Europa zu erfahren bei der Konferenz Europäischer Pfarrvereine, die im Juni 2019 in Admont in Österreich stattfand. Wir tauschten uns aus, was uns Freude an diesem Beruf macht. (Sie finden den Vortrag von Bischof Dr. Michael Bünker: *„Mit Freude evangelischer Pfarrer oder Pfarrerin in Europa sein“* in unserem nächsten „Info-Brief“, der im Dezember 2019 erscheinen wird.)

Sodann: ein herzliches Miteinander findet statt bei den gegenseitigen Besuchen mit den befreundeten Pfarrvereinen in Deutschland, bei den entsprechenden Pfarrtagen gibt es viele Anregungen und einen lebendigen Austausch.

Und auf Verbandsebene haben wir einen sehr fähigen und engagierten Vorsitzenden, der auch in diesem Jahr wieder einen überzeugenden Bericht auf der Mitgliederversammlung in Quedlinburg vorgelegt hat. Ich empfehle die Lektüre im Deutschen Pfarrerbild (Heft 11/2019). Es ist nicht nur ein Bericht, sondern es werden klare Perspektiven aufgezeigt, wie Kirche wirklich eine Zukunft haben kann – mit Pfarrerinnen und Pfarrern, die sich nicht durch „Struktur- und Reformprozesse“ weiter behindern und lähmen lassen, sondern ihren Verkündigungsauftrag wahrnehmen. Ich zitiere Andreas Kahnt mit den ersten Sätzen seiner Ausführungen, die Lust auf Weiterlesen machen sollen:

*„Freiburg for Future‘ – so könnten wir in drei Worte fassen, was manche Strategen in den evangelischen Kirchen in Deutschland derzeit umtreibt. Könnten wir, wollen wir aber nicht. Warum? Weil es zu kurz greift. Weil es alles*

**„Wunderbar war es, die Gemeinschaft der Brüder und Schwestern aus ganz Europa zu erfahren bei der Konferenz Europäischer Pfarrvereine, die im Juni 2019 in Admont in Österreich stattfand. Wir tauschten uns aus, was uns Freude an diesem Beruf macht.“**



*von – nun vermeintlich notwendigen – Strategien erwartet, aber wenig von Christus, dem Herrn der Kirche. ‚Die Kirche zukunftsfähig machen‘ ist ein Widerspruch in sich. Denn die Kirche erhält ihre Zukunft allein aus dem Willen Gottes. Sie kann nicht ‚gemacht‘ werden, auch nicht ‚gestaltet‘. Sie kann aber dankbar angenommen und mit dem gefüllt werden, was ihr von Christus gegebener Auftrag ist: Mit der Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat.“*

Die Arbeit der Pfarrvereine wie die des Verbandsvorstandes, dem ich seit 2011 angehören darf, ist klar daraufhin ausgerichtet, dass wir als Pfarrerrinnen und Pfarrer, um eine Formulierung aus der Badischen Kirche aufzunehmen, unseren Verkündigungsauftrag „geistlich getragen, fachlich gut und persönlich wohlbehalten“ erfüllen können.

Ich komme zum Schluß und fasse pointiert zusammen: Die sogenannten „Struktur- und Reformprozesse der letzten Jahre haben vor allem eins gebracht: viel Papier. Bei so manchen „Papieren“ ist es schade um die Bäume, die dafür gefällt werden mussten. Ähnlich wie in der Politik bei den seit Jahrzehnten versäumten Maßnahmen gegen den Klima-

wandel, wurde in unserer Kirche auch jahrzehntelang das versäumt, was wirklich nottut: in unserem Fall: eine Reformation an Haupt und Gliedern!

Die Außenwahrnehmung von Kirche drückt sich so aus, wie ich das unlängst in einem Gespräch aufschnappte, in dem ein Mann zu einem anderen sagte: „Die Kirche ist doch ein Unternehmen wie alle anderen – nur: mit angehängter Hokuspokus-Abteilung!“

Offensichtlich ist etwas fundamental schief gelaufen in den letzten Jahrzehnten, dass so ein Eindruck entstehen kann.

Machen wir der Welt wieder deutlich, dass es anders ist: kein Hokuspokus, sondern eine Theologie mit einem Evangelium, das die Welt verändert. Und die Kirche: kein Unternehmen wie andere, sondern eine Institution sui generis, die nicht Religion immer aufwändiger verwaltet, sondern unter minimalem Verwaltungsaufwand nur ein Ziel verfolgt: Menschen das Reich Gottes in Jesus Christus nahezubringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

- **Friedhelm Maurer** ist seit 1991 Pfarrer in Gemeinden (Hunsrück) und seit 1999 Vorsitzender des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland.

***Die Arbeit der Pfarrvereine wie die des Verbandsvorstandes ist klar daraufhin ausgerichtet, dass wir als Pfarrerrinnen und Pfarrer unseren Verkündigungsauftrag „geistlich getragen, fachlich gut und persönlich wohlbehalten“ erfüllen können.***



## November-Trinität

Morgenandacht zum 50. Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag am 11. November 2019.

*Reinhard Schmidt-Rost*

Durch den Zufall der Belegung im Uni-Club feiern wir den 50. Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag nicht wie sonst am 1., sondern am 2. Montag im November. Dadurch sind wir in eine merkwürdige Konstellation der Gedenktage geraten: Ich nenne sie die November-Trinität, 9., 10. und 11. November.

Die in diesen Tagen reichlich zitierte Bedeutung des 9. November sei noch um ein Datum erweitert, das selten genannt wird:

Die bürgerliche Revolution von 1848 wurde am 9. November 1848 mit der Hinrichtung des liberalen Politikers Robert Blum in Wien blutig niedergeschlagen, die konservative Gegenrevolution hatte gesiegt und fiel erst 70 Jahre später in sich zusammen, mit der November-Revolution 1918, die mit dem Matrosen-Aufstand am 9. November 1918 in Kiel begann und das Ende des Deutschen Kaiserreichs besiegelte, auch Hitlers erster Putschversuch 1923 in München fand am 8. und 9. November statt. Vor allem aber die Reichsprogrammnacht 1938, und die Wende vor dreißig Jahren, am 9. November 1989 haben diesen Tag mit einer Bedeutung aufgeladen, wie sonst kaum ein Datum in der jüngeren Deutschen Geschichte;

am 10. November erinnern sich evangelische Christen an den Geburtstag Martin Luthers

und am 11. November an seine Taufe, der zugleich Tag der Erinnerung an den Heiligen Martin ist. Der Martinstag wird im Rheinland immer noch besonders eindrücklich gefeiert, in sinniger Verbindung mit dem Beginn der Narrenzzeit um 11.11 Uhr.

Und wie es in dieser fünften Jahreszeit üblich und von einem Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag auch zu erwarten ist, will ich Ihnen den Sinn dieser Novembertrinität auch in kurze Reime fassen:

Wir halten uns an Daten,  
sie ordnen unser Leben  
sie graben wie mit Spaten  
die Spur, die uns gegeben,  
erinnern uns an Taten,  
die Lebenssinn ergeben.  
Ob Ende oder Wende,  
historisches Gelände.

Wir denken in Perioden,  
um unsern Stand zu orten,  
das sind halt die Methoden  
zu deuten, was in Worten  
schwer nur sich fassen lässt,  
ob Kirchenjahres-Fest',  
ob runde Jubelrunden,  
sie gliedern Jahr und Stunden.

Wir suchen nach Personen,  
in nah und ferner Zeit, die die Erinnerung lohnen,  
da sind wir schnell bereit,





ihr Wirken zu verdichten  
in rührenden Geschichten  
und uns danach zu richten -  
heut' wird man sich beeilen,  
im Geist den Mantel teilen.

Nach dieser kleinen närrischen Reimerei  
will ich noch prosaisch den Wochen-  
spruch dieser Woche anfügen:

*Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden  
Gottes Kinder heißen. Mt. 5,9*

... und uns damit an den Anfang der Frie-  
densdekade erinnern, die in Europa seit  
40 Jahren in den 10 Tagen vor dem Buß-  
und Betttag begangen wird; sie ist ausge-  
hend 1979 von den Niederlanden seit  
1980 auch in Deutschland zu einem fes-  
ten Datum der Friedensbewegung gewor-  
den ist und sie steht in diesem Jahr unter  
dem Motto "Friedensklima", wie könnte  
es anders sein.

Viele von uns werden mit dieser Dekade  
Erinnerungen verbinden im persönlichen  
Leben wie im Leben ihrer Gemeinde,  
verbunden mit dem Konziliaren Prozess  
über Frieden, Gerechtigkeit und Bewah-  
rung der Schöpfung.

Und die EKD-Synode, die in dieser Wo-  
che in Dresden tagt, hat sich den Arbeits-  
titel gegeben: "Auf dem Weg zu einer  
Kirche der Gerechtigkeit und des Frie-  
dens".

Wir wollen bei aller kritischen Distanz  
des Pfarrvereins zu kirchlichen Leitungs-  
organen doch auch für die Dresdner Sy-  
node um Gottes Segen bitten.

Wie auch wir am Anfang des 50. Rheini-  
schen Pfarrerinnen- und Pfarrertags um  
Frieden bitten und singen: Wir beten für  
den Frieden, wir beten für die Welt. (EG  
678.)



*Karin Lang-Bendszus und - als stellvertretender Vorsitzen-  
der - Christoph König (Bild unten) haben nach vielen enga-  
gierten Jahren den Vorstand des Pfarrvereins verlassen.*

*Ihre Plätze nehmen Dirk Voos aus Bonn und Gabriele  
Koyer aus Ratingen ein (Bild links)*





## Mit Freude evangelische(r) Pfarrer oder Pfarrerin in Europa sein

Vortrag auf der Tagung der Konferenz Europäischer Pfarrvereine in Admont (Österreich), 17. Juni 2019

*Michael Bünker*

Zuerst bedanke ich mich herzlich für die Einladung, zu Ihrer Konferenz hierher nach Admont zu kommen. Ich freue mich, dass Sie für Ihre Zusammenkunft diesmal Österreich gewählt haben. Danke auch für die Gelegenheit, mit Ihnen jetzt am Vormittag einige Überlegungen zum Pfarrberuf teilen zu können. Dabei soll es inhaltlich auch um Salutogenese und Resilienz gehen. Für diese Aufgabe mögen mich mehr meine eignen Erfahrungen qualifizieren als die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Pfarrberuf und den mit ihnen zusammenhängenden Disziplinen. Ich bin nach rund zwölf Jahren im Gemeindedienst als Pfarrer in die Kirchenleitung gewählt worden und habe aus dieser Perspektive, wenn auch nicht in der unmittelbaren Personalverantwortung, aber doch mittelbar die Fragen rund um den Pfarrberuf miterlebt und auch mitentschieden, wo immer es etwas zu entscheiden gab. In den letzten zwölf Jahren war ich als Bischof nach der Aufgabenbeschreibung unserer Kirchenverfassung zugleich auch als „erster Pfarrer der Kirche“ mit dem Hirtenamt über alle Amtsträger und Amtsträgerinnen in Seelsorge, Beratung und Mahnung betraut (Kirchenverfassung, Artikel 90 Absatz 1 Ziffer 2). Während der Jahre im Bischofsamt war ich in ehrenamtlicher Funktion zugleich Generalsekretär der „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in

Europa (GEKE)“ und konnte so immer wieder einen Eindruck gewinnen von der Situation in den evangelischen Kirchen in anderen europäischen Ländern. Es gibt hier — bei aller innerevangelischen Pluralität — wenig überraschend ein großes Maß an Übereinstimmung und Ähnlichkeit, was die Herausforderungen für den Pfarrberuf heute angeht. Diese Funktionen gehen nun zu Ende und ich stehe vor dem nächsten Übergang im Leben eines Pfarrers oder einer Pfarrerin, nämlich dem Wechsel in den Ruhestand. Freilich höre ich damit nicht auf, Pfarrer zu sein. Die Ordination als wechselseitige Verpflichtung zwischen der Kirche und den Frauen und Männern, die in den Dienst der öffentlichen Verkündigung treten, gilt weiter. Aber an die Stelle des „Du musst“ tritt nun das „Du kannst“, also die grundsätzliche Freiwilligkeit, mit der Pfarrer im Ruhestand Aufgaben übernehmen können.

Aber beginnen möchte ich weder mit dem kirchenleitenden Amt noch mit der europäischen Aufgabe, sondern mit meiner persönlichen Geschichte. Ich stamme — wie nicht wenige der Pfarrer und Pfarrerrinnen — aus einem evangelischen Pfarrhaus, ja ich bin sogar im Pfarrhaus geboren worden. Pfarrerskind zu sein wurde mir gleichsam in die Wiege gelegt. Mein Urgroßvater war der Sohn eines Schweizer Färbermeisters namens Jakob

***An die Stelle des „Du musst“ tritt nun das „Du kannst“, also die grundsätzliche Freiwilligkeit, mit der Pfarrer im Ruhestand Aufgaben übernehmen können.***



Bünker (1812-1888), der Mitte des 19. Jahrhunderts aus wirtschaftlichen Gründen aus der Schweiz nach Kärnten auswanderte. Sein Sohn Karl (1853-1919) studierte evangelische Theologie und übernahm eine Pfarrstelle in Kärnten, in Trebesing, einer Toleranzgemeinde. Toleranzgemeinden sind jene Gemeinden, die sich unmittelbar nach dem Toleranzpatent Kaiser Joseph II. im Jahr 1781 unter den vom Patent festgelegten Auflagen gebildet hatten. Sie sind bis heute so etwas wie das Fundament der Evangelischen Kirche in Österreich. In dieser Gemeinde war er mehr als vierzig Jahre lang tätig. Er hatte in eine angestammte Kärntner Pfarrerdynastie eingeheiratet, die unmittelbar nach dem Toleranzpatent aus dem fränkischen Raum nach Österreich gekommen war.

Beide Söhne dieses ersten Pfarrers namens Bünker traten in die Fußstapfen ihres Vaters und wurden ebenfalls evangelische Pfarrer und zwar beide auch noch in Kärnten. Der jüngere von ihnen folgte dem Vater in der Gemeinde Trebesing nach und blieb selbst auch durch vierzig Jahre dort. Das war damals, also so zwischen 1880 und 1950, gar nicht so selten. Der ältere Sohn begann als Feldkurat kurz vor und dann während des Ersten Weltkrieges in der Armee der k. und k. Monarchie. Dieser Pfarrer Bünker (1888-1966), mein Großvater, übernahm nach dem Krieg die Pfarrgemeinde Fresach im Drautal in Kärnten, auch das eine der alten Toleranzgemeinden. Die Gemeinde Fresach hatte zur damaligen Zeit rund 2.100 Mitglieder, die verstreut auf den Bauernhöfen am Hang des Berges und in mehreren, recht weit voneinander entfernt liegenden Ortschaften lebten. Die Pfarrgemeinde hatte erst in den späten 1930er Jahren elektrischen Strom und gar erst nach dem Zweiten Weltkrieg einen Telefonanschluss. Dem Pfarrer oblag der regelmäßige Predigt-dienst an allen Sonn- und Feiertagen, die Kasualien, von denen insbesondere die Beerdigungen aufwendig gewesen sein dürften, der Religionsunterricht und vor allem die Hausbesuche, die sich die Gemeindeglieder regelmäßig erwarteten.

Alle Wege waren zu Fuß zurückzulegen. Ein Gehalt in regelmäßiger Geldzahlung gab es nur zum Teil. In erster Linie wurden die staatlichen Aufgaben, wie der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen und die standesamtliche Funktion der Führung der Matrikelbücher, finanziell abgegolten. Einen wesentlichen Teil des Einkommens machten die Naturalabgaben aus, zu denen sich die Bauern der Gemeinde verpflichtet hatten und denen sie nicht selten sehr nachlässig nachkamen. Außerdem standen dem Pfarrer eine Kuh und mehrere Schweine, sowie ein Acker und ein großer Garten zur Verfügung, was ihn und seine Frau notwendigerweise zum Teilzeitlandwirt machte.

Trotz dieser umfangreichen und vielfältigen Tätigkeit hatte Pfarrer Bünker Zeit, manche Ausfahrten zu unternehmen oder im Pfarrhaus Besuch für mehrere Tage aufzunehmen und insgesamt einen seinem bürgerlichen Milieu angemessenen Lebenswandel zu führen. Legendar in vielen Pfarrhäusern der damaligen Zeit waren die Runden, in denen das altösterreichische Kartenspiel „Tarock“ gepflegt wurde. Weil dieses Spiel besonders unter den Offizieren der alten k. und k. Armee verbreitet war und daher von Czernowitz/Chernivci bis Triest/Trieste und von Teschen/Cieszyn bis Kronstadt/Brasov gespielt wurde, nannte der österreichische Autor Fritz von Herzmanovskiy-Orlando (1877-1954) einfach die ganze alte Donaumonarchie „Tarockanien“. Da dazu normalerweise vier Mitspielende gebraucht werden, bildeten sich Runden, die aus dem Dorflehrer, dem evangelischen Pfarrer und dessen Frau und dem katholischen Pfarrer am Ort gebildet wurden. Eine Tarock-Ökumene! Den Bauern war „Tarock“ unbekannt.

Die größte Leidenschaft meines Großvaters war aber das Veredeln und Aufziehen von Rosenstöcken, von denen bis zu hundert im Garten des Pfarrhauses standen. Während er also seine Bauernhöfe besuchte oder seine Rosen aufzog, studierte sein Sohn bereits evangelische

***Da zum Tarock normalerweise vier Mitspielende gebraucht werden, bildeten sich Runden, die aus dem Dorflehrer, dem evangelischen Pfarrer und dessen Frau und dem katholischen Pfarrer am Ort gebildet wurden. Eine Tarock-Ökumene!***



Theologie. Das war mein Vater (1916-2001), der im Jahr 1940 seinen Dienst in der großen Gemeinde Leoben in der Steiermark begann. Leoben wurde erst 1902 als Pfarrgemeinde gegründet, hatte aber gegen Ende der 1930er Jahre bereits mehr als 6.000 Mitglieder. Das konnte von einem Pfarrer allein unmöglich bewältigt werden. Normalerweise waren zwei Pfarrer dort tätig, eine Diakonisse als Gemeindegewerkschwester und einige Religionslehrende in den Schulen. Oft kamen für eine befristete Zeit Vikare dazu und unmittelbar nach 1945 aufgrund der starken Flüchtlingsströme auch der eine oder andere Flüchtlingspfarrer. Gottesdienste waren in der Leobener Gustav-Adolf-Kirche regelmäßig zu feiern und dazu an insgesamt sechs Predigtorten, von denen manche aufgrund der kriegsbedingt erschwerten Verkehrsbedingungen nur mit einer Übernachtung betreut werden konnten. Wöchentliche Bibelstunden, die Betreuung der am Ort ansässigen Hochschulgemeinde und ein reiches Vereinsleben kamen zu den zentralen pfarrerlichen Aufgaben dazu.

Aber auch mein Vater hatte Zeit für manche Hobbies. Es wird erzählt von zahlreichen Ausflügen, von seiner schriftstellerischen Tätigkeit, von Besuchen und vom Abonnement im örtlichen Lichtspieltheater. Die Wege mussten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder zu Fuß bewältigt werden, wenn es keine Mitfahrgelegenheiten gab. Das Autofahren und das Telefonieren hat mein Vater erst in den 1960er Jahren gelernt und wurde mit beidem nie so recht vertraut. Im Jahr 1954, kurz nach meiner Geburt im Leobener Pfarrhaus, übersiedelte die ganze, mittlerweile fünfköpfige Familie nach Kärnten. Dort war mein Vater noch in zwei Gemeinden tätig, ehe er im Jahr 1984 mit 68 Lebensjahren in Pension ging.

Durch vier Jahre waren wir beide aktiv im Pfarrdienst, denn ich begann nach dem Ende des Studiums im Jahr 1980 als Vikar in Wien-Döbling und wurde dann 1982 zum Pfarrer in Wien-Floridsdorf gewählt. Die Gemeinde in Floridsdorf

hatte damals rund 3.500 Mitglieder. Drei Pfarrer waren dort tätig, dazu eine Gemeindepädagogin und zahlreiche Religionslehrende an den öffentlichen Schulen. Das hat sich im Grunde bis heute nicht geändert, die Zahl der Mitglieder ist nur um wenig auf 3.280 im laufenden Jahr gesunken. Gottesdienste waren und sind wöchentlich in der Floridsdorfer Kirche sowie einmal im Monat an den vier Predigtorten zu feiern. Neben den Pfarrern standen dafür auch eine Reihe von Lektorinnen und Lektoren bereit. In der Gemeinde gab es eine ganze Reihe von thematisch oder zielgruppenorientiert bestimmten Kreisen. Unter den Kasualien stachen die zahlreichen Beerdigungen im Arbeitsaufwand heraus. Viel Energie erforderte die gute Begleitung der Ehrenamtlichen, die sich um die Diakonie in der Gemeinde, um die Seelsorge im Krankenhaus und Altenheimen, um die Begleitung der Jugendlichen, der Konfirmandinnen und Konfirmanden und um die zahlreichen Gemeindeveranstaltungen annahmen und das bis heute tun.

Verwundert hat mich, wieso in dieser Gemeinde in der Zeit meines Großvaters bei wesentlich größerer geographischer Ausdehnung und mehr als 5.000 Mitgliedern ein Pfarrer und eine Gemeindegewerkschwester ausgereicht haben? Die Veränderungen, die seit den 1960er Jahren eingesetzt haben und das kirchliche Leben in den Gemeinden in vielen Bereichen neu ausgerichtet haben, sind hier wohl als „Hauptgründe“ zu nennen. Die lebendige Gemeindekirche, in der in zahlreichen Gruppen und Kreisen verschiedene Aktivitäten organisiert werden, hat neue Anforderungen an den Pfarrberuf mit sich gebracht. Ein äußeres Zeichen dafür ist die Tatsache, dass in zahlreichen Gemeinden zusätzlich zu Kirche und Pfarrhaus Gemeindehäuser oder andere Gemeinderäume gebaut wurden. Dazu kommt, dass in all diesen Bereichen zunehmend Professionalität verlangt wurde. Fort- und Weiterbildung wurden nicht nur für die Pfarrer und (mittlerweile auch) Pfarrerinnen und andere Hauptamtliche notwendig, sondern auch für die Ehrenamtlichen. Als weiteren inneren

**„Die lebendige Gemeindekirche, in der in zahlreichen Gruppen und Kreisen verschiedene Aktivitäten organisiert werden, hat neue Anforderungen an den Pfarrberuf mit sich gebracht.“**



Faktor der Veränderung nenne ich die Anforderungen der Institution Kirche durch einen manchmal extrem gestiegenen Aufwand an Verwaltung und Organisation. Dazu kommt durch die zunehmende Individualisierung in der Gesellschaft der gestiegene Aufwand für die Planung und Durchführung der Kasualien, was sich am deutlichsten bei den kirchlichen Trauungen zeigt. Aber ähnliche Entwicklungen gab und gibt es nicht nur in der Kirche. Neu waren auch die grundsätzliche Infragestellung der traditionellen Rollenbilder von Männern und Frauen und die neue Bewertung von sogenannter Reproduktionsarbeit in Familie und Haushalt. Das sind nur ein paar willkürlich herausgegriffene Veränderungsfaktoren ohne Anspruch auf Systematik oder gar Vollständigkeit, die eben auch die Kirche und damit die pfarrerlichen Tätigkeiten betroffen haben. Aber: Die parochiale Versorgungs- und Betreuungskirche, für die mein Großvater und auch noch mein Vater tätig gewesen sind und die ihnen immer Zeit für eigene Tätigkeiten gelassen hatte, war durch diese Veränderungen nicht verschwunden. Im Gegenteil! Sie bestand ungebrochen weiter und tut das nach wie vor, sodass all die Änderungen, die ich nur kurz angedeutet habe, zusätzlich zur parochialen Tätigkeit in der Volkskirche wahrzunehmen sind.

Diese doppelte Herausforderung, einerseits das Überkommene fortzusetzen und so gut wie möglich zu sichern und andererseits für alle möglichen, auf jeden Fall zahlreichen neuen Formen des gemeindlichen Lebens zuständig zu sein, kennzeichnet den Pfarrberuf seit gut fünfzig Jahren. In Kirchen, die über die entsprechenden Ressourcen verfügen, wird dieses Nebeneinander und Zugleich zu einem gewissen Grad durch die Schaffung von Funktionspfarrstellen gemildert. Aber auch dieser Weg scheint sich angesichts drohender Ressourcenknappheit immer häufiger nicht länger weiterführen zu lassen. In anderen Kirchen ist diese Ausdifferenzierung noch gar nicht so deutlich umgesetzt, sodass sich die alte parochiale Versorgungskirche mit vergleichsweise geringen Ressourcen vorerst

noch weiterführen lässt. Zwischen diesen beiden Polen bewegt man sich, wenn man etwa eine Gemeinde in der Ostslowakei mit einer in Frankfurt am Main vergleicht und dazwischen einen Blick auf das Kirchspiel in der Dresdner Neustadt wirft. Was ist das Modell für die Zukunft? Die Verlockung, das Althergebrachte könnte sich wieder als das Zukunftsträchtige erweisen, mag für manche ansprechend sein. Ich halte sie für verführerisch, aber falsch. Die herkömmliche Parochie lebt doch von Voraussetzungen, die zunehmend weniger gelten. Die Einheit von Wohn- und Arbeitsort zerfällt seit Jahrzehnten, die Mobilität der Menschen nimmt zu und vor allem sind die Jüngeren in der Gesellschaft immer weniger bereit, eine lebenslange Mitgliedschaft in einer Institution einzugehen, nur weil ihre Eltern und Großeltern schon Mitglieder dieser Institution gewesen waren. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das etwa politische Parteien betrifft, aber auch die zahlreichen Freiwilligenorganisationen, von der Feuerwehr bis zum Fußballverein am Ort. Dies betrifft natürlich auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften allgemein. Um es mit einem Schlagwort der Religionssoziologie zu sagen: Die Zugehörigkeit zur Kirche wird in der Optionsgesellschaft vom Schicksal zur Wahl.

Aber verstehen Sie mich bitte recht: Die Ortsgemeinde hat ihren großen, unersetzlichen Wert! Sie wird sogar — davon bin ich überzeugt — in der Zukunft wichtiger werden, als sie es heute vielleicht ist. Wo sonst kommen ganz unterschiedliche Menschen zusammen? Wo sonst sitzen der Universitätsprofessor neben der Pflegerin aus der Slowakei und die Lehrerin an der Höheren Schule (Gymnasium) neben dem Asylwerber aus Afghanistan? Im Gottesdienst der evangelischen Gemeinde ist das der Fall. Und weil der Gottesdienst nicht nur seine bestimmte Zeit braucht, sondern auch den für ihn bestimmten Ort, ist die gottesdienstliche Gemeinde auch als Ortsgemeinde notwendig. Sie konstituiert eine Art von Nachbarschaft, in der Menschen, die sich nicht kennen und sich nicht aus-

***„Die parochiale Versorgungs- und Betreuungskirche, für die mein Großvater und auch noch mein Vater tätig gewesen sind und die ihnen immer Zeit für eigene Tätigkeiten gelassen hatte, war durch diese Veränderungen nicht verschwunden. Im Gegenteil!“***



gesucht haben, doch zusammenkommen und dabei voneinander Lebensgeschichtliches erfahren und Gemeinsames entdecken. Christliche Gemeinden als Orte organisierter Nachbarschaft sind nun nicht im luftleeren Raum. Sie brauchen die Verbindung, die Vernetzung mit anderen solchen Orten in ihrem Umfeld und tragen so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Für beide Aspekte gibt es also gute Argumente. Lokal oder funktional, oder Kirche als Institution oder Kirche als Organisation — eines lässt sich nicht gegen das andere ausspielen. Eberhardt Hauschildt spricht sich sogar für ein „hybrides Verständnis der Kirche“ aus, das das Positive beider Aspekte nutzt und produktiv aufeinander bezieht. Wie sich diese beiden Entwicklungslinien, die Fortführung des parochialen Prinzips einerseits und die Wahrnehmung der Ausdifferenzierung kirchlichen Lebens und Arbeitens andererseits, fruchtbringend miteinander verbinden lassen ohne das eine gegen das andere auszuspielen, hat die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern mit dem Prozess „Profil und Konzentration“ versucht.

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen meinem Großvater und meinem Vater und mir bzw. noch viel mehr den heute jungen Pfarrern und Pfarrerinnen liegt wohl nicht in der Arbeitsbelastung. Die war früher hoch und ist es heute auch noch, bestimmt in manchen Fällen auch zu hoch. Gleich geblieben ist auch die tief empfundene Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit. Generell hat sich die gesellschaftliche Stellung der Kirche und damit auch des Pfarrers bzw. der Pfarrerin geändert. Den wesentlichen Unterschied sehe ich darin, dass wir erkennen, dass der Pfarrberuf nicht nur fordernd und belastend, erfüllend und beglückend ist, sondern leider auch zu Krankheiten führen kann. Die Symptome wie Stress und Erschöpfungszustände bis hin zum „burn-out“ waren schon länger zu beobachten, empirisch erforscht wurde das Phänomen im deutschsprachigen Raum erstmals mit der Studie von Andreas von Heyl aus dem Jahr 2003. Aus dem eng-

lischsprachigen Raum gibt es vergleichbare Studien schon seit den frühen 1960er Jahren. Andreas von Heyl hat die Pfarrerschaft der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Bayern erforscht. Die Ergebnisse sind alarmierend. Beinahe die Hälfte (49,5%) galten als burn-out gefährdet. Einige Jahre später (2009) wurde eine vergleichbare Erhebung in der Badischen Kirche durchgeführt, der zufolge 20% der Pfarrer und Pfarrerinnen stressbedingte Gesundheitsstörungen zeigen. Auch das ist ein erschreckend hoher Wert. Weitere Studien in anderen Landeskirchen folgten, das Deutsche Pfarrernetz hat darüber immer auch berichtet.

Andreas von Heyl ist nun nicht bei der Analyse stehen geblieben. In seiner Antrittsvorlesung in Neuendettelsau im Jahr 2004 spricht er von „Salutogenese“. Er versteht diesen Begriff als „Schlüsselbegriff“ in der gegenwärtigen Diskussion zwischen Gesundheitswissenschaft und Praktischer Theologie im Blick auf die kirchlichen Berufe. Einen wichtigen Meilenstein stellte dann das von Andreas von Heyl, Konstanze Kemnitzer und Klaus Raschzok herausgegebene Handbuch „Salutogenese im Raum der Kirche“ aus dem Jahr 2015 dar. „Wie können Pfarrer und Pfarrerinnen mit den jeweiligen Belastungspotentialen so umgehen, dass sie ihre Gesundheit erhalten und weiterhin ‚gut, gerne und wohlbehalten‘ ihren Dienst wahrnehmen?“ So fragt Andreas von Heyl. Mit „gut, gerne und wohlbehalten“ greift er die drei Stichworte auf, unter denen die bayerische Kirche zwischen 2013 und 2016 einen Konsultationsprozess unter ihren Pfarrern und Pfarrerinnen durchgeführt hat. Ein Ergebnis dieses Konsultationsprozesses ist die Handreichung zur Erstellung von Dienstordnungen (in Österreich würde man Amtsaufträge dazu sagen) und die Einrichtung einer eigenen Projektstelle für Salutogenese in der Kirche. Solche Maßnahmen gehören in den Bereich der „enabling conditions“, durch die eine Organisation als ganze, also auch die Kirche, jene Rahmenbedingungen definieren soll, die den einzelnen ein Arbeiten er-

**„Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen meinem Großvater und meinem Vater und mir bzw. noch viel mehr den heute jungen Pfarrern und Pfarrerinnen liegt wohl nicht in der Arbeitsbelastung. Gleich geblieben ist auch die tief empfundene Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit.“**



möglichen, das die Gesundheit erhält und stärkt, anstatt sie zu gefährden.

Salutogenese ist ein Kunstwort, das der israelisch-amerikanische Medizinsoziologe Aaron Antonovsky 1970 geprägt hat. Er hat die Geschichten von Frauen erforscht, die die Nazi-Konzentrationslager überlebt haben und sich wider alle Erwartung guter Gesundheit erfreuten. Das ließ ihn nach jenen gesundheitsfördernden Ressourcen fragen, die Menschen befähigen, ihre leib-seelische Integrität trotz widrigster Lebensumstände zu bewahren. Dabei hatte er herausgefunden, dass es dabei nicht um einzelne Faktoren geht, sondern um „salus“, um das Heil-Sein und das Leben als Ganzes. Antonovsky spricht dabei von einem „Kohärenzgefühl“. Menschen mit ausgeprägtem Kohärenzgefühl verfügen über eine erhöhte Widerstandskraft gegenüber Stressfaktoren und werden deshalb weniger oft und weniger schwer krank. Mit dem Konzept der Salutogenese sind auch andere Konzepte verwandt, die danach fragen, welche Möglichkeiten Menschen zur Verfügung stehen, um in Krisen zu bestehen oder dem Dauerdruck heutiger Arbeits- und Lebensbedingungen standzuhalten. Ich erwähne das Konzept der Resilienz (Emmy Werner 1977), das der Coping-Strategien (Richard Lazarus 1974), das Konzept der „Hardiness“ (Suzanne C. Kobasa 1982) oder das Konzept der „self-efficacy“ (Albert Bandura 1997).

Aus der großen Zahl miteinander verwandter, aber im Einzelnen doch unterschiedlicher Konzepte kann meiner Meinung nach abgelesen werden, dass jene Kräfte, die in Extremsituationen wie einer KZ-Haft das Überleben ermöglichen, heute unter gänzlich anderen Bedingungen im beruflichen Alltagsleben gebraucht werden. Dass das auch für Pfarrer und Pfarrerinnen wie für andere kirchliche Berufe heiß diskutiert wird, muss nicht überraschen. Bis zu einem gewissen Grad ist der Pfarrer bzw. die Pfarrerin eben nicht „anders“, wie es Manfred Josuttis noch 1982 behaupten konnte.

Natürlich gibt es auch kritische Anfragen an die Konzepte von Salutogenese und Resilienz. Die wichtigste geht davon aus, dass alle diese Konzepte der Stress- und Krisenbewältigung hochgradig individualistisch sind. Der Fokus ist ganz auf individuelle und persönliche Bewältigungsmechanismen und Bewältigungsstrategien von Stress und Überlastung gerichtet. Letztlich ist damit wieder jeder einzelne und jede einzelne selbst dafür verantwortlich, gesundheitlich unbeschädigt durch die Berufsjahre zu kommen und logischerweise selbst daran schuld, wenn das nicht gelingen sollte. Die „Tyrannei des gelingenden Lebens“ wird damit im Berufsbild des Pfarrers und der Pfarrerin in der Selbstwahrnehmung auf die Spitze getrieben. Ob damit dem berechtigten Anliegen wirklich gedient ist, kann dann wohl bezweifelt werden. Hier schließt sich ein Kreis: Dem Stress der Pfarrer und Pfarrerinnen, der auch durch die zunehmende Individualisierung in der Gesellschaft verursacht ist, soll durch individuelle Strategien begegnet werden.

Es ist bestimmt zuerst einmal die Aufgabe der Leitungsverantwortlichen auf allen kirchlichen Ebenen, für entsprechende Rahmenbedingungen für den Pfarrberuf zu sorgen und auch Maßnahmen und Instrumente zur Verfügung zu stellen, die dem Pfarrer und der Pfarrerin ohne deshalb gleich als „krank“ zu gelten, Räume und Zeiten der Erholung, der Reflexion und Spiritualität offen halten. Hier kann sicher noch mehr geschehen, als die Dienstordnungen bisher vorsehen. Allerdings meine ich, dass wir uns hier vor einer möglichen Überregulierung des Pfarrberufes hüten müssen. Der Freiheitsimpuls des Evangeliums kann in der Kirche der Freiheit in glaubwürdiger und professioneller Weise nur von Christen und Christinnen kommuniziert werden, die selbst aus Freiheit und Verantwortung handeln. Aber Spielräume der Freiheit eröffnen — das ist auch für eine Kirchenleitung eine herausfordernde, aber bestimmt schöne Aufgabe. Auch kleinere und finanzschwächere Kirchen werden vermehrt in Personalentwicklung und Beratung, in Coaching und Geistlicher

***„Antonovsky hat die Geschichten von Frauen erforscht, die die Nazi-Konzentrationslager überlebt haben und sich wider alle Erwartung guter Gesundheit erfreuten. Das ließ ihn nach jenen gesundheitsfördernden Ressourcen fragen, die Menschen befähigen, ihre leib-seelische Integrität trotz widrigster Lebensumstände zu bewahren.“***



Begleitung investieren und die Freiräume für Pfarrer und Pfarrerinnen vergrößern müssen.

Viel schwieriger zu bearbeiten sind meiner Meinung nach zwei andere Faktoren in diesem Feld, weil sie sich gegen professionelle Methoden der Personalentwicklung sperren bzw. für sie nicht zugänglich sind.

Der eine betrifft die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, die sich eben auch in der Kirche auswirken und die von der Kirche nicht verändert oder außer Kraft gesetzt werden können. Ulrike Wagner-Rau hat hier als erstes die dauernde Verkürzung und gleichzeitige Beschleunigung der Zeit genannt. Längerfristige Planungen und traditionsgebundenes Handeln geraten unter Verdacht und unter Druck. Dauernde Flexibilität und ständiges Einstellen auf Neues und Unerwartetes erzeugen Unsicherheit und Angst. Der Kreativitätsdruck, der auf Pfarrern und Pfarrerinnen lastet, ist enorm und entspricht dem Innovationsdruck in anderen Berufen. Dabei ist doch gerade die Kirche auf Langfristigkeit und Dauer eingerichtet! Herkömmlichkeit meint ja nicht automatisch tote Tradition, sondern entspricht, wenn sie lebendig und lebensnah gestaltet ist, den Erwartungen der Menschen heute. Viele Pfarrer und Pfarrerinnen setzen sich selbst einem enormen Erwartungsdruck aus. Pfarrer und Pfarrerinnen leben also anachronistisch. Sie passen nicht wirklich in die Zeit, denn ihre Zeit steht in Gottes Händen. Wenn von so jemandem verlangt wird, ein professionelles Zeitmanagement zu erstellen, sind Spannungen unausweichlich. Weil mit der Kirche auch der Pfarrberuf von den gesellschaftlichen Veränderungen erfasst wird, stehen beide — Kirche und Pfarrerschaft — in Transformation. Ulrike Wagner-Rau spricht in dem Zusammenhang von der „Schwelle“. Niemand weiß, was morgen sein wird. Nur im Grundsatz können wir uns darauf verständigen, dass „change by design“ besser ist als „change by disaster“, aber alle Schritte in die Zukunft werden

fehleranfällig sein und eher einem vorsichtigen Tappen und Tasten entsprechen als einem forschen Ausschreiten. Bedeutungsverlust und Erwartungserhöhung!

Ein Letztes: Es entspricht dem aktuellen Zeitgeist, dass orientierungsstiftende und wertgebundene Inhalte nicht mehr von Organisationen, sondern von Personen plausibel gemacht werden. Martin Luthers kluge und hilfreiche Unterscheidung von Amt und Person ist obsolet geworden. Aber auch heute und in Zukunft geht es um den Auftrag der Kirche, nicht um die persönliche Glaubensmission eines einzelnen im kirchlichen Beruf. Die Verständigung über diesen im Evangelium begründeten Auftrag gerade unter denen, die mit der öffentlichen Kommunikation des Evangeliums als Beruf zu tun haben, ist dringend notwendig. Glaubenskurse in den Gemeinden sind bestimmt sinnvoll, aber eine Verständigung über den Glauben unter den Pfarrern und Pfarrerinnen ist weithin noch ein unbeachtetes Feld, ja manchmal sogar ein Tabu. Dabei könnte es entlastend sein, sich von diesem Auftrag getragen zu wissen und es auch einmal genug sein lassen zu können. „Satis est“, „es ist genug“ — diese Formel aus dem Augsburger Bekenntnis (Artikel 7) lässt sich auch auf den Pfarrberuf übertragen. Wie lässt sich eine Verständigung darüber erreichen, was zu den zentralen Aufgaben im Pfarrberuf gehört und was nicht? Auf dieser Grundlage ließe sich auch entscheiden, welche Aufgaben anders organisiert werden und welche vielleicht auch gar nicht länger gemacht werden sollen. Es sind nicht nur die Erwartungen von Gemeinde und Kirchenleitung, die Pfarrer und Pfarrerinnen davon abhalten, es einmal genug sein zu lassen. Nicht selten sind es auch die eigenen Erwartungen in der Ambivalenz von Allmachts- und Ohnmachtsphantasien. „Lass dir an meiner Gnade genügen“, wird dem Apostel Paulus gesagt (2.Kor.12,9). Dieses Genug und dieses Genügen zu finden würde die Kirche evangelischer und den Pfarrberuf menschlicher machen.

**„Pfarrer und Pfarrerinnen leben also anachronistisch. Sie passen nicht wirklich in die Zeit, denn ihre Zeit steht in Gottes Händen. Wenn von so jemandem verlangt wird, ein professionelles Zeitmanagement zu erstellen, sind Spannungen unausweichlich.“**



## Laudatio et exploratio

20 Jahre Ökumenischer Predigtpreis Bonn

*Reinhard Schmidt-Rost*

Gutachten sind Teil der gegenwärtigen Forschungskultur, also kann man sagen: wer forscht, lobt zugleich, denn er muss beim Forschen darauf achten, was an seiner Forschungstätigkeit gut, also lobenswert ist. Dabei geht es nicht nur, aber doch wesentlich um den Nutzen für die Gesellschaft, die die Arbeit des Forschers finanziell unterstützt.

Die evangelische Predigt steht sicher nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit wissenschaftlicher Forschung, aber es kann der deutschen Gesellschaft keineswegs gleichgültig sein, was Woche für Woche und jahraus-jahre in den Kirchen und an anderen religiösen Versammlungsstätten öffentlich gesagt und wie gepredigt wird.

Insofern ist der nunmehr seit 20 Jahren stattfindende Bonner ökumenischen Predigtpreis-Wettbewerb auch eine Forschungsarbeit, interessiert an der Förderung des gesellschaftlichen Klimas durch christliche Predigten, angeregt von Norman Rentrop und bis 2017 finanziert vom Verlag für die Deutsche Wirtschaft. Die Laudationes, die bei der Preisverleihung gehalten werden, sind weniger Lobreden auf Personen und deren Qualitäten als vielmehr Explorationen zu der Frage, was eine gute christliche Predigt ausmacht.

Dass christliche Predigten die Lebensauffassung und Lebensgestaltung ihrer Hörer intensiv beeinflussen können, ist dem

keine Frage, der die inzwischen nahezu 5000 Predigten, die in 20 Wettbewerbsjahrgängen eingereicht wurden, im Internet unter [www.predigtpreis.de](http://www.predigtpreis.de) (bis 2017), jetzt unter <https://www.etf.uni-bonn.de/de/schlosskirche/predigtpreis> zur Kenntnis nimmt.

Die nachfolgend abgedruckte Laudatio auf den Lebenswerk-Preisträger 2019 stellt die Wirkungsmöglichkeit der Predigt exemplarisch heraus.

*Zum Predigtpreis für das Lebenswerk - Würdigung für Erich Garhammer am 20.11.2019*

Ein Preisträger in der Kategorie "Lebenswerk" hat vor Jahren einmal bemerkt, er fühle sich mit Mitte 60 noch zu jung für eine Ehrung in der Kategorie Lebenswerk. Diese Bemerkung - und sie ist mir noch ziemlich frisch im Gedächtnis - fordert eine Klärung heraus: Für das Lebenswerk wird geehrt, wer auf das Leben seiner Mitmenschen spürbar fördernd eingewirkt hat, ob mit Anfang 30 - denken Sie etwa an Mozart oder Schubert, oder an Beethoven mit seinen reifen Kompositionen der mittleren und späteren Schaffenszeit, da war er zwischen 40 und 50 Jahre alt oder an Dietrich Bonhoeffer, der im 40. Lebensjahr ermordet wurde - und doch viele Menschen durch sein Wort und Werk beeinflusst hat ... auch mich, ... ganz zu schweigen von Jesus von Nazareth, den wir - wills Gott - in jedem Gottesdienst für sein Lebenswerk ehren.

***„Dass christliche Predigten die Lebensauffassung und Lebensgestaltung ihrer Hörer intensiv beeinflussen können, ist dem keine Frage, der die inzwischen nahezu 5000 Predigten, die in 20 Wettbewerbsjahrgängen eingereicht wurden, zur Kenntnis nimmt.“***



So zeichnen wir heute Dr. Erich Garhammer, Prof. der Universität Würzburg im Unruhestand für sein Lebenswerk mit dem Bonner ökumenischen Predigtpreis aus, weil er die christliche Rede in der katholischen Kirche im deutschen Sprachraum zu hohem Ansehen gebracht und weit über den akademischen Unterricht hinaus gefördert hat. Wie sein Vorgänger auf dem Würzburger Lehrstuhl für Homiletik, Rolf Zerfass, den wir vor 12 Jahren mit diesem Preis ausgezeichnet haben, hat Erich Garhammer die Predigtlehre vielfältig durch seine Anregungen bereichert - und dies immer im ökumenischen Gespräch.

In der AGH, der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Homiletik wie auch in der Deutschsprachigen Gesellschaft für Pastoraltheologie hat Erich Garhammer seit über dreißig Jahren den interkonfessionellen wissenschaftlichen Austausch über die Predigt angeregt und mitgestaltet. Dass der Dekan unserer Fakultät, Prof. Dr. Michael Meyer-Blanck, an dieser Feier teilnimmt, hat nicht zuletzt den Grund, dass er mit Prof. Garhammer seit langem in der AGH intensiv zusammengearbeitet hat.

\*\*\*\*

Welche Hindernisse der Predigttheorie und -praxis selbst in den Kreisen der Fachleute immer wieder im Wege liegen, hat Erich Garhammer vor zwanzig Jahren in einem Beitrag zur ökumenischen Zeitschrift *Pastoraltheologische Informationen* unter dem Titel >„Anspruchsvoll“ predigen< plastisch und drastisch formuliert:

„Wer momentan über die Predigt schreibt oder von ihr spricht, tut dies meist defensiv: er sieht sich in der Verteidigungsposition, glaubt, Überzeugungsarbeit leisten zu müssen, oder meint, Lösungsansätze verabreichen zu sollen. Doch ein erster Befund zeigt: Predigt war immer in der Defensive. Der Begriff der Predigtkrise ist ein Dauerbrenner. Es seien nur ein paar Beispiele aufgeführt: von „Vekündigungsnot“ ist die Rede, von „Wirkungslosigkeit“ der Predigt, von

ihrem „Realitätsverlust“ und ihrer „Lebensfremdheit“, ihrer „institutionalisierten Belanglosigkeit“, ihrem Plausibilitätsschwund“, ihrer „Verflachung“, ihrer „Blässe“, ihrer „Schwindsucht“, ihrem Verfall“. Diese Beobachtungen können leicht vermehrt und nach rückwärts verlängert werden. In der Apostelgeschichte ist sogar von einem Predigttoten die Rede: er war während der Predigt eingeschlafen und von einer Mauer gestürzt.“

Erich Garhammer hat sich nicht in die Defensive drängen lassen; er hat die Predigt aus Zumutungen eines neuscholastischen Traditionalismus einerseits und einer erlebnishungrigen Event-Kultur andererseits zu befreien gewusst. Dazu hat er sich zunächst auf den Reichtum der biblischen Erzählungen mit der Fülle ihrer lebensvollen Metaphern gestützt, orientiert an Fridolin Stier, dem Tübinger Bibelwissenschaftler, ein Geheimtipp unter Studenten, der dazu riet, den Bibeltext zu empfangen wie einen weitgereisten Gast. Sodann aber hat Erich Garhammer die Sprachkünstler der Gegenwarts-Literatur ins Gespräch gezogen, immer wieder Reiner Kunze mit seinem lyrischen Werk, aber auch viele andere, zuletzt Christoph Ransmayr mit seiner ausdrucksstarken Prosa.

Es ist ja keineswegs so, wie gelegentlich in der Öffentlichkeit suggeriert wird, als ob die Sprache des Christentums eine ganz eigene, vom Alltag abgeschottete Welt hervorriefe. Das kommt leider vor, muss aber nicht sein, so sehr es pastorale und kirchliche Sprachspiele gibt, die den christlichen Glauben in eine Nische einhegen. Kunstvoll gebraucht aber zeigt sich die Sprache der Predigt als eine der Literatur verwandte Bemühung um die teilnahmsvolle Erschließung und vertiefte Wahrnehmung

von Lebenswirklichkeit,

von der Fülle der Möglichkeiten und Grenzen des Lebens,

vom Reichtum und der Armut alltäglicher Schicksale und auch

***„Kunstvoll gebraucht aber zeigt sich die Sprache der Predigt als eine der Literatur verwandte Bemühung um die teilnahmsvolle Erschließung und vertiefte Wahrnehmung von Lebenswirklichkeit.“***



vom großen geistigen Zusammenhang der Kultur über Grenzen und Mauern von Institutionen und Organisationen hinweg.

So sehr Sprache auch zur tätlichen und tödlichen Waffe werden kann, wie in diesen Tagen immer wieder zu beklagen ist, so kann sie doch auch der leichte Vogel sein, der seine Botschaften über die Berge

des Hochmuts und die Täler der Entmutigung hinweg trägt und in die Ohren und Herzen der Menschen bringt.

Wir ehren mit Erich Garhammer einen mutigen Förderer der humanen, klärenden und heilenden Sprache – wünschen, dass er das Werk seines Lebens noch viele Jahre fortsetzen könne, zum Wohl der Menschen und zu Gottes Lob.

- **Prof. Dr. Reinhard Schmidt-Rost** lehrte von 1999 bis 2016 (?) an der Universität Bonn praktische Theologie und war Universitätsprediger. Er ist Mitglied im Vorstand des Pfarrvereins.

*Kein Pfarrerrinnen- und Pfarrertag ohne Grußworte: Sie kamen dieses Mal u. a. von Gabriele Klingmüller (Bürgermeisterin der Stadt Bonn), Andreas Kabnt (Vorsitzender des Deutschen Pfarrverbandes) und Iris Döring (Landeskirchenrätin der EKIR).*





## Der Anruf des Namens Gottes inmitten einer gottverlassenen Welt

Der Sonntag, der Gottesdienst und die  
Liturgische Konferenz der EKD

*Gisela Kittel*

Als Abraham dem Ruf Gottes folgte, aus seinem Vaterland auszuziehen, kam er als Fremdling in das verheißene Land. „... es wohnten aber zu der Zeit die Kanaaniter im Land“ (Gen 12,6). Dennoch baute er dort in der Fremde dem HERRN an zwei Orten einen Altar „und rief den Namen des HERRN an“. Er – ganz allein! So tat er kund, dass dieses fremde Land dem Herrn gehört und dass Gottes Name über ihm steht, auch wenn vorerst nur er allein um diesen Herrn weiß und ihm gefolgt ist.

Haben nicht unsere Gottesdienste in der heutigen säkularen Welt eine ganz ähnliche Bedeutung? Sind sie nicht Zeugnis dafür, dass auch ein Land oder eine Gesellschaft, die den Namen Gottes schon fast vergessen hat, dennoch in seiner Reichweite geblieben ist und bleibt? Selbst da, wo es nur noch zwei oder drei sind, die zum gemeinsamen Gebet, zu Lob, Anbetung, Lesung der Schrift und Fürbitte zusammen kommen, tun sie kund, dass auch dieses Dorf oder jener Stadtteil zu Gott gehören und dass auch über diesen Orten der Name Gottes steht. „Die Erde ist des HERRN und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen“, heißt es im 24. Psalm. Es scheint hohe Zeit zu sein, von hier aus über die Bedeutung des Gottesdienstes aufs Neue nachzudenken und ihm seine zentrale Stellung im Leben unserer christlichen Gemeinden zurück zu geben.

Die westfälische Präses, Annette Kurschus, hat anlässlich der ihr verliehenen Ehrendoktorwürde an der theologischen Fakultät in Münster einen wichtigen Vortrag gehalten.<sup>1</sup> Bemerkenswert ist schon die heute nicht übliche Fragestellung. Nicht darum, wie sich die Kirche anders organisieren soll, um für die Zukunft „gut aufgestellt“ zu sein, nicht, wie sie rein säkular lebende und denkende Menschen noch irgendwie ansprechen kann, geht es hier. Frau Kurschus beschreibt in Anlehnung an Formulierungen Karl Barths die eigentliche, die zentrale Aufgabe von uns ordinierten Theologen und Theologinnen: dass wir „mitten in der Welt von Gott reden – was wir nicht können und doch sollen“ und dass dies Reden „in jeder Situation eine neue Herausforderung“ bedeutet (276). Denn bei dieser Aufgabe gilt es, zwei Horizonte miteinander in Kontakt zu bringen, die „geheimnisvolle Wirklichkeit Gottes“ und den „vertraute(n) Alltag der Welt“ (281). „Eine neue Welt ragt da in unsere gewöhnliche, alte Welt hinein“. Wir werden „aus der alten Menschheitsatmosphäre heraus an die offenen Tore einer neuen Welt, der Welt Gottes“ geleitet.<sup>2</sup> Auf dieser Türschwelle „ist nicht mehr der Alltag der Welt normativ, sondern der ungeahnte und unglaubliche Möglichkeitshorizont Gottes“ (282). Daher sei dies „unsere vornehmste Aufgabe als Theologinnen und Theologen, das Leben und die Welt für die Transzendenz

**„Abraham rief den Namen des HERRN an. Er – ganz allein! So tat er kund, dass dieses fremde Land dem Herrn gehört und dass Gottes Name über ihm steht, auch wenn vorerst nur er allein um diesen Herrn weiß und ihm gefolgt ist.“**



offen zu halten. Indem wir von Gott reden; indem wir nicht müde werden, die Krafräume aufzusuchen, die uns die biblischen Texte eröffnen, und die Orientierungspfade zu betreten, auf die uns die biblischen Sprachformen locken“ (285).

Aber wie geschieht dies? „Gibt es einen Weg, Gottes Gegenwart und die Wirklichkeit der Welt zusammenzuführen?“ (284). Frau Kurschus denkt, ihrem Amt entsprechend, an die öffentliche Rede kirchlicher Repräsentanten und auch an die „kleinen Formen“ öffentlicher Ansprache, die sie selbst gern und immer wieder gebraucht. Doch es gibt auch noch einen anderen und viel entscheidenderen Ort, an dem das Gemeinde geschieht: ein Ort, wo mitten unter uns „die geheimnisvolle Wirklichkeit Gottes und der vertraute Alltag der Welt“ in Kontakt treten, wo sich eine Tür öffnet in das hinein, was in der jenseitigen Welt Gottes bereits „grundgelegt“ ist. Es ist der so ins Abseits geschobene, nicht mehr wertgeschätzte, ja, herabgewürdigte Gottesdienst der christlichen Gemeinde!<sup>3</sup> Hier wird, auch wenn nur noch von wenigen Christen gefeiert, der schon fast vergessene und dem allgemeinen Bewusstsein entschwundene Name Gottes angerufen, hier wird er, offenbar geworden in seinem Sohn Jesus Christus, öffentlich genannt. Und das nicht nur von einzelnen Vertretern der Christenheit, sondern von einer Gruppe von Menschen, einer christlichen Gemeinschaft. Und sie nennt diesen Namen nicht bloß. In ihren Gottesdiensten wird das Elend der Welt – etwa in der Fürbitte – vor dem Angesicht des dreieinigen Gottes und in seiner geglaubten Gegenwart ausgesprochen. Hier wird in Bitte und Klage zu ihm gerufen. Hier wird über alle Fragen und Nöte hinaus IHM, in dem die neue Welt der Liebe, der Barmherzigkeit und Versöhnung schon ihren Anfang nahm, die Ehre gegeben; hier wird sein Lobpreis angestimmt. Und damit dies auch öffentlich geschieht, nicht im Geheimen, und jedermann, der möchte, hinzu kommen kann, dazu läuten sogar an jedem Sonntag morgen über den Ort hinweg die Glocken! Sie zeigen es an,

auch ohne ausgesprochene Worte, dass die „Erde des HERRN ist“, und dass all ihre Bewohner, auch wenn sie es nicht wissen und nicht wissen wollen, unter seiner gnädigen Herrschaft leben und auf ihn zugehen.

Seit den Anfängen der Christenheit geschieht die Anrufung des in Jesus Christus nahe gekommenen Gottes am ersten Tag der jüdischen Woche, unserem Sonntag. Denn dieser Tag ist der Auferstehungstag Jesu, der „Tag des HERRN“, der jedem Sonntag, auch in den nicht-österlichen Zeiten des Kirchenjahres, einen österlichen Glanz gibt.

Doch nun stehen wir vor der absurden Situation, dass dieser ausgezeichnete Ort christlichen Bekenkens, da die transzendente Wirklichkeit des dreieinigen Gottes hineinragt in die sich selbst genügende Welt, kaum noch geachtet wird. Es ist schon fast die Regel, vielleicht noch die geselligen Veranstaltungen einer Gemeinde zu besuchen, aber nicht dieses zentrale Geschehen christlichen Lebens. Und weil die gottesdienstlich sich versammelnde Gemeinde immer kleiner wird, haben dann auch die zuständigen Pfarrpersonen – salopp gesagt – keine Lust mehr. Es scheint sich nicht zu lohnen, nur für einige wenige einen Gottesdienst mit Predigt und Orgelklang vorzubereiten. - Ja, es muss sich etwas ändern! Aber was?

Die gegenwärtige Antwort auf den beschriebenen Missstand ist - von Kirchenleitungen, Präsidien, Superintendenten und vor allem sehr vielen Pfarrkollegen befürwortet (und durch den laufenden Reformprozess mit seinen Gemeindefusionen und Kirchenschließungen kräftig vorangetrieben) - die Reduktion, die Ausdünnung der gottesdienstlichen Feiern. Da es ja nur noch die zwei oder drei sind, die an einem Ort, in einem Stadtteil, in einem Dorf zusammen kommen, lege man die Feiern doch einfach zusammen! Zentrale Gottesdienste, Nachbarschaftsgottesdienste, Kirchenkreisfeiern, Gottesdienste an bestimmten Orten und zu besonderen Gelegenheiten sind im Trend und werden zunehmend auch von



Kirchenleitungen unterstützt. Dazu mögen Gemeindeglieder aus der Ferne (die Klimaschützer mögen aufmerken!) mit dem Auto anreisen oder sich mitnehmen lassen, schließlich leben wir in einer mobilen Gesellschaft. Und wer denn wirklich noch regelmäßig einen sonntäglichen Gottesdienst besuchen will, der möge – der Anschlag an der Kirchentür kann es ihm zeigen – in dieser Woche in diesen Ort, in der nächsten in einen anderen Ort fahren und den dortigen Gottesdienst mitfeiern. Das offizielle Argument für diese Diffusion lautet, die Menschen sollen und wollen doch in einer größeren Gemeinschaft Gottesdienste feiern, die leeren Kirchenräumen würden nur bedrücken und die jetzt so verringerten Feiern könnten eben darum „kompetenter“ gestaltet werden. Aber nebenbei mag auch noch der andere Grund mitschwingen, dass Pfarrpersonen auf diese Weise ganz einfach entlastet werden. Haben sie doch genug zu tun, den Gemeindebetrieb mit seinen verschiedenen Kreisen, Sitzungen und Besprechungen, dem Besuchsdienst, den Freizeiten und Gemeindefahrten und – nicht zuletzt - der Verwaltungsarbeit aufrecht zu erhalten. Wie entlastend ist es da, nicht mehr selber den sonntäglichen Gottesdienst und die Predigt vorbereiten zu müssen, dies einem Kollegen überlassen zu können. Ja, am Ende muss man auch nicht mehr selbst bei diesen zentralisierten Feiern anwesend sein. Es tragen ja andere die Verantwortung. So kann man endlich einmal wie andere Arbeitnehmer auch ein ganzes Wochenende frei haben und nach eigenen Bedürfnissen gestalten.

**„Wenn man nicht mehr verlässlich weiß, ob denn nun ein Gottesdienst stattfindet oder nicht, ob es sich also lohnt, überhaupt zu ihm aufzubrechen, so schwindet auch immer mehr aus dem Bewusstsein, was der Sonntag bedeutet.“**

Doch wohin führt dieser Weg? Das Zusammenlegen von Gottesdiensten und anderen Gemeindeaktivitäten soll einen frischen Wind in vermeintlich nur auf sich selbst bezogene Gemeinden bringen. Dem stehen allerdings immer wieder gemachte Erfahrungen gegenüber: dass zu den zentralen Gottesdiensten zwar noch Glieder der jeweils ortsansässigen Gemeinde kommen. Doch Menschen aus den anderen Gemeinden, deren Kirchentüren nun geschlossen sind, bleiben weg.

Noch mehr: auch die bisher noch den Gottesdienst suchende Gemeinde lernt, dass es auf den sonntäglichen Gottesdienst gar nicht so ankommt. Wenn nur noch alle paar Wochen ein Gottesdienst in der eigenen Gemeinde gefeiert wird, wenn die Kirche am Ort verschlossen bleibt, die Glocken schweigen, man nicht mehr verlässlich weiß, ob denn nun ein Gottesdienst stattfindet oder nicht, ob es sich also lohnt, überhaupt zu ihm aufzubrechen, so schwindet auch immer mehr aus dem Bewusstsein, was der Sonntag bedeutet. Man verplant ihn, man nutzt ihn zur eigenen leiblichen Rekreation. Und die Kirche tut das ihre, um diesen Bewusstseinswandel auch bei den ihr noch Verbundenen voranzutreiben.

Aber ist nicht – noch einmal sei es gesagt - der Sonntag der „Tag des Herrn“<sup>4</sup>? Ist nicht die Christenheit seit ihren ersten Anfängen am ersten Tag der jüdischen Woche, dem Tag der Auferstehung Jesu Christi<sup>5</sup>, zusammengekommen, um miteinander – oft erst in Privathäusern - den HERRN anzurufen, ihm Loblieder zu singen, sich zu verpflichten, in den Spuren Jesu zu bleiben?<sup>6</sup> Und ist nicht die regelmäßige gottesdienstliche Feier am Sonntag durch die Jahrhunderte hindurch der zentrale Punkt der Sammlung und Zusammenkunft der Christen eines Ortes, einer Stadt, eines Dorfes geblieben? Wo geschieht es denn sonst, dass „die geheimnisvolle Wirklichkeit Gottes und der vertraute Alltag der Welt“ miteinander in Kontakt treten? Wo dürfen wir dessen gewiss werden und dies feiern, dass wir schon auf der Türschwelle zur neuen Welt Gottes, der Welt seines Erbarmens, stehen? Es ist der Menschen verschiedener sozialer Schichten, verschiedenen Alters, unterschiedlicher Bildungsgrade und Berufe vereinende Gottesdienst am Tag des Herrn, der diese Bedeutung hat, auch wenn die feiernde Gemeinde nur noch sehr wenige umfasst. - Erst unserer heutigen Generation scheint es vorbehalten, uns mal eben und mit sehr leichtem Gepäck über diese zweitausendjährige Tradition hinwegzusetzen.



Es ist an der Zeit, über andere Reformen nachzudenken, die allerdings den heute eingeschlagenen „neuen Wegen“ entgegenlaufen.<sup>7</sup> Nicht wie die kirchlichen Strukturen so verändert werden können, dass die Volkskirche erhalten, die Gesellschaft durch eine Vielzahl religiöser Angebote versorgt, potente Kirchensteuerzahler der Institution erhalten bleiben, ist die in die Zukunft der Kirche weisende Aufgabe. Es gilt, endlich entschlossen den Weg in die Gemeindekirche zu gehen, eine Kirche profilierter Gemeinden, deren Glieder „mit Ernst“ (Luther) Christen sein wollen.

Einige Schritte auf diesem Weg seien kurz benannt:

- d) Es geht um die Sammlung derer, die auch in der säkularen Welt Christen sein und bleiben wollen. Sie dürfen in einer Kirche, die sich heute so eifrig den Kirchenfernen und Distanzierten zuwenden will, nicht im Stich gelassen, sondern müssen ermutigt werden, ihrem Glauben treu zu bleiben. Sie sind angewiesen auf Menschen, die mit ihnen gemeinsam auf dem Weg sind.
- e) Dringend notwendig ist weiter die theologische und geistliche Zurüstung. Glieder der Gemeinde sollen wissen, warum sie Christen sind und was Christsein in der heutigen Zeit bedeutet. Und das nicht nur für sich selbst. Sie müssen heute mehr denn je auskunftsfähig sein, so dass sie, angefragt oder von anderer Seite herausgefordert, nicht verstummen, sondern sagen können, was ihnen der christliche Glaube bedeutet und was sein Kern ihrer Erkenntnis nach ist.
- a) Zu solcher Zurüstung gehört wesentlich, dass Gemeindeglieder wieder entdecken, welche Bedeutung der regelmäßig gefeierte Gottesdienst am Sonntag hat. Vielleicht werden sie erspüren, wie wichtig und schön es ist, dass einmal in der Woche die ganze Gemeinde zusammenkommt, um nicht sich selbst, sondern Gott die Ehre zu geben, seinen Namen anzu-

rufen, ihm ihre Lieder zu singen, um aber auch vor ihm alle Not auszusprechen, für Menschen in der Ferne und Nähe fürbittend einzutreten. Solch ein Gottesdienst, auch in kleinen Orten und von nur wenigen gefeiert, ist dennoch ein Signal, dass auch dieses Dorf oder jener Stadtteil Gott zugehört, dass die Herrschaft seines Erbarmens auch an und für diesen Ort grundgelegt ist.

Nicht immer muss ein akademisch ausgebildeter Theologe diesen Gottesdienst leiten. Eine in ihrem Glaubenswissen zugestellte Gemeinde wird fähig sein, an den Sonntagen, an denen der eigene Gemeindepfarrer an anderen Orten seinen Dienst tut, ohne ihn zusammen zu kommen, um miteinander zu singen, zu beten, das Schriftwort zu hören, vor Gott zu tragen, was jeden Einzelnen bewegt.

Das Zusammenkommen in Kreisen, das gemeinschaftliche Feiern von Festen, Gemeindefreizeiten und Reisen sind eine schöne Zugabe. Doch für sich allein macht die Geselligkeit nicht die Kirche aus. Geselligkeit finden Menschen auch an anderen Orten. Es sind zusätzliche Dienste, die die Kirche je nach Möglichkeiten und Mitteln gerne anbietet.

- d) Unsere Kirche wird sich mehr und mehr auf eine Zeit einstellen, in der sie nicht mehr die Finanzmittel hat, um hauptamtliche Mitarbeiter zu finanzieren. In der es, wie sich schon heute abzeichnet, auch nicht mehr viele akademisch ausgebildete Theologen gibt. Doch deshalb kann man nicht, wie es im gegenwärtigen „Reformprozess“ geschieht, die Gemeindegroßen ins Unüberschaubare zerdehnen, Gemeinden in Großgebilde hinein verschwinden lassen, Gottesdienste einstellen, an die Stelle gemeindenaher Personen, die ihren Dienst in der ihnen bekannten Gemeinschaft tun, multiprofessionelle Teams setzen, die ihre Fachleute je nach Nachfrage herumschicken. In der Gemeindekirche wird es entschei-

***„Es geht um die Sammlung derer, die auch in der säkularen Welt Christen sein und bleiben wollen. Sie dürfen in einer Kirche, die sich heute so eifrig den Kirchenfernen und Distanzierten zuwenden will, nicht im Stich gelassen werden.“***

dend auf die sog. Laien ankommen. Dass es Christen gibt, die unentgeltlich oder im Nebenamt zur Übernahme von Verantwortung in der ihnen bekannten Gemeinde bereit sind, die dafür ausgerüstet, ja, am Ende auch „ordiniert“ werden, um Seelsorge zu üben, Kinder zu unterrichten, sogar den sonntäglichen Gottesdienst zu leiten.

Akademisch ausgebildete Theologen wird die evangelische Kirche auch in der Zukunft dringend brauchen, schon um zu verhindern, dass „wir uns von jedem Wind einer Lehre bewegen und umhertreiben lassen durch trügerisches Spiel der Menschen“ (Eph 4,14). Aber von ihrer Zahl kann es nicht abhängen, ob Gemeinden auch in der Zukunft noch eigenständig bestehen dürfen, ob Gottesdienste gefeiert, Kinder unterrichtet, Kranke besucht, Gemeinden durch Älteste, die an Ort und Stelle wohnen, geleitet werden etc.

- e) **Am wichtigsten von allem wird sein, dass die evangelische Kirche auf dem Weg zur Gemeindekirche aus der – babylonischen - Gefangenschaft marktwirtschaftlicher Zwänge endlich wieder frei wird.**

Nicht das Gesetz von Angebot und Nachfrage, oder umgekehrt: von Nachfrage und Angebot, kann und darf weiterhin kirchliches Handeln und Entscheiden dominieren.

Nicht die Zahl, wie viele Gemeindeglieder sich zum sonntäglichen Gottesdienst versammeln, kann und darf darüber entscheiden, ob der Gottesdienst am Sonntag zurückgedrängt, durch Zielgruppenorientierte oder Anlass-bezogene Gottesdienste ersetzt oder ganz abgeschafft wird.

Nicht die zurückgehende Zahl nachwachsender Theologen,

nicht die Prognose abnehmender Kirchensteuermittel oder ihr tatsächliches Schwinden kann den Grund liefern, um kirchliche Gemeinden mit ihrer oft le-

bendigen Gemeindearbeit in Großgebilden aufgehen, ihr Gemeindeleben veröden zu lassen.

Und: **Nicht** das, was in der Gegenwart bei den Zeitgenossen gut ankommt, kann und darf die Ausrichtung der kirchlichen Verkündigung bestimmen.

Eine Kirche, die auf die Gaben setzt, die in jeder Gemeinde schlummern, und diese Begabungen zu aktivieren versteht, wird auch in Finanzkrisen überdauern. Sie wird nach der Lebensform suchen, die ihrem „Gegründet-sein in Christus“ entspricht, und das Wort sagen, das ihr von ihrem Herrn aufgetragen ist. Bei all dem wird und muss sie es wieder lernen, auf die Verheißung zu setzen, die Jesus seiner kleinen Herde gegeben hat (Lk 12,32), und auf die Kraft seines Geistes zu vertrauen.

Was einst in den Barmer Thesen prophetisch und ahnungsvoll formuliert wurde, kommt heute zu neuer aktueller Bedeutung. Daher sei These III hier noch einmal wiedergegeben, eine These, die sagt, welchen Weg unsere Kirche angesichts heutiger Herausforderungen unter die Füße nehmen kann und soll.

*Lasst uns aber wahrhaftig sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken zu dem hin, der das Haupt ist, Christus, von dem aus der ganze Leib zusammengefügt ist. (Eph 4, 15. 16)*

**Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern (und Schwestern), in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, dass sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.**

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder

**„Nicht die Zahl, wie viele Gemeindeglieder sich zum sonntäglichen Gottesdienst versammeln, kann und darf darüber entscheiden, ob der Gottesdienst am Sonntag zurückgedrängt wird.“**



dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.

Anmerkungen:

1. Zur aktuellen Infragestellung des sonntäglichen Gemeindegottesdienstes vgl. die jüngste Studie der EKD: „Faktoren des Kirchgangs“, erarbeitet vom Liturgischen Ausschuss der EKD ([https://www.liturgische-konferenz.de/download/Kirchgangsstudie\\_2019\\_Ergebnispapier.pdf](https://www.liturgische-konferenz.de/download/Kirchgangsstudie_2019_Ergebnispapier.pdf)). Ihr Fazit: „Der normale Sonntagsgottesdienst, der das öffentliche Bild des Gottesdienstes nach wie vor stark prägt, ist dagegen nur für eine überschaubare Zielgruppe attraktiv. **Seinem Anspruch eines für alle gültigen Hauptgottesdienstes wird er meist nicht gerecht. Angesichts schwindender personeller und finanzieller Ressourcen, vor allem aber mit Blick auf diese geringe Reichweite sollte vielerorts engagierter und ergebnisoffener über seinen Fortbestand diskutiert werden.**“ (S.42. Hervorhebung von der Verfasserin)
2. Vgl. Offb 1,10; Didache 14,1; Barn. 15,9; Ign. Magn. 9.
3. Mt 28,1; Mk 16,2,9; Lk 24,1; Joh 20,1; Apg 20,7; 1. Kor 16,2
4. Vgl. den Brief des jüngeren Plinius (Briefe 10,96) an Kaiser Trajan um 111 n.Chr., in dem Plinius die Frage stellt, wie er sich gegenüber als „Christen“ denunzierten Bürgern der von ihm verwalteten Provinz Bithynien verhalten soll. In Abschnitt 7 berichtet er, was er in den Befragungen herausbekommen hat.
5. Vgl. hierzu das von Gisela Kittel und Eberhard Mechels herausgegebene und von Autoren aus verschiedenen Landeskirchen geschriebene Buch: Kirche der Reformation? Erfahrungen mit dem Reformprozess und die Notwendigkeit der Umkehr, 2. Auflage, Göttingen 2017.
6. Dies ist nach 1. Petr 2,9 die „Verkündigung“, zu der die ganze Gemeinde berufen ist. Vgl. zur Auslegung dieser Textstelle den Exkurs von Werner Führer, Reformation ist Umkehr. Rechtfertigung, Kirche und Amt in der Reformation und heute – Impulse aus kritischer Gegenüberstellung, Göttingen 2016, 84-88. Führer referiert in diesem Exkurs die Textauslegung von Otfried Hofius, die dieser zwar schon häufig vorgetragen hat, aber leider noch nicht drucken ließ.

- **Prof. Dr. Gisela Kittel** lehrte bis 2005 Evangelische Religionspädagogik und biblische Didaktik an der Gesamthochschule Bielefeld.

## Vox populi vox dei

Autoritäre und vordemokratische Züge der Kirchenordnung  
Anmerkungen zu den Presbyteriumswahlen (1. März 2020)

*Hans A. Rosenboom*

### Wählen oder Berufen

Wenn Amtsträger in einer protestantischen Kirche gewählt sind und der Synode oder einer anderen Versammlung vorgestellt werden, tituliert man sie gerne als Berufene. Eine Mischform aus Berufung und Wahl erscheint schon im Alten Testament, wo von Saul, dem ersten König Israels, berichtet wird, dass Gott ihn beruft, durch Samuel salben lässt und das Volk ihn wählt, genauer: lost. Der Wunsch Israels nach einem König, „wie ihn alle Heiden haben“, missfällt Samuel. Gott fühlt sich gekränkt durch das Volk, „dass ich nicht mehr König über sie sein soll.“ (1. Samuel 8, 1-9; 10, 20-24). Berufung und Wahl ist hier ein Doppel-Akt. Wobei nicht verschwiegen wird, dass der Ausgang des Losverfahrens von Gott vorherbestimmt ist, nach der Regel: „Der Mensch wirft das Los; aber es fällt, wie der Herr will.“ (Sprüche 16,33).

### Protestantismus und Demokratie in Deutschland

Vierzig Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft - reichlich lange - brauchte der deutsche Protestantismus, um in der Denkschrift „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ (1985) seine Position zur Demokratie zu beschreiben. Vom Luthertum suchten sich diejenigen Strömungen in der evangelischen Theologie abzugrenzen, die das reformierte und das brüderkirchliche Erbe der Bekennenden Kirche pflegten. Sie wollten die demokratische Staatsform theologisch eigens würdigen und taten dies - missverständlich Weise - mittels

der monarchischen Metapher der „Königsherrschaft Jesu Christ“. Die Ablehnung lutherischer Staatsmetaphysik drängte diese Kreise um Karl Barth und Ernst Wolf zu einem pragmatisch-funktionalen Staatsverständnis. Was die kirchlichen Wahlordnungen angeht, blieb jedoch eine Skepsis gegenüber Gemeindeentscheidungen deutlich spürbar, auch nach Revisionen der Kirchenordnungen in der Nachkriegszeit. Das hatte seinen Grund in dem Trauma von 1933, als Hitler den Protestanten Kirchenwahlen in den Ortsgemeinden verordnete, mit dem Ergebnis, dass viel Ortskirchenvorstände braun unterwandert wurden.

Darüber hinaus gibt es nach wie vor biblisch-theologisch begründbare Vorbehalte gegen Demokratie. Denn Demokratie ist Volksherrschaft und kommt ohne Billigung Gottes aus, fürchtet auch seine Mißbilligung nicht. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776) und die französische Revolution (1789) haben eine Begründung der heutigen staatlichen Demokratie geschaffen. Ihr zufolge duldet die Nation keine metasoziale Begründung. Die Nation ist „die Inhaberin des subjektiven Souveränitätsrechts.“ (Voltaire). Vox populi vox dei - diese Feststellung wurde von Vertretern der Aufklärung zur Behauptung der Volksautonomie formuliert. Theologen dürften diesen Satz als allerletzte unterschreiben und erinnern daran, daß es auch heute Verfassungen gibt, die den Namen Gottes erwähnen. Gerne wird auch das Böckenförde-Diktum von 1967 bemüht: „Der freiheitlich säkularisierte

*„Sie wollten die demokratische Staatsform theologisch eigens würdigen und taten dies - missverständlich Weise - mittels der monarchischen Metapher der „Königsherrschaft Jesu Christ“.*



Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Wobei Theologen ungefragt für sich in Anspruch nehmen, Auskunftgeber für extrasäkulare Vorgegebenheiten zu sein.

### Summepiskopat

Bis 1919 gab es in Deutschland 23 Monarchien und drei Republiken. Die heute existierenden 20 protestantischen Landeskirchen haben sich weitgehend in den Grenzen der alten Herrschaftsgebiete erhalten. Erinnert sei an den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Als eine Delegation aus Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche 1849 nach Berlin kam und ihn bat, die Kaiserkrone des Deutschen Reiches anzunehmen, antwortete er: „Jeder deutsche Edelmann, der ein Kreuz im Wappen führt, ist hundertmal zu gut dazu, um solch ein Diadem aus Dreck und Letten der Revolution . . . anzunehmen.“ (gemeint war: aus den schmutzigen Händen des Volkes). Ein Hauch von Zweifel an der Kompetenz des Kirchenvolks bei der Vergabe von Ämtern und bei dogmatischen Entscheidungen durchweht noch heute protestantische Kirchenordnungen.

Den Summepiskopat des Königs oder Fürsten von Gottes Gnaden gibt es in Deutschland seit 1919 nicht mehr. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches gelang die Revolution, zum Entsetzen der protestantischen, mehrheitlich deutsch-national gesonnenen Geistlichkeit. Seit dem haben die protestantischen Gläubigen und die Konsistorien als Abteilungen der königlich/fürstlichen Verwaltung ihre deo gratia gekrönten Häupter verloren. Geblieben ist aber der Habitus und die Struktur deutscher protestantischer Kirchenleitungen, unmittelbar „von Gottes Gnaden“ zu sein. Es gibt zwar keine apostolische Succession innerhalb des geistlichen Standes, aber gewissermaßen eine consistoriale, in die auch der juristische Stand mit einbezogen ist. Selbst die vielgelobte (meistens im Selbstlob) synodal-presbyteriale Ordnung der Evang.

Kirche im Rheinland, die sich in ihrer Leitungsstruktur formal von unten nach oben aufbaut, hat in praxi obrigkeitliche Merkmale. Staatskirchen konnten die evangelischen Kirchen in Deutschland nach 1919 nicht bleiben, aber als Volkskirchen blieben sie und ihre Gemeinden nach eigenem Verständnis Gebietskörperschaften, Parochien. Wer evangelisch getauft ist, wird automatisch der Parochie seiner Kirchengemeinde, die sich in der Regel mit den kommunalen Grenzen deckt, zugeordnet. Anders die evang. lutherische Landeskirche Hannover. Sie hat sich zum 1. Januar 2020 eine neue Verfassung gegeben. Artikel 19 bestimmt: Die Kirchengemeinde „kann als Ortsgemeinde, aber auch als Personalgemeinde gebildet werden.“

### Zugeordnet oder erwählt

Neben einer staats- bzw. kirchenrechtlichen Definition von Gemeindezugehörigkeit gibt es eine theologische, hier wiedergegeben in der Erklärung des Heidelberger Katechismus. Er beantwortet die Frage: „Was glaubst du von der heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche? Daß der Sohn Gottes aus dem ganzen menschlichen Geschlecht sich eine auserwählte Gemeinde zum ewigen Leben, durch seinen Geist und Wort, in Einigkeit des wahren Glaubens von Anbeginn der Welt bis ans Ende versammle, schütze und erhalte und daß ich derselben ein lebendiges Glied bin und ewig bleiben werde.“ (Frage und Antwort 54). Das bedeutet: Die theologische Definition der Gemeindezugehörigkeit heißt Erwählung durch Christus. Die staatsrechtliche Definition von Gemeindezugehörigkeit ist eine deutsche und skandinavische Besonderheit. Zu der theologischen bekennt sich die gesamte WGRK<sup>1</sup> und auch die Evang. Kirche im Rheinland. Die Definition kirchlicher Ordnungen in Deutschland allerdings changiert zwischen irdischen und himmlischen Beschreibungen. Dadurch entsteht der Eindruck, daß die

***„Ein Hauch von Zweifel an der Kompetenz des Kirchenvolks bei der Vergabe von Ämtern und bei dogmatischen Entscheidungen durchweht noch heute protestantische Kirchenordnungen.“***

Kirchenordnung am Himmel befestigt und nicht auf Erden begründet ist.<sup>2</sup>

### **Wie wird man Presbyter\*in oder Landtagsabgeordnete\*r?**

Das zeigt sich z.B. daran, dass das Presbyteramt nach der Wahl *übertragen* wird, vom Herrn der Kirche durch seinen verordneten Diener, sprich den Pfarrer, bzw. die Pfarrerin. Er oder sie ist als einzige(r) geborenes Mitglied des Presbyteriums. Modell für diese Art der Wahl und Amtseinsetzung ist die Wahl der sieben Armenpfleger in Apg 6. Wirksam wird deren Wahl durch Handauflegung der Apostel; heute - bei Einführung der neuen Presbyter - auch schon mal durch Handschlag des Pfarrers. Auf vergleichbare Weise wird auch der zwölfte Apostel nachgewählt. Zwei Männer werden vorgeschlagen. Sie „beteten und sprachen: Herr, der du aller Herzen kennst, zeige an, welchen du erwählt hast von diesen beiden. . . Und sie warfen das Los über sie, und das Los fiel auf Matthias.“ (Apg 1, 23 ff). Klar ist, wer hier entschieden hat: „Der Mensch wirft das Los; aber es fällt, wie der HERR will.“ (Sprüche 16,33)

In einem weltlichen Parlament gibt es keine von Gott vorbestimmten und auch keine geborenen Mitglieder, außer im House of Lords in Großbritannien. Vor der Wahl hat das amtierende Presbyterium die Zahl der Mitglieder dieses Gremiums festgestellt, bzw. nach eigenem Ermessen über die von der KO geforderte Mindestzahl hinaus erweitert. Es gibt folglich keine Überhangmandate, wie sie bei kommunalen Wahlen entstehen können. Ist jemand, etwa bei einer Landtagswahl, durch Stimmenmehrheit gewählt, kann ihm kein Wahlleiter sein errungenes Mandat verwehren, auch wenn es zu einer Vermehrung der Sitze im Parlament führt. Er ist vom Volk gewählt und bevollmächtigt.<sup>3</sup>

Scheidet in einem kommunalen Parlament jemand während der Wahlperiode aus, rückt der nach, der die nächstmeis-

ten Stimmen bei der vorausgehenden Wahl erzielt hat. Scheidet jemand während der Wahlperiode aus einem Presbyterium aus, kooptiert das Presbyterium einen Nachfolger und ist dabei nicht an das vorausgegangene Wahlergebnis gebunden. Auf vielen kirchlichen Ebenen besteht bei Gremien neben den Wahlen die Möglichkeit zusätzlicher Berufungen bzw. Kooptation durch das etablierte Gremium; d.h. es reproduziert sich zu einem Teil selbst, ein undemokratischer Zug, weil das Gemeindevolk daran nicht beteiligt ist.

### **Minderheit und Opposition**

Ein wesentliches Element der staatlichen Demokratie ist die konstitutionell gesicherte Existenz der Minderheit im Parlament. Die Minderheit im Parlament ist nicht ein formloses Konglomerat von Dissidenten. Sie kann sich vielmehr als Opposition genau so organisieren, die Verwaltung in Anspruch, Einsicht in die Akten nehmen, etwa zu einer Gesetzesvorlage, und vom Rederecht nach Maßgabe ihres Sitzanteils im Parlament Gebrauch machen wie die Regierung und die sie tragenden Parteien. In kirchlichen Gremien entsteht Opposition am ehesten auf einer Landes- oder Kreissynode, informell, meistens ad hoc zu einem bestimmten Thema, nicht immer vorhersehbar und in der personellen Zusammensetzung nicht von Dauer. Die Figur des einsamen Rufers in der Wüste, der gegen irgend etwas warnend die Stimme erhebt, findet sich auf vielen Synoden, bewirkt aber wenig. Die einzige mir bekannte Synode in Deutschland, in der Opposition sich konstitutionell etablieren kann, ist die der Württembergischen Landeskirche mit ihren „Gesprächskreisen“. Die württembergische Landeskirche kennt auch als einzige die Urwahl zur Landessynode. Erst recht in einem kleinen Gemeindepresbyterium von etwa zehn Leuten ist Opposition oder Meinungsvielfalt nach parlamentarischen Muster nicht darstellbar. Das hat seine Gründe:

*„Die Figur des einsamen Rufers in der Wüste, der gegen irgend etwas warnend die Stimme erhebt, findet sich auf vielen Synoden, bewirkt aber wenig.“*



## Wie kommt man auf die Kandidatenliste?

Selten wird ein Presbyter-Kandidat oder eine Kandidatin ohne Wissen des Gemeindepfarrers vorgeschlagen. Er ist es vielmehr, der, oft nach langem Bitten, ein Gemeindeglied überreden kann, zu kandidieren. Nicht selten kommt es vor, daß er es dabei bewenden lässt, nur so viele Kandidaten zu animieren, wie gebraucht werden. Dann fällt die Prozedur der Wahl aus, und die Vorgeschlagenen gelten als gewählt. Siehe Ergebnis der letzten Presbyteriums-wahlen in der Rheinischen Kirche 2012 und 2016.<sup>4</sup> Gewinnt der/die Pfarrer\*in einen Kandidaten mehr als zu wählen sind, fällt unweigerlich einer durch, und der Pfarrer hat gegenüber dem nicht Gewählten das ungute Gefühl, ihm eine Niederlage bereitet zu haben, bzw. der Durchgefallene fühlt sich zwecks Wahrung des demokratischen Scheins als Kandidat missbraucht. Das Aufstellen von einem Kandidaten mehr als erforderlich, womit zugleich eine\*r das Stigma des Durchgefallenen auf sich nehmen muß, führt - ironischer Weise oft dazu, dass der Pfarrer Gefahr läuft, hinterher in der Gemeindegemeinschaft eine Ehrenamtliche bzw. einen Ehrenamtlichen weniger zu haben. Aber dieses Manko ist für viele Pfarrer\*innen immer noch leichter zu ertragen als das Odium, eine Wahl vermieden zu haben.

Das Ergebnis der Presbyteriumswahl in der Evang. Kirche im Rheinland, am 14. 02. 2016, lautet: In 40% der Gemeinden fand eine Wahl statt. In einem Drittel dieser wählenden Gemeinden wurde ein Kandidat mehr als nötig aufgestellt, in einem weiteren Drittel wurden zwei Kandidaten mehr als nötig und im letzten Drittel mehr als zwei aufgestellt. In 60% der Gemeinden erübrigte sich eine Wahl.

## Von oben nach unten

Ein weiterer Grund dafür, daß sich in einem Presbyterium keine ordentliche - im Sinne kommunaler Parlamente - Opposition oder Meinungsvielfalt artikulieren kann, ist, dass ein Pfarrer kein Gemeindeglied zur Kandidatur überreden

wird, von dem er von vorn herein weiß: Die Frau oder der Mann wird mir Schwierigkeiten machen. Darum ist es nicht falsch, wenn man sagt: Das gemeindegleitende Gremium kommt durch das Bemühen des Pfarrers zustande, Gemeindeglieder zu finden, mit deren Hilfe er seine Vorstellungen von Gemeindeleben durchsetzen kann. Es ist ein Findungsprozess von oben nach unten, nicht umgekehrt. Der Vorgang gleicht eher einer Kabinettsbildung der Bundesregierung als einer Wahl durch das Volk. Wobei sich die Kanzlerin die Minister der Koalitionsparteien nicht einmal aussuchen kann.

## Einmütigkeit

Ein dritter Grund, warum sich in einem Presbyterium nur schwer eine reguläre Opposition bilden kann, ist der kirchliche Grundsatz der Einmütigkeit. „Das Presbyterium soll sich bemühen, seine Beschlüsse einmütig zu fassen.“ (KO 27). Schon der Begriff diskreditiert abweichende Standpunkte. Üblicherweise kann ein Beschluß noch als einmütig bezeichnet werden, wenn allenfalls ein, zwei Stimmenthaltungen zu verzeichnen sind. Der MAGNUS CONSENSUS - von dem irenisch gesonnenen Melanchthon 1530 in die CA ( Confessio Augustana) eingebracht - ist das Ideal kirchlicher Willensbildung, eine Vorwegnahme himmlischer Glückseligkeit: „Im Reich Gottes! Da ruht der Streit, da währt die Freud heut, gestern und in Ewigkeit“ (eg 256,3). Dem Prinzip der Einmütigkeit entspricht das Gemeindebild aus dem Epheserbrief „Christus als Gemeinde existierend.“ Wer die Einmütigkeit oder konkret gesagt: das Gemeindeestablishment in Gestalt des Pfarrers und seines Presbyteriums in Frage stellt, der "spaltet die Gemeinde“, oder - wie es pathetisch aus dem Munde von Kirchenleitungen gegenüber den Pfarrern und Gemeindegliedern der Bekennenden Kirche im Dritten Reich hieß - der „zerreißt den Leib Christi.“

Der Anteil von Stimmenthaltungen ist vermutlich bei Abstimmungen in kirchlichen Gremien vergleichsweise hoch, anders als in kommunalen Gremien. Wa-

***„Gewinnt der/die Pfarrer\*in einen Kandidaten mehr als zu wählen sind, fällt unweigerlich einer durch, und der Pfarrer hat gegenüber dem nicht Gewählten das ungute Gefühl, ihm eine Niederlage bereitet zu haben, bzw. der Durchgefallene fühlt sich zwecks Wahrung des demokratischen Scheins als Kandidat missbraucht.“***



rum? Weil Neinsager fürchten müssen, sich zu isolieren - sie haben keinen Rückhalt in einer Partei -, die Harmonie zu stören, aus dem Nest zu fallen, ihren Pfarrer zu enttäuschen. „Denn er hat mich doch überredet, für das Presbyteramt zu kandidieren“, und er erweist sich in der Regel als der Führer der Mehrheit. Daher: Wenn man schon Bedenken hat: Lieber sich enthalten als mit Nein stimmen.

### **Die Wahrheit des Glaubens steht fest**

Der letzte und allen anderen vorausliegende Grund für die Tabuisierung von Opposition und das Unbehagen bei Meinungsvielfalt in kirchlichen Gremien ist ein theologischer. Die Wahrheit des Glaubens, dokumentiert in der Schrift alten und neuen Testaments, steht fest und ist in Bekenntnisschriften definiert. In der protestantischen Kirche und Theologie geht es immer nur um Auslegung der Heiligen Schrift, wenn nötig auf Biegen und Brechen, etwa bei der Anerkennung der Ehe eines gleichgeschlechtlicher Paares und dessen kirchlicher Trauung. Bemerkenswert ist der Beschluss der Rhein. Synode vom Jan. 2016: Wenn ein Pfarrer aus Gewissensgründen eine solche Trauung ablehnt, ist er verpflichtet, dem Paar einen anderen Pfarrer zu benennen, der die Trauung vornimmt. Wäre es nicht subsidiärer, das örtliche Presbyterium würde darüber entscheiden? Denn das örtliche Presbyterium und seine Gemeinde muß doch mit dem Paar weiter zusammen leben.

Streiten kann man über die Auslegung, aber nicht um die vorausliegende Wahrheit an sich, die jeder zu wissen - besser: zu glauben - für sich in Anspruch nimmt. Nun wird zwar selten in Presbyterien über theologische Fragen gesprochen, schon gar nicht gestritten. Aber geleitet wird die Sitzung, in den meisten Fällen von dem, der am Sonntag zuvor auf der Kanzel der unwidersprochene Prediger und Zeuge der biblischen Wahrheit war. Luther sagt: Wenn der Prediger nach getaner Predigt von der Kanzel steigt,

soll er bei sich selbst sagen: „Deus dixit!“ Die Vermutung liegt nahe, daß er auch ohne Talar in einer Presbyteriumssitzung den Amtsbonus des Zeugen auf der Kanzel genießt, selbst wenn es um Bauangelegenheiten geht. Da fällt Widerspruch schwer.

### **Die Öffentlichkeit der Gemeinde**

Öffentlichkeit in der Gemeinde ist schwach ausgebildet. - Gemeindebefragungen mit verbindlichem Ergebnis nach Vorbild von Volksbefragungen, wie in Hamburg 2015 zur Olympiade oder 2018 in Mainz zum Bau eines neuen Gutenbergmuseums, gibt es nicht. - Das sei verdeutlicht an dem Familienpapier der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken - Eine Orientierung des Rates der EKD“, 2013. Ich weiß von keiner Gemeinde, in der diese Denkschrift besprochen worden wäre. Nikolaus Schneider, damals Ratsvorsitzender der EKD, berichtete über die Modalitäten der Veröffentlichung des Papiers am 19. Juli 2013 vor den Emeriti der Rheinischen Kirche in Wuppertal: „Wichtig und entscheidend ist bei der Veröffentlichung, wie die Presse reagiert. Unter ihr sind die maßgeblichen: SPIEGEL und FAZ. Wenn die Zustimmung signalisieren, kann man beruhigt sein.“ (sinngemäß wiedergegeben). Wie und ob überhaupt die Gemeinden - denn in ihnen leben schließlich besagte Familien - darauf reagieren, interessiert die Kirchenleitungen offenbar nicht. Papst Franziskus ließ im Jahr vor der Bischofssynode in Rom, die sich im Oktober 2015 mit dem Thema Familie befaßte, immerhin in allen Diözesen der Erde die Meinung der Katholiken zum Thema erfragen. Aber unsere Evangelische Kirche in Deutschland erzeugt mit ihren „Worten“ und Denkschriften keine Öffentlichkeit vor Ort in der Gemeinde, im Stadtteil. Sie sucht vielmehr, in den Gazetten der veröffentlichten Meinung ein Plätzchen und Zustimmung zu finden.

Daneben gilt: Die Verschwiegenheit in Sachen Presbyteriumsbeschlüsse und die

***„Wenn der Prediger nach getaner Predigt von der Kanzel steigt, soll er bei sich selbst sagen: „Deus dixit!“ Die Vermutung liegt nahe, daß er auch ohne Talar in einer Presbyteriumssitzung den Amtsbonus des Zeugen auf der Kanzel genießt, selbst wenn es um Bauangelegenheiten geht. Da fällt Widerspruch schwer.“***



beschränkte Auskunftspflicht eines Presbyteriums gegenüber der Gemeinde fördert nicht das teilnehmende Interesse der Gemeindeglieder. Warum im Unterschied dazu die Beschlüsse von Kreissynoden und der Landessynode öffentlich gemacht werden können, ist eine Ungeheimtheit.

Die letzten Wahlen (2016) zum Presbyterium in der Rheinischen Kirche sagen auch etwas über die Dauer der Mitgliedschaft in einem Presbyterium: Etwa 50% kandidieren zum wiederholten Male und werden sicherlich auch wieder gewählt. Der Anteil der über mehrere Wahlperioden einem kommunalen Parlament Angehörigen ist vermutlich höher als in kirchlichen Gremien. In Presbyterien kommt es auch häufiger vor, daß Mitglieder vorzeitig ausscheiden und vom Presbyterium durch Kooptation ersetzt werden. Das Kontinuum in einem Presbyterium ist mit Abstand zu den anderen Mitgliedern der Gemeindepfarrer, was zur Verstetigung der „Gemeindepolitik“ und theologischen Ausrichtung in seinem Sinne führt.

### Der Schwund der Volkskirche

Die Zahl der Gemeindeglieder und ihnen folgend der Gemeinden nimmt ab.

„Was wir alle intuitiv erwartet haben, zeigen auch unsere Ergebnisse: Die Mitgliederzahl der evangelischen Kirche wird sich bis zum Jahr 2060 in etwa halbieren. Das liegt – und das ist die neue Erkenntnis – aber nur zu knapp der Hälfte am demographischen Wandel – also dem Überhang von Sterbefällen über die Geburten sowie dem Wanderungssaldo. Mehr als die Hälfte des Mitglieder-rückgangs beruht auf Tauf-, Austritts- und Aufnahmeverhalten.“ So Bernd Raffelhüschen im Interview zur Studie „Kirche im Umbruch - Projektion 2060“ vom Mai 2019.<sup>5</sup>

Dagegen wächst die Verwaltung. Eine ironische Verwirklichung des Mottos „Wachsen gegen den Trend“ aus dem EKD-Papier von 2006 „Kirche der Freiheit“, nach dem nun bereits seit dreizehn

Jahren die kirchlichen Landschaften umgestaltet werden, ohne dass irgendeine Synode sich dieses Papier ausdrücklich zu eigen gemacht hätte. Jedenfalls habe ich es nicht in Erfahrung bringen können. Wie infolge des Klimawandels der steigende Meeresspiegel bereits Inseln in der Südsee überspült, so wird das EKD-Papier „Kirche der Freiheit“ in seinem weiteren Vollzug Gemeinden unter sich begraben. Ausdünnung der Ebene, Errichten kirchlicher „Leuchttürme“, - um im Bilde zu bleiben - nach denen die Schiffbrüchigen der untergegangenen Gemeinden Ausschau halten können. Statt von Leuchttürmen sollte man eher von Kirchenkreis-Kirche sprechen.

Im Unterschied zu den schwindenden Gemeindegliedern und Gemeinden ist im Zuge der Neuen Kirchlichen Finanzordnung (NKF) und der Verwaltungsstrukturreform die zentralisierte Verwaltung gewachsen. Im zentralen Verwaltungsamt in Essen arbeiten für die 27 Kirchengemeinden rd. 100 MitarbeiterInnen, für den Kirchenkreis (Superintendentur) Essen rd. 50, in zwei nahe beieinanderliegenden Gebäuden in der Innenstadt. Die in Personen manifestierte Verwaltung wächst nicht vor Ort in den angestammten Gemeinden, sondern in der Ferne. Plötzlich stellen Gemeindeglieder fest, daß ihr vertrautes Gemeindebüro - wenn überhaupt - nur noch an wenigen Stunden, an wenigen Wochentagen geöffnet ist. Jemand sagte zu mir: „Das ist genauso schlimm, wie wenn eine Pfarrstelle gestrichen wird.“ Dass die Zusammenlegung von Gemeinden und deren Verwaltungen in ländlichen Gebieten im Vergleich zu einer Großstadt eine kaum zumutbare Verlängerung der Wege und Entfremdung von der Kirche zur Folge hat, kann man sich vorstellen. Schwerwiegender noch ist der Verlust an Kontakten. Einer schrumpfenden Parochialkirche eine neue Finanzordnung mit Doppik zu verordnen - da kommt mir das Bild: einen Koloss auf tönernen Füßen errichten. Haben alle Gemeinden der rheinischen Kirche zuvor über Verwaltungszentrierung in Gemeindeversammlungen mit ihren Presbyterien beraten

**„Dagegen wächst die Verwaltung. Eine ironische Verwirklichung des Mottos „Wachsen gegen den Trend“ aus dem EKD-Papier von 2006 „Kirche der Freiheit“, nach dem nun bereits seit dreizehn Jahren die kirchlichen Landschaften umgestaltet werden, ohne dass irgendeine Synode sich dieses Papier ausdrücklich zu eigen gemacht hätte.“**



und konnten sie dazu Stellung nehmen, wie es KO 35 vorsieht?<sup>6</sup>

### Subsidiarität

In der Rheinischen Kirche rühmt man sich gerne der Subsidiarität als Merkmal der KO: Entscheidungsprozesse laufen von unten nach oben. Als Erfinderin der Subsidiarität gilt die Flüchtlingssynode von Emden 1571, auf der auch die sieben „Gemeinden unter dem Kreuz“ vom Niederrhein vertreten waren. In ihrem Beschluß zu Classicalversammlungen, § 3, heißt es: „Wenn in einer Gemeinde der Classis etwas geschieht, was durch ihr Konsistorium ( sprich: das örtliche Presbyterium) nicht belegt werden kann, das soll auf der Classicalversammlung untersucht und entschieden werden, sodann ist eine Appellation an die Provinzialsynode möglich.“ Blickt man auf die NKF (Neue Kirchliche Finanzordnung) zurück, kann man eher sagen: Die Neuordnung wurde in der rheinischen Landeskirche, ebenso wenig in anderen, nicht in aufsteigender Beschlussfolge, *subsidiär*, beraten und entschieden, sondern eher „*obsessiv*“, von oben nach unten implementiert.

### Kirchensteuer

Das Verhältnis Kirche und Staat, wie es sich nach 1918 ergeben hat und bis heute besteht, wird gerne als „hinkende Trennung“ bezeichnet, eine Formulierung, die augenzwinkernd das staatliche Inkasso der Kirchensteuer genießt. Das Hinkenbein ist keine Behinderung, hat vielmehr einen goldenen Klumpfuß.

Grundlegend ändern werden sich die Verhältnisse, wenn der Einzug der Kirchensteuer nach Konfessionsmerkmal des Steuerpflichtigen durch die Finanzämter fällt. Die FDP hatte 1974 schon einmal die Abschaffung der Kirchensteuer auf ihrem Programm: „Freie Kirche im freien Staat“, konnte damals aber keine Stimmen damit gewinnen. Das kann sich bald ändern. Es werden sich andere Parteien finden, die „Abschaffung der Kirchensteuer“ als werbewirksamen Programmpunkt ansehen, ebenso die Been-

digung der jährlichen Staatsleistungen<sup>7</sup> an die Kirchen infolge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803.

### otto per Mille

Nach italienischem Vorbild von jedem Steuerpflichtigen eine Kultursteuer, genannt „otto per mille“ zu erheben, über deren Weiterleitung an welche karitative oder kulturelle Institution - darunter auch die Kirche - der Steuerzahler selbst entscheidet - dieses Modell ist von EKD-Fachleuten abgelehnt worden, weil es weniger Geld bringen würde als die derzeit in Deutschland geübte Kirchensteuerpraxis. „otto per mille“ heißt 8‰ vom zu versteuernden Einkommen.

Bemerkenswert ist: Unverhältnismäßig viel Zuwendungen erhält in Italien die kleine Gemeinschaft der Waldenser, weil sie mit ihren karitativen Projekten Zustimmung weit über ihre Mitglieder hinaus erhält. Aber in unseren Landeskirchen gilt: Lieber abwarten, wie lange das dünner werdende Eis der vom Finanzamt nach Konfessionsmerkmal eingezogenen Kirchensteuer noch hält, als nach einem rettenden Ast am Ufer greifen. Die italienische Kultursteuer hat wenigstens den unbestreitbaren Vorteil, dass niemand, um Geld zu sparen, aus der Kirche austritt. Denn „otto per mille“ muß jeder zahlen. Eine gleichmäßige Kultursteuer für alle Steuerpflichtigen, wie in Italien, würde auch in Deutschland dazu führen, daß Kirchen, überhaupt religiöse Vereinigungen, in einen Wettbewerb um die Zustimmung der Steuerzahler und Spender zu ihrem jeweiligen Reden und Schweigen, Tun und Lassen träten.

### Wenn die Kirchensteuer fällt

Wenn die Kirchensteuer in Deutschland fällt, wird das jetzt vorherrschende Motiv zum Kirchenaustritt zurücktreten, nämlich Kirchensteuer zu sparen. Wer zur Zeit seine Kirchensteuer sparen will, **k a n n d i e s n u r d u r c h** „Selbstexkommunikation“ erreichen, eben durch Kirchenaustritt.<sup>8</sup> Nach Wegfall der Kirchensteuer wird die Kirche, genauer: die Kirchengemeinde Mitglie-

**„Die italienische Kultursteuer hat wenigstens den unbestreitbaren Vorteil, daß niemand, um Geld zu sparen, aus der Kirche austritt. Denn „otto per mille“ muß jeder zahlen.“**



derbeiträge erheben und sich mit Zahlungsunwilligen ins Benehmen setzen müssen. Dann wäre die Zahlungsverweigerung eine Ordnungswidrigkeit, was sie nach Ansicht mancher Juristen (z.B. Albert Stein†) schon jetzt unter dem geltenden Kirchensteuerrecht ist, und hätte nicht automatisch den Ausschluss aus der Gemeinde/Kirche zur Folge.

In Presbyteriums-Protokollen meiner Heimatgemeinde aus der Nachkriegszeit, als die Kirchensteuer noch von der Gemeinde selbst eingezogen wurde, lese ich, dass sich der Gemeindegliederkirchenrat hin und wieder mit der Bitte einzelner Gemeindeglieder befaßte, aus bestimmten Gründen ihre Steuer zu senken, wenigstens für ein Jahr. Als Grund taucht z. B. auf: „Meine Tochter will heiraten und braucht eine Aussteuer.“ Infolge dessen waren der Pfarrer und der Gemeindevorstand genötigt, sich mit diesem Gemeindeglied zu befassen, es zu besuchen, mit ihm zu reden, seine Sorgen zu erfahren und andererseits die finanziellen Notwendigkeiten der Gemeinde zu begründen. Das führte zu verstärkter Kommunikation zwischen Gemeindeleitung und -mitgliedern.

Zwischen einem Gemeindeglied als Kirchensteuerzahler einerseits und seiner Beteiligung am Gemeindeleben seines Wohnorts andererseits besteht unter der derzeit waltenden Kirchensteuerverteilpraxis kein erkennbarer Zusammenhang. Das läßt sich verdeutlichen an dem Recht auf „Gemeindegliederzugehörigkeit in besonderen Fällen“ (KO 15). Demnach kann ein evangelischer Christ Gemeindeglied in einer anderen als in seiner Wohnortkirchengemeinde sein, sogar jenseits der Grenze seiner Landeskirche. Aber seine Kirchensteuer verbleibt bei seiner Wohnortgemeinde.

Wenn die Kirchensteuer fällt, wird deutlicher zutage treten, daß es reichere und ärmere Kirchengemeinden gibt. Ein Ausgleich zwischen beiden wird von den Gemeinden selbst auszuhandeln sein, was zu einer Belebung der Debatte über das, was Kirche heute tun muß und lassen kann,

führen wird, und zwar vor Ort. Oder anders gesagt: Die Ziele der Debatte werden anders justiert. Heute wissen Gemeindeglieder, die viel Kirchensteuern zahlen, nicht, was sie zum Unterhalt der ärmeren Gemeinden in ihres Kirchenkreises bzw. ihrer Landeskirche beitragen, geschweige denn, zur Finanzierung landeskirchlicher oder EKD-Institutionen und Einrichtungen des ÖRK in Genf oder anderer übergemeindlicher Einrichtungen und Projekte. Die EKD-Synode hat im November 2019 ihren Haushaltsplan für 2020 um 4,5 Mio. auf 222,1 Mio. € erhöht. Wenn große Kirchensteuerzahler das erfahren, würden sie sich in kirchliche Belange ihrer Gemeinde und ihrer Stadt einmischen, wozu sie jetzt in Unkenntnis der Umverteilung ihrer Kirchensteuer keinen Anlass sehen.

### **Die Gemeinde hat das Heberecht auf die Kirchensteuer**

Noch liegt in der Rheinischen Kirche das Heberecht auf die Kirchensteuer bei der Gemeinde. Was dieses Recht einer Gemeinde (im Genitiv und im Dativ gefragt) wert ist, sei am Beispiel des Kirchenkreises Essen dargestellt. Im Jahre 2018 zählten die 27 Kirchengemeinden 136.393 Gemeindeglieder, 3.000 weniger als im Vorjahr. Das Kirchensteueraufkommen des Kirchenkreises betrug 41 Mio. €. Davon entfallen rechnerisch auf jedes Gemeindeglied 300,60€. Von diesem Betrag bekamen die Gemeinde 90,35 € pro Mitglied zur eigenen Verfügung des Presbyteriums. Die 90,35 € sind weitgehend gebunden durch Personalkosten des nichttheologischen Personals der Gemeinde, Bauunterhaltung, SEP (Substanzerhaltungspauschale), Buchhaltung im zentralen „Haus der Evangelischen Kirche“. Eine Essener Gemeinde von 3.416 Gemeindegliedern musste von den ihr belassenen 308.700 € Kirchensteuern 82.600 € bzw. 26% für die zentrale Verwaltung bezahlen. Da bleibt der Gemeinde zur freien Verfügung oder Gestaltung nicht mehr viel übrig.

Was ist das Heberecht einer Gemeinde wert, oder weiß die Gemeinde, daß die

***Die EKD-Synode hat ihren Haushaltsplan um 4,5 Mio. € erhöht. Wenn große Kirchensteuerzahler das erfahren, würden sie sich in kirchliche Belange ihrer Gemeinde und ihrer Stadt einmischen, wozu sie jetzt in Unkenntnis der Umverteilung ihrer Kirchensteuer keinen Anlass sehen.***



Kirchensteuer ihrer Mitglieder im Wege des Finanzausgleichs weitgehend ihrer eigenverantwortlichen Verfügung entzogen ist?<sup>9</sup> Der automatische Finanzausgleich innerhalb der Rheinischen Kirche bewirkt mit einer jährlichen Progression um 0,5 %, daß im Jahre 2023 97% des Kirchensteueraufkommens der Verfügungsgewalt der Gemeinden entzogen sind und das unbeschadet des Heberrechts der Gemeinden.

OKR Bernd Baucks, Abteilungsleiter Finanzen und Vermögen der Ev. Kirche im Rheinland, berichtete beim Treffen der Emeriti am 19.03.2019 auf dem „Heiligen Berg“ in Wuppertal über die Finanzlage der EKIR und konzidierte u.a.: „Steigende Umlagen schwächen den Entscheidungsspielraum von Presbyterien“ und „Finanzfragen sind zugleich theologische Fragen“. - Wer macht sich Gedanken über die Folgen?

### **Geht es auch ohne Kirchensteuer?**

Dass es auch ohne staatlich eingezogenen Kirchensteuer geht, zeigt unser Nachbarland. Am 1. Mai 2004 taten sich in den Niederlanden drei Kirchen zu einer Union zusammen, zur Protestantse Kerk in Nederland (PKN). Darunter waren und sind reiche und arme Kirchen und Gemeinden. Jährlich wird nach eingehender Debatte ein Ausgleich herbeigeführt, der Zustimmung findet und die Lebensfähigkeit aller Beteiligten gewährleistet.

Auch die Freikirchen in Deutschland finanzieren sich ohne Kirchensteuer. Als Beispiel nenne ich die altreformierten Gemeinden in der Grafschaft Bentheim und in Ostfriesland, den „Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland“ (KdöR)<sup>10</sup>. Man beachte: Auch wenn Freikirchen Körperschaften öffentlichen Rechts sind und insofern das Recht hätten, von ihren Mitgliedern - mit staatlicher Hilfe - Steuern zu erheben, verzichten sie aus theologischen Gründen darauf, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Noch gilt in Deutschland dank der Kirchensteuer - und der guten Konjunktur der Wirtschaft -: „An Geld fehlt es der

Kirche nicht.<sup>11</sup> Aber an Überzeugungskraft.“ Markus Günther schreibt in der FAS 31.01.2016: „Etwa drei Viertel der Kirchensteuereinnahmen werden für Personal und Verwaltung verwendet, gut ein Zehntel geht für den Erhalt der Kirchengebäude drauf. Neben dem Sinnvollen wird auch viel Unsinniges finanziert, vor allem eine immer größere Verwaltung.“ Wissenswert wäre in diesem Zusammenhang, wie sich die Personalkosten auf theologisches und nichttheologisches Personal verteilen, und ob übergemeindliche Funktionspfarrstellen und Gemeindepfarrstellen im gleichen Maße aufgehoben werden.

### **Was wird ein Wegfall der Kirchensteuer bewirken?**

Wenn die Kirchensteuer fällt, wird sich das Frömmigkeitsprofil der Gemeinden vervielfachen. Einige werden fundamentalistischer, andere liberaler werden. Erweckungsbewegungen wurden in der Vergangenheit von Landeskirchenleitungen nicht gedämpft, eher begrüßt, weil sie die Gemeinden belebten. Kritisch wurde es für Kirchenleitungen, wenn die Erweckten aus der Landeskirche austraten und sich Freikirchen anschlossen oder freie Gemeinden bildeten. Die Etablierung sog. landeskirchlicher Gemeinschaften war der erfolgreiche Versuch, diese Menschen im Verband der (staats- bzw. volksskirchlichen) Landeskirchen zu halten. Das ist das vorrangige Ziel jeder Kirchenleitung.

Liberalen Tendenzen der Theologie waren in Deutschland nie Massenbewegungen, entzündeten sich etwa am vormodernen Weltbild der Dogmen (apostolisches Glaubensbekenntnis) und fanden sich bei Intellektuellen und akademisch gebildeten Theologen. An der positivistischen, historisch unkritischen Theologie Karl Barths nach dem Ersten Weltkrieg fanden gerade junge Theologen und Theologiestudenten einen Halt nach den verheerenden mentalen Verwirrungen, die der verlorenen Krieg in deutschen Gemütern angerichtet hatte. Erst recht nach dem zweiten für Deutschland verlorenen

***„Steigende Umlagen schwächen den Entscheidungsspielraum von Presbyterien und Finanzfragen sind zugleich theologische Fragen - Wer macht sich Gedanken über die Folgen?“***



Weltkrieg wurde K. Barths Theologie durch den Umstand ins Recht gesetzt, daß ohne ihn die Barmer Theologische Erklärung von 1934 nicht so staatsdistanziert formuliert worden wäre, wie sie heute dasteht und von den meisten Landeskirchen unter die für sie maßgeblichen Bekenntnisschriften aufgenommen wurde. Obwohl sich zur Zeit des Kirchenkampfes innerhalb der landeskirchlichen Gemeinden bekennende Gemeinden bildeten mit eigenen Mitgliedbeiträgen, etablierte sich nach 1945 sehr schnell wieder die Kirchensteuer als alleinige Form des Mitgliederbeitrages.

Auf liberale Tendenzen in der Theologie reagieren Kirchenleitungen empfindlicher als auf konservative. Ein Beispiel ist für mich die vom Rat der EKD 2015 veröffentlichte Denkschrift zum Sühnetod Jesu. Was die Kirchenmitglieder vom Sühnetod Jesu wissen oder nicht, ist nicht bekannt. Was die Gemeindepfarrer von diesem Dogma halten, ist auch nicht bekannt. Die EKD könnte sich durch eine (anonymisierte) Umfrage unter ihren Pfarrern Kenntnis verschaffen. Das geschieht aber nicht. Warum nicht? Wahrscheinlich, weil man das Ergebnis ahnt und sich zu Konsequenzen genötigt sähe, die man nicht will. Also kann man eine solche Denkschrift am ehesten als Warnung an die eigenen Pfarrer verstehen: „Hüte deine Zunge!“, weniger als eine Mahnung bzw. Glaubenshilfe für Gemeindeglieder und Kirchensteuerzahler, die von einer solchen Denkschrift ohnehin keine Kenntnis nehmen. Ein Kollege sagte mir einmal: „Was uns rheinische Pfarrer zusammenhält, ist nicht das gemeinsame Bekenntnis, sondern die Regimentskasse in Düsseldorf, aus der wir unsern Sold empfangen.“ Richtig ist freilich, dass ein Pfarrer sorgenfreier leben kann, wenn er monatlich auf seinem Konto einen gleichbleibenden „Sold“ erblickt, berechnet nach beamtenrechtlichen Regeln, als wenn er vom schwankenden Wohlwollen seines Presbyteriums oder dem Spendenaufkommen seiner Gemeinde abhängig wäre.

Daß es auch anders geht, zeigt der Fall des holländischen Pfarrers Klaas Hendrikse, der ein atheistisches Manifest geschrieben hat. Die PKN leitete ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn ein, das im Sande verlief, weil seine Gemeinde sich vorbehaltlos hinter ihn stellte, sich tapfer gegen seine Entlassung wehrte und ihn weiter wie bisher bezahlte.<sup>12</sup>

Wie dem auch sei: Die in Deutschland von den Landeskirchen, genauer von deren Verwaltungen, gestaltete und verteidigte Kirchensteuer- und Besoldungspraxis hat nach meinem Eindruck auf Pfarrer eine disziplinierende Wirkung und hemmt eine religiöse Erneuerung in den Gemeinden, die allerdings eine vielgestaltige, von oben schwer zu lenkende sein wird und der Vielgestaltigkeit von Religion in den Köpfen und Herzen der heutigen Deutschen entsprechen würde.

Wenn die Kirchensteuer fällt, kann es sein, dass die Gemeinden eher konservativer auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und politischen Ausrichtung werden. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf die USA zu vermuten, wo jede Gemeinde ihre Mitglieder um einen jährlichen Beitrag bittet, nach Maßgabe des Haushaltsvoranschlages für das nächste Jahr. Wer viel hat, kann viel geben. Wer viel hat, ist unter den herrschenden Verhältnissen reich geworden oder geblieben und hat am wenigsten ein Interesse an Veränderungen der politischen Verhältnisse; er ist eher konservativ. Wer viel zu geben hat, dessen Meinung hat in einer amerikanischen Gemeinde Gewicht. Das kann man bedauern, jedoch schwerlich ändern. Aber vermutlich ist der Anteil der Konservativen unter den praktizierenden und interessierten Mitgliedern unserer evangelischen Gemeinden in den Landeskirchen nicht wesentlich geringer als in den USA.<sup>13</sup> Ihre Meinung als finanzielle Säule der Kirche ist jedoch nicht gefragt und findet auch keine entsprechende Berücksichtigung.

#### **Kirchensteuer auf Kapitalerträge**

Bei einem Fall von Rücksichtslosigkeit ging der Schuss allerdings nach hinten

***„Wie dem auch sei:  
Die in Deutschland  
von den  
Landeskirchen,  
genauer von deren  
Verwaltungen,  
gestaltete und  
verteidigte  
Kirchensteuer- und  
Besoldungspraxis hat  
nach meinem  
Eindruck auf Pfarrer  
eine disziplinierende  
Wirkung und hemmt  
eine religiöse  
Erneuerung in den  
Gemeinden.“***



los: Auf Betreiben kirchlicher Dienststellen fragten 2015 erstmalig Depotbanken beim Bundeszentralamt für Steuern die Konfessionszugehörigkeit der Bankkunden ab, ohne Rücksprache mit den Depotinhabern. Der Verdacht der Kirchenleitungen bestätigte sich: Es gab unter den Bankkunden Kirchenmitglieder, die ihre Kirchensteuer hinterzogen hatten. Ein beträchtliche Zahl der Ertappten reagierte darauf mit Kirchenaustritt. Dieser Vorgang wird im Finanzbericht der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland im Januar 2016 so kommentiert: „Auch die Kirchensteuern auf Kapitalerträge liegen deutlich höher als im vergangenen Jahr, was auf das veränderte Einzugsverfahren zurückzuführen ist. Eingehende Kirchensteuern auf Kapitalerträge werden nun direkt und aufkommensnah verbucht. Mit der Umstellung des Einzugsverfahrens bei der Kapitalertragssteuer ergibt sich eine Steigerung von 8,2 Millionen Euro auf über 22,3 Millionen Euro, also deutlich mehr als eine Verdoppelung.“ M. a. W.: Die Austritte der ertappten Kirchensteuerhinterzieher, die ein Depot besitzen, hauen uns nicht um; sie haben ja ohnehin nichts bezahlt. Im Gegenteil: Der Durchgriff auf die steuerpflichtigen Kapitalerträge der Kirchenmitglieder über das Bundeszentralamt für Steuern ist per Saldo gut gelaufen. Die Austritte wurden mit mehr als einem Doppel an Kirchensteuern auf Kapitalerträge wettgemacht.

Für mich wirft dieser Vorgang ein grelles Licht auf die Mentalität der verfassten evangelischen Landeskirchen in Deutschland. Was ist das für eine Kirche, die ihre Mitglieder nicht direkt fragen kann: „Hast du deine Kirchensteuern bezahlt?“, sondern hinter deren Rücken über staatliche Ämter ihre Steuerehrlichkeit prüfen lässt? Die ZEIT fragt in einem Interview (21. 08. 2014, S. 48) - veranlasst durch die erneute Austrittswelle (Kirchensteuer auf Kapitalerträge) -, Norbert Walter-Borjans, den damaligen Finanzminister von NRW: „Was sollten die Kirchen tun, damit nicht noch mehr Menschen austreten?“ W.-B.: „Bestimmt nicht ihre eige-

nen Werte über Bord werfen. Sie müssen das Gleichgewicht finden zwischen glaubwürdiger Prinzipientreue und zeitgemäßem Auftreten. *Sie müssen ihre Haltung zu den eigenen Mitgliedern überdenken. Da liegt die Verantwortung des Führungspersonals.*“<sup>14</sup>

### **Das zentrale Inkasso der Kirchensteuer**

Peter Sloterdijk schreibt zum „Gesetz der stetigen Erweiterung der Staatstätigkeit“, die von Adolph Wagner (1835-1917), dem rüstigen Entwicklungsoptimisten auf einem Berliner Lehrstuhl, noch durchaus positiv beurteilt wurde [ . . . ], indessen wir heute den Komplex aus Etatismus, Fiskalismus und Interventionalismus eher mit skeptischen Blicken betrachten und in ihm mehr und mehr das absurde Theater einer sich selbst dienenden und kontra-produktiven Großinstitution vermuten.“<sup>15</sup> Ich kann nicht verhehlen, dass die oberste Ebene unserer kirchlichen Institutionen auf mich einen ähnlichen Eindruck macht.

Die Kirchensteuer erweist sich als ein Narkotikum, das die Finanzexperten der Landeskirchen und ihnen folgend deren Synoden benebelt. Es wird der Tag kommen, wo dieses System wie ein Kartenhaus zusammenbricht, und wir sind nicht darauf vorbereitet. Die Volkskirche implodiert. Die gute wirtschaftliche Konjunktur unseres Landes der letzten Jahre verdeckt allerdings mit steigendem (Kirchen-) Steueraufkommen den Schwund der kirchensteuerpflichtigen Gemeindeglieder. „Die Zahl der Mitglieder (der Evang. Kirche im Rhld) ist in 2018 von 2,544 Millionen auf praktisch genau 2,5 Millionen gesunken. Die Kirchensteuern steigen in diesem Zeitraum um etwa 4% von 894,9 Millionen auf etwa 928 Millionen (geschätzt). Weiterhin gilt also, dass die Abhängigkeit der Kirchensteuerentwicklung von der Einkommensteuerentwicklung größer ist als von der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Derzeit wirken sich damit wirtschaftliche Entwicklungen deutlicher auf das Kirchensteueraufkommen aus als die Mit-

***„...indessen wir heute den Komplex aus Etatismus, Fiskalismus und Interventionalismus eher mit skeptischen Blicken betrachten und in ihm mehr und mehr das absurde Theater einer sich selbst dienenden und kontra-produktiven Großinstitution vermuten“  
(Peter Sloterdijk)***



gliedrerentwicklung. Wir kennen dieses Phänomen aus den vergangenen Jahren.“ (aus dem Finanzbericht der Kirchenleitung auf der Synode im Januar 2019).

Es ist weiß Gott nicht leicht, die protestantische Kirche in Deutschland zu leiten: In der DDR hängte sie notgedrungen ein rotes Taschentuch aus dem Fenster mit der Aufschrift „Kirche im Sozialismus“. In der BRD schwimmt sie ungeniert im warmen Becken des vom wirtschaftlichen Wachstum besessenen Kapitalismus.

### Denkschriften

Das öffentliche und private Interesse am Tun und Lassen der Großkirchen in Deutschland nimmt ab. Allenfalls der sog. Missbrauchsskandal zeigt noch Wirkung, leider in negativem Sinn. Obwohl er überwiegend die katholische Kirche betrifft, befinden wir Evangelischen uns in einer ungewollten Haftungsgemeinschaft mit den Katholiken, insofern auch unsere Reputation unter dem Skandal leidet. Es gibt auch eine ungewollte Ökumene.

Ungeachtet des gemeindlichen Desinteresses versucht die EKD unverdrossen, sich mit Denkschriften Gehör zu verschaffen. Wer liest sie? Sind sie Thema in der Gemeinde? Kaum. Denn die sog. Worte und Denkschriften der Kirche werden nicht in Gemeinden initiiert, und ihnen auch nicht vor Veröffentlichung zur Stellungnahme vorgelegt, sondern vom Rat der EKD und deren Kammern, gelegentlich auch von Synoden der Landeskirchen. Ich verweise dazu auf die Kritik von Wolfgang Schäuble:<sup>16</sup>

„In politischen Debatten, etwa über die Flüchtlings- oder Wirtschaftspolitik, bringen sich entschieden vor allem die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und Landeskirchen ein. Sie vertreten Positionen, die dem politisch linken Spektrum zugeordnet werden können. Die ehemalige Ratsvorsitzende Margot Käßmann tritt als Pazifistin auf, in Erinnerung ist ihr Satz von 2010: , nichts ist gut in Afghanistan“. Erst kürzlich sprach

sie sich wieder dafür aus, dass Deutschland das Militär abschaffe, , „wie etwa Costa Rica“. , „Wir Protestanten können wunderbar streiten über unterschiedliche Positionen“, sagte sie auf die Frage nach kircheninternen Diskussionen über solche Positionen, die unter den großen Parteien nur von der Linkspartei geteilt werden. Der amtierende Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, ist in Sachen der Flüchtlingskrise ein entschiedener Befürworter der Regierungspolitik. Er ist gegen eine Begrenzung der Zuwanderung durch Grenzsicherungen und nannte Ängste vor einer Islamisierung Deutschlands ‚kleingläubig‘. Ob sich evangelische Kirchenführer mit ihren öffentlichen Stellungnahmen zu politischen Themen auf die Zustimmung gerade ihrer aktiven Gemeindeglieder stützen können, ist fraglich. Eine „Studie des Pew Centers . . . macht eines deutlich: Menschen, die ihren christlichen Glauben aktiv praktizieren, stehen autoritären, ausgrenzenden und völkischen Einstellungen statistisch aufgeschlossener gegenüber als Menschen, die der Kirche nur auf dem Papier angehören.“<sup>17</sup> Also: Es gibt viel zu reden und zu tun, vor Ort, in den Gemeinden, und das am wenigsten mit Hilfe von EKD-Verlautbarungen.

Würde die EKD ihre Empfehlungen auf das Leben der Christen und die Gestalt der Gemeinde vor Ort richten und ihr behauptetes „Wächteramt“ nicht so sehr auf politische Belange des Bundestages ausdehnen, könnte sie sich so manches „Wort“ und so manche Denkschrift sparen.

In ihren amtlichen Verlautbarungen pflegt die Kirche gern einen prophetischen Gestus und bedient sich der Worte Jesu. Der Rat der EKD ist in seiner Funktion und in seinen Interessen jedoch eher dem Synhedrion von Jerusalem zu vergleichen. Dessen Interesse war darauf gerichtet, die jüdische Religion vor hellenistischen Verfremdungen zu schützen und den Tempelkult in Jerusalem als wirtschaftliche Basis der Priesterschaft zu erhalten. Die kirchliche Hierarchie - vom Rat der EKD über die Bischöfe und Prä-

***„Ungeachtet des gemeindlichen Desinteresses versucht die EKD unverdrossen, sich mit Denkschriften Gehör zu verschaffen. Wer liest sie? Sind sie Thema in der Gemeinde? Kaum.“***



sides, Oberkirchenräte und Kirchenräte in den Landeskirchenämtern bis zu den Gemeindepfarrern - sollte sich bewusst halten, dass Propheten nicht viel galten und gelten in ihrem Vaterland und daß der charismatische Wanderprediger Jesus aus Nazareth nicht der Freund der damaligen „Kirche“ war.

### Vom Kopf auf die Füße stellen

Die synodal-presbyterial geordnete evangelische Kirche im Rheinland sollte sich auf ihre reformierten Wurzeln besinnen, zu denen das Prinzip der Subsidiarität gehört: Basis einer presbyterial-synodal geordneten Kirche ist demnach die Gemeinde. In der Praxis des kirchenleitenden Handelns heute wird aber von oben nach unten durchregiert. Dem entsprechend bildet die Gemeinde in der Hierarchie das Schlusslicht. Kirchenrechtlich heißt das z.B.: Ein evangelischer Christ kann sich seine Gemeinde nicht aussuchen - außer er stellt einen Antrag bei seiner Wohnortgemeinde auf Zugehörigkeit zu einer anderen Gemeinde. Er kann sich in seelsorgerlicher Angelegenheit nicht einmal an den Pfarrer seiner Wahl wenden - von Kirchenrechts wegen -, sondern nur an den für ihn zuständigen. Für Ausnahmen ist - von Rechts wegen - ein Dimissoriale nötig. Zum Glück gibt es bei Sorgen um das leibliche Wohlbefinden das Recht auf freie Arztwahl.

Es gilt, die kirchliche Hierarchie vom Kopf auf die Füße zu stellen, auf die Füße der Gemeinde. Nach betriebswirtschaftlichen Strukturen beschrieben sind zur Zeit die Pfarrer die Filialleiter vor Ort. Der Konzern hat seinen Sitz im Landeskirchenamt.

Eine Gemeinde, im Bewusstsein ihrer Vorrangstellung, muß nicht Ausschau halten nach „Leuchtuern“, die vom Rat der EKD entworfen wurden. Übrigens: Martin Luther übersetzte das griechische ekklesia lieber mit Gemeinde als mit Kirche. Der Synodale Gustav Heinemann plädierte auf der ersten Kreissynode nach dem Kriege in Essen dafür, dass die unter Gottes Wort versammelte Gemeinde

vor Ort das Recht haben müsse, ihre Belange selbst zu regeln.

Kommt doch alles darauf an, den Menschen im Ort, im Dorf, in der Stadt, im Quartier einer Großstadt die Gemeinde Jesu Christi als Ort der Teilhabe von Menschen am verheißenen Reich Gottes und Teilnahme an ihren Nöten und Freuden vor Augen zu stellen und erlebbar zu machen. Gemeinde bedeutet zuallererst Gemeinde vor Ort, in alltäglich vertrauter Umgebung mit Menschen, die man auch außerhalb des Gottesdienstes kennt. Eine zukünftige „Leuchtuern-Gemeinde“ ist eher einem Philatelistenclub vergleichbar, dessen Mitglieder jährlich von weither zusammen kommen, um sich über ihre Raritäten auszutauschen.

### Die Zukunft

Was wird bleiben von den evangelischen Landeskirchen in Deutschland, wenn die herkömmlichen Parochialgemeinden sich verkrümelten haben?

Wahrscheinlich die Landeskirchenämter, als erloschene Leuchtuern der „Kirche der Freiheit“. Vorgezeichnet ist das Ergebnis dieser Entwicklung in der „Klosterkammer Hannover“. Sie ist eine Sonderbehörde des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Sie verwaltet ehemals kirchlichen Besitz, unterhält Kirchen und rund 800 Stifter und Klöster, in denen seit Jahrhunderten, seit der Reformation, keine zölibatäre Nonne und kein Mönch mehr lebt.

Hoffnungsvoll sieht die Zukunft aus, wenn man den Vorstellungen von Jürgen Moltmann folgt:

„Wenn es um die Zukunft der verfassten Kirchen in Deutschland geht, wird das Commitment der Gläubigen in der Gemeinschaft vor Ort entscheidend sein. Ein solches Commitment erwächst nur dort dauerhaft, wo Menschen immer wieder neu erfahren, dass es in der Kirche Jesu Christi um das eigene Leben geht.“ Dazu hat Moltmann, altersweiser Professor für Systematische Theologie in Tü-

**„Wenn es um die Zukunft der verfassten Kirchen in Deutschland geht, wird das Commitment der Gläubigen in der Gemeinschaft vor Ort entscheidend sein. Ein solches Commitment erwächst nur dort dauerhaft, wo Menschen immer wieder neu erfahren, dass es in der Kirche Jesu Christi um das eigene Leben geht.“  
(Jürgen Moltmann)**



bingen, den steuerfinanzierten Landeskirchen eine prophetische Absage erteilt:

«Nur in der versammelten Gemeinde Christi hören die Existenzkämpfe der alten Welt auf und das Leben der zukünftigen neuen Welt Gottes beginnt. Wo eine Gemeinde aus einer Parochie, d.h. aus einem kirchlichen Betreuungsbezirk zu einer Gemeinschaft wird, wird sie selbständig. Es entstehen ein gegenseitiges Anteilnehmen und Teilen und die gegenseitige Hilfe. Es erwachen die Geistesgaben und die Lebenskräfte einer Gemeinde. [...] Wird eine Gemeinde zur Gemeinschaft, dann wird sie auch zur Quelle des Lebens und der Orientierung für viele. Natürlich fordert das die aktive Beteiligung der Gemeindeglieder. Aber eine Kirche, die nichts fordert, tröstet auch nicht. In der Zukunft einer säkularen und multireligiösen Gesellschaft wird die Kirche eine freie Kirche werden müssen, wenn ihre mündigen Glieder es so wollen. Eine von staatlichen Zwängen und ökonomischen Privilegien freie Kirche, aber eine Kirche mit einer universalen Hoffnung auf das kommende Reich Gottes und darum mit einer universalen Mission für das gemeinsame Leben in Gerechtigkeit und Frieden.»<sup>18</sup>

Bedenkenswert, auch für die evangelische Kirchen, die Forderung des katholischen Theologen Hubertus Halbfas:

„Solange die Kirche durch ihre eigene Struktur und Lebensform keine Gemeinden hervorbringt, die dem einzelnen Christ Stimme und Verantwortung gibt, seinen Erfahrungen und seiner Kompetenz Raum läßt, auch die Kirche mitzugestalten, fehlen die Bedingungen für eine neue Lebensform. „Salz der Erde“, „Stadt auf dem Berge“, „Licht der Welt“ kann nicht der einzelne Mensch für sich sein, sondern nur in Gemeinschaft, in der dieses Verständnis strukturelle Voraussetzungen findet. . . Man kann auch nicht Kirche sein, solange diese sich als pastorale Betreuungs- und Versorgungsinstanz versteht, die mit ihren Einrichtungen weiterhin subtile Herrschaftsinteressen verbindet und einer hierarchisch aufgebau-

ten Bürokratie mehr entspricht als einer Verantwortungs-gesellschaft.“<sup>19</sup>

Denn: »Er, Jesus Christus, hat uns zu Königen gemacht und zu Priestern vor Gott, seinem Vater« (Offb 1,5f). Dieser Jubel wird unserer gottesdienstlichen Versammlung heute morgen in den Mund gelegt. Wir sollen ihn hören als unsere eigenen Worte, als unser eigenes Bekenntnis.<sup>20</sup>

Ceterum censeo: Vocem populi esse vocem dei.

#### Anmerkungen:

1. Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, internationaler Zusammenschluss von zur Zeit 230 evangelisch-reformierten Kirchen mit zusammen mehr als 80 Millionen Mitgliedern.
2. Vgl. Menno Aden, Doppelte Mitgliedschaft in der Kirche - Eine Empfehlung für klare Verhältnisse, Dt. Pfarrblatt 3/2017, S. 170 f.
3. Die oft erwogene Abschaffung bzw. Begrenzung von Überhang- bzw. Ausgleichmandaten bei Bundestags- oder Landtagswahlen hat andere Gründe numerischer Art.
4. [www.ekir.de/statistik](http://www.ekir.de/statistik)
5. <https://www.ekd.de/projektion2060-interview-raffelhueschen-45527.htm>
6. Siehe Beiträge im Dt.Pfr.blatt 10/2015 Martin Honecker, „Zwo Kirchen“? - Fragen zum Kirchenverständnis im Reformprozess der EKD, S.552-555; und 11/2015 Andreas Kahnt, „Die Kirche im Dorf lassen!“ S. 612-617. Honecker: „Die Frage ist, woher denn die EKD eine geistliche Autorität nimmt, über die Reform der Gemeinden zu befinden.“(S.554) Als Honecker den Artikel schrieb, wußte er noch nicht, daß sich die EKD inzwischen auf ihrer Herbsttagung 2015 die Qualität einer Kirche zugelegt hat. War sie doch bislang lediglich ein Verband bekenntnisbestimmter Landeskirchen. - Hier und im übrigen Text steht KO für die Kirchenordnung der Evangelische Kirche im Rheinland. <https://www.kirchenrecht-ekir.de/pdf/3060.pdf.de>.
7. „Sie liegen derzeit mit 548,7 Mio. € auf Rekordniveau und werden von den Bundesländern aufgebracht, ohne Ansehen einer Religionszugehörigkeit der Steuerzahler. . . Wichtigste Einnahmequelle ist die Kirchensteuer, die den Kirchen im Jahre 2017. . . zusammen mehr als 12 Milliarden Euro einbrachte.“ (FAZ 18.04.2019).

**„Wird eine Gemeinde zur Gemeinschaft, dann wird sie auch zur Quelle des Lebens und der Orientierung für viele. Natürlich fordert das die aktive Beteiligung der Gemeindeglieder. Aber eine Kirche, die nichts fordert, tröstet auch nicht.“**

8. Siehe Menno Aden, Doppelte Mitgliedschaft in der Kirche in Dt. Pfr.Blatt 3/2017, S. 170 f.
9. Ob die Kirchensteuer vom Kirchenkreis oder zentral von der Landeskirche erhoben wird, macht im Vergleich aller Landeskirchen innerhalb der EKD hinsichtlich der Entscheidung über die Verwendung des Geldes kaum einen Unterschied. „Die Kirchensteuern werden . . . über ein mehrstufiges hierarchisches Verfahren an die Kirchengemeinden weitergeleitet. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht in dem quasi automatisch erfolgenden Finanzausgleich zwischen armen und reichen Gemeinden. . . Das Moment der Laienmehrheit wird gerne zur Charakterisierung der evangelischen Kirche in Deutschland im Unterschied zur katholischen bemüht. Faktisch sind die Synoden als Kirchen-„Parlamente“ auch tatsächlich überwiegend mit Laien besetzt. Die Exekutivorgane, denen die Konkretisierung und Ausführung der durch die Laien beschlossenen Beschlüsse obliegt, sind hingegen fest in den Händen theologischer oder juristischer „Fachleute, die übrigens in aller Regel auch durch Laien getroffenen Beschlüsse vorbereiten.“ So Hilke Rebenstorf (SI der EKD) in ihrem Vortrag auf der internationalen Fachtagung „Zukunft Kirchengemeinden. Congregational Studies Worldwide am 21.-23. März 1916 im Martin Niemöller Haus Schmitten/Evangelische Akademie Frankfurt.
10. Vgl. Peter Strauch und Ansgar Hörsting, Typisch FEG - Glaube, Lehre & Leben in Freien Evangelischen Gemeinden. SCM Bundes-Verlag Witten 2016
11. Siehe Finanzbericht der Rheinischen Landessynode vom Januar 2019: Gestiegene Kirchensteuereinnahmen bei abnehmender Gemeindegliederzahl.
12. Klaas Hendrikse, Glauben an einen Gott, den es nicht gibt. TVZ 2013,
13. Vgl. FAZ 18.12.2017 INSA-UMFRAGE UNTER GLÄUBIGEN: Kein Kirchgang an Weihnachten. Die positive Absicht, einen Weihnachtsgottesdienste zu besuchen, verteilt sich folgendermaßen: „Bei den Unterstützern der Parteien liegen die Anhänger der Union vorn: Jeder dritte Unionswähler (34 Prozent), jeder vierte AfD- (26 Prozent), FDP- (24 Prozent) und Grünen-Wähler (24 Prozent) gab an, einen Weihnachtsgottesdienst besuchen zu wollen. Das Gleiche tat nur jeder fünfte SPD- (21 Prozent) und nur jeder achte Linken-Wähler (12 Prozent). Man staunt: Die AfD-Geneigten folgen unmittelbar auf die christlich gesonnenen Demokraten. Bevor die Kirche sich kritisch über die AfD äußert, sollte sie die Ermahnung Davids an Joab bedenken: „Verfahre mir schonend mit meinem Sohn Absalom!“ 2. Samuel 18,5
14. Kursivsetzung vom Verf. HARo
15. P. Sloterdijk, Was geschah im 20. Jahrhundert? Berlin 2016, Seite 17 f.
16. Das Reformationsjubiläum 2017 und die Politik in Deutschland und Europa, Pastoraltheologie 2016, Heft 1, Seite 44-53. Die FAZ berichtete darüber am 20.02.2016.
17. Henze, A. Kann Kirche Demokratie? Herder 2019, S. 53
18. Moltmann, Jürgen, Die Barmer Theologische Erklärung - ein Bekenntnis? - Vortrag 03.05.2014, im landeskirchlichen Archiv der ELKB in Nürnberg <http://wortmeldungen.de?p=7374>
19. Halbfas, Hubertus, Kurskorrektur, Patmos 2018, Seite 184
20. Bischof Stephan Ackermann, Trier, in einer Predigt 2011

• **Hans A. Rosenboom** war Pfarrer in Düsseldorf und lebt heute im Ruhestand in Essen. Er ist Mitglied des Reformierten Konvents in der Evangelischen Kirche im Rheinland. Email: [ha.rosenboom@gmail.com](mailto:ha.rosenboom@gmail.com)



## Was wäre wenn...

### Meditation über die Kirchenordnung

*Stephan Sticherling*

Vieles, was am kirchlichen Leben als unbefriedigend empfunden wird, lässt sich kaum ändern lassen, weil die Kirchenordnung selbst dafür die Ursache dafür ist. Dennoch sollte man sich wenigstens in der Phantasie vorstellen können, wie es auch sein könnte. So ist die folgende „Meditation über die Kirchenordnung“ entstanden - mit dem Hintergedanken: Was sich in diesem Leben vielleicht nicht mehr ändern lässt, muss dennoch nicht für immer so bleiben.

- **Was wäre, wenn Pfarrerrinnen und Pfarrer nicht mehr Vorsitzende sein könnten und allenfalls nur noch beratendes Stimmrecht in Presbyterium und Synode hätten?**

Pfarrerrinnen und Pfarrer sind laut Artikel 49(2) an der Leitung ihrer Kirchengemeinde beteiligt. Sie sind stimmberechtigte Mitglieder des Presbyteriums (Art. 17). Ihre Mitwirkung in Gremien „ist Dienst“ (Art. 49(4)). Entweder der Vorsitz oder der stellvertretende Vorsitz wird durch eine Pfarrperson ausgeübt (Art. 21). Die Einbindung des Pfarramtes in die Gemeindeleitung mag (nieder-)rheinischer Tradition entsprechen. Notwendig ist sie aber nicht. So gehören etwa, zum Vergleich, Rabbinerinnen und Rabbiner in einer jüdischen Gemeinde als Angestellte dem Gemeindevorstand nicht an, geschweige denn dass sie den Vorsitz oder stellvertretenden Vorsitz dort ausüben (wie übrigens auch im Präsidium des Zentralrats nicht eine einzige theologische Person sitzt). Die Klage über schlechte Predigten, ausgebrannte, erschöpfte, nicht erreichbare oder stets unter Zeitdruck stehende Kolleginnen und Kollegen könnte doch seinen wichtigsten Grund darin haben, dass sie Aufgaben wahrnehmen sollen, die mit ihrem Beruf eigentlich gar nichts zu tun haben.“

schöpfte, nicht erreichbare oder stets unter Zeitdruck stehende Kolleginnen und Kollegen könnte doch seinen wichtigsten Grund darin haben, dass sie – laut Kirchenordnung – Aufgaben wahrnehmen sollen, die mit ihrem Beruf eigentlich gar nichts zu tun haben. Sollten wir Pfarrerrinnen und Pfarrer eigentlich ein Interesse daran haben, diese Funktionen auszuüben? Wäre es für uns wichtig, dass diese Rollenzuteilung der Kirchenordnung so bleibt, oder hätten wir ein Gewinn davon, wenn wir gewissermaßen „entmachtet“ würden und tatsächlich nur noch die Funktionen wahrnehmen, für die wir als Pfarrerrinnen und Pfarrer bestellt sind, also Verkündigung, Sakramentsverwaltung, Unterricht, Seelsorge, Begleitung der Mitarbeitenden, Pflege Geistlichen Lebens und theologisches Engagement?

Die Vorteile lägen ja auf der Hand. Wir hätten tatsächlich in sehr viel größerem Maße die Chance, wirklich präsent (auch im Sinne „liturgischer Präsenz“), ansprechbar, erreichbar zu sein. Wir hätten sehr viel mehr Zeit für Menschen, Theologie und geistliches Leben und endlich die Zeit, die wir für wirklich gute Predigten und Gottesdienst-Vorbereitungen bitter nötig hätten. Der Preis wäre: Wir hätten kein Mitspracherecht mehr bei der Aufstellung des Haushaltes, wir hätten wesentlich weniger Einfluss auf Personal- oder Gebäude-Entscheidungen, wir bekämen möglicherweise nicht mehr alles zur rechten Zeit mit, das Presbyterium wäre ein Gegenüber, dem wir nicht wirklich angehören und dem wir rechenschaftspflichtig wären. Aber hätten wir dadurch wirklich weniger sagen? Hätten wir

**„Die Klage über schlechte Predigten, ausgebrannte, erschöpfte, nicht erreichbare oder stets unter Zeitdruck stehende Kolleginnen und Kollegen könnte doch seinen wichtigsten Grund darin haben, dass sie Aufgaben wahrnehmen sollen, die mit ihrem Beruf eigentlich gar nichts zu tun haben.“**

dadurch nicht, im Gegenteil, auf diese Weise in Wirklichkeit mehr Autorität – gerade weil wir als kompetente(r) Theologin oder Theologe sprechen und die Dinge aus einem anderen Blickwinkel betrachten?

Jede(r) von uns wird das unterschiedlich sehen. Es wird Kolleginnen und Kollegen geben, die solche Einflussmöglichkeiten niemals aus der Hand geben würden, die gerade darin auch ein Stück ihrer beruflichen Erfüllung sehen und durchaus lustvoll den Einfluss ausüben, der ihnen dadurch wächst, und darauf nur ungern verzichten würden. Aber andere – zu denen ich mich selbst auch zähle – würden aufatmen, weil eine Riesenlast von ihnen abfiel und sie tatsächlich endlich „Zeit fürs Wesentliche“ hätten. Sie könnten nicht mehr für etwas zur Verantwortung gezogen werden, was eigentlich nicht in ihren Verantwortungsbe- reich gehört.

Aber dann stellt sich natürlich die Frage, wer die Arbeit machen soll, die dann nicht mehr von Pfarrerinnen und Pfarrern wahrgenommen werden kann. Hier zeigt sich das eigentliche Problem. Es wird sich vermutlich erweisen, dass sie in diesen Leitungs- und Verwaltungsfunktionen praktisch nicht zu ersetzen sind. Die Verbetriebswirtschaftlichung der Kirche – man entschuldige mir dieses Wortungetüm – ist ja tief ins Pfarramt eingedrungen. Pfarrerinnen und Pfarrer sind längst, auch wenn sie das gar nicht wollen, zu Funktionärinnen und Funktionären geworden, auf die man gerade nicht wirklich verzichten kann. Irgendwer muss es doch machen, und wer, wenn nicht das ordinierte Personal? Vermutlich würde die „Entmachtung“ des Pfarrpersonals in diesem Sinne an der einen oder anderen Stelle zum Zusammenbruch kirchlicher Arbeit führen. Pfarrerinnen und Pfarrer sind unersetzlich, aber gerade eben nicht in dem, was sie eigentlich ausmacht.

Wenn die Funktionäre, die es zweifellos auch in der Kirche geben muss, nicht mehr durch das theologische Personal gestellt werden könnte, dann würden

ganz neue Herausforderungen auf unsere Kirche zukommen. Die Frage ist, ob das nicht geradezu wünschenswert ist und angestrebt werden sollte. Es dürften sich mit Gewissheit Personen melden und zur Verfügung stellen, die über die nötigen Qualifikationen verfügen und die entdecken, dass sie da Verantwortung übernehmen könnten und gebraucht werden. Es würde zu einer spannenden Lastenverteilung kommen, die sich belebend auf das kirchliche Geschehen auswirken dürfte. Das wird nicht der Fall sein, wenn die Pfarrpersonen weiterhin die Funktionärsrolle spielen. Sie bleiben weiterhin überlastet. Kaum jemand sonst wird zu motivieren sein, neben ihnen Funktions- und Leitungsaufgaben zu übernehmen, für die sie auch Rechenschaft geben müssten.

- **...niemand dem Presbyterium angehört, der oder die nicht auch wirklich gewählt worden ist?**

Pfarrerinnen und Pfarrer wirken an der Leitung der Gemeinde mit und gehören dem Presbyterium und der Kreissynode auf Grund ihres Amtes an und nicht, weil sie gewählt worden sind. In der Kreissynode sind also rund der Hälfte der Delegierten nicht gewählt und die Superintendent\*innen gehören der Landessynode ihres Amtes wegen an. Daraus lässt sich nun nicht folgern, dass die anderen gewählt wären. Das dürfte für die wenigsten zutreffen: Nach § 23(4) der Presbyterwahlordnung „kann der Kreissynodalvorstand... dem Presbyterium gestatten, die Wahl nicht durchzuführen. Die Vorgeschlagenen gelten als gewählt.“ In diesem Fall hat kein Gemeindeglied Gelegenheit, auf die Zusammensetzung des Presbyteriums Einfluss zu nehmen. Es geht noch weiter: Nach § 33 und 34 können frei gewordene Sitze im Presbyterium durch „Kooptation“, d. h. durch eine geheime Wahl durch die Mitglieder des Presbyteriums mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Man stelle sich vor, ein Gemeinde- oder Stadtrat oder der Bundestag würde sich in einem solchen Fall

***„Pfarrerinnen und Pfarrer wirken an der Leitung der Gemeinde mit und gehören dem Presbyterium und der Kreissynode auf Grund ihres Amtes an und nicht, weil sie gewählt worden sind. In der Kreissynode sind also rund der Hälfte der der Delegierten nicht gewählt.“***



selbst ergänzen – das wäre völlig undenkbar!

Undenkbar wäre im politischen Leben auch die fehlende Öffentlichkeit der parlamentarischen Zusammenkünfte, wie das bei Presbyteriumssitzungen üblich ist, auch wenn die Öffentlichkeit per Beschluss hergestellt werden kann (Art 23 (3) KO). Nach Artikel 24 sind die Presbyterinnen und Presbyter *„in allen Angelegenheiten, die ihnen in Ausübung ihres Amtes, insbesondere in seelsorglichen Zusammenhängen, bekannt werden, oder die ihrer Natur nach vertraulich sind oder als solche bezeichnet sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet, auch wenn sie aus ihrem Amt ausgeschieden sind.“* Das bedeutet, dass ein Presbyterium praktisch frei entscheiden kann, was aus den Sitzungen in die Öffentlichkeit gelangen kann und was nicht. Es ist damit überhaupt kein Problem, sich in kritischen oder konfliktrichtigen Situationen gegen die Öffentlichkeit abzuschotten. In einem Leitfaden für Presbyteriumssitzungen lesen wir: *„Die Mitglieder des Presbyteriums sind grundsätzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet, alle anderen sollten darauf bei Bedarf hingewiesen werden. Presbyteriumssitzungen sind anders als manche Ratsitzungen grundsätzlich nicht öffentlich, dennoch kann z.B. im Gemeindebrief, bei gottesdienstlichen Abkündigungen oder auf der Homepage von den Dingen berichtet werden, die für die übrige Gemeinde interessant und wichtig sind.“*<sup>1</sup> Entscheidend ist hier das Wort: „kann“. Die Gemeindeöffentlichkeit „kann“ informiert werden. Sie muss es aber nicht. Das Leitungsgremium muss sich ihr nicht stellen, wenn es unbequem wird oder wenn es etwas zu verbergen gibt. Genau das ist das Problem. Die Intransparenz presbyterialer Arbeit ist damit schon in der Kirchenordnung festgeschrieben. Wenigstens sollte man meinen, dass das Presbyterium dann aber vor der Gemeindeversammlung Rechenschaft ablegen muss, so wie das in jedem eingetragenen Verein auch geschieht, wobei der Vorstand zwingend im Anschluss an Rechenschafts- und Kassenbericht per Beschluss entlastet werden muss. Nach Artikel 35 soll aber lediglich *„über die Arbeit der Kirchengemeinde und über die Gesamtlage der Kir-*

*che“* – also nicht über die Arbeit des Presbyteriums! – *„berichtet und beraten“* werden. Anträge kann eine Gemeindeversammlung nicht stellen, lediglich sind die Ergebnisse der Gemeindeversammlung festzuhalten und sollen im Presbyterium beraten werden, worüber in der Gemeindeöffentlichkeit dann *„in geeigneter Weise“* berichtet werden soll.

Welche Auswirkungen das auf die Kirchenkreis- und landeskirchliche Ebene hat, will ich hier aus Platzgründen überspringen. Es dürfte aber jetzt schon mit Händen zu greifen sein, dass von demokratischen Verhältnissen im kirchlichen Leben wahrlich nicht die Rede sein kann. Das Erschütternde daran ist, dass dies nicht einmal beabsichtigt ist. In der Gründungsphase der Rheinischen Landeskirche hat man sich ausdrücklich vom Begriff der Demokratie distanziert. Rudolf Harney, damals Präses der Rheinischen Provinzialsynode, stellte 1946 im Zuge der Gründung der neuen Landeskirche fest: *„Wir denken in der Kirche presbyterial, nicht demokratisch. Demokratie ist kein biblischer Begriff. Damit sind wir noch nicht Feinde der Demokratie, aber Demokratie ist ein politischer Begriff... Wir haben Erfahrungen hinter uns, die uns gelehrt haben, wie gefährlich es ist, dem politischen Denken und Handeln Einfluss im Raum der Kirche zu gewähren. Die Kirche hat sich eine Ordnung zu geben, die an der Schrift orientiert ist. Wir sind um des Wesens der Kirche willen abgesagte Feinde ihrer Verpolitisierung. Im politischen Raum hat die Demokratie ihr Recht, im kirchlichen Raum nicht.“*<sup>2</sup>

Es hatte laut Hellmut Zschoch bereits 1835 und 1923 Versuche gegeben, in der Rheinprovinz die presbyterial-synodale Ordnung zu etablieren, aber gleichwohl konnte man sich obrigkeitlichen, d. h. staatlichen und konsistorialen Einflüssen nicht ganz entziehen. Nun aber, 1946, sollte sie vollständig etabliert werden, frei von politischen Einflüssen. Man meinte, deswegen auf Begrifflichkeiten verzichten zu müssen, die im politischen Raum beheimatet sind. Man wollte, so zitiert Zschoch Stimmen auf der damaligen Synode, den erneuten *„Einbruch des politischen*

***„Es dürfte mit Händen zu greifen sein, dass von demokratischen Verhältnissen im kirchlichen Leben wahrlich nicht die Rede sein kann. Das Erschütternde daran ist, dass dies nicht einmal beabsichtigt ist.“***



*Geistes*“ als „Einfallstor der Unkirchlichkeit“ verhindern, und „politische Wahlmethoden“ nicht in den Raum der Kirche übertragen.<sup>3</sup> Es ist geradezu tragisch, dass diese Abstinenz von politischer Begrifflichkeit ausgerechnet den Begriff der Demokratie trifft, da es ja gerade nicht demokratische Bestrebungen waren, die die Kirche unter staatliche und konsistoriale Bevormundung stellten. Seitdem hört mein gleichwohl in der Rheinischen Kirche immer wieder die stehende Redewendung: Wir sind ja nicht demokratisch, sondern presbyterial-synodal aufgestellt. Wenn aber „presbyterial-synodal“ nicht dasselbe „demokratisch“ sein soll, wo liegt der Unterschied? Mit Hilfe welcher Kriterien lässt sich eine presbyterial-synodale Ordnung überprüfen, die nicht auch für jede demokratische Ordnung gelten müssten? Statt von einer demokratischen von einer christokratisch begründeten – „an der Schrift orientierten“ – Ordnung zu sprechen<sup>3</sup> führt auch nicht weiter: Hier werden die verschiedenen Ebenen – die des Bekenntnisses (etwa im Sinne von Barmen III) und die der rechtlichen Definition – vermischt, so dass es keine klaren Kriterien gibt, mit denen man dies überprüfen könnte. Die Folge davon ist Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Es kann mit demokratisch sauberen Entscheidungsvorgängen nicht mehr verlässlich gerechnet werden und es ist zu vermuten, dass sich hinter der Berufung auf presbyterial-synodale Prinzipien reichlich Willkür verbirgt.

Demokratisch wäre, wenn Mitglieder von Presbyterien und Synoden wirklich gewählt würden. Da das häufig nicht der Fall ist, vertreten solche Presbyterinnen und Presbyter bzw. Synodale niemanden und niemandes Interesse. Sie sind niemandem Rechenschaft schuldig. Sie müssen denen, die sie gewählt haben, nicht Rede und Antwort stehen, die gibt es ja nicht. Sie haben von niemandem einen Auftrag bekommen. Sie mussten ja niemanden überzeugen, um gewählt zu werden. Anders als Parlamentarier oder auch einfach nur Mitglieder eines Vereinsvor-

standes können sie ihr Mandat von einem auf den nächsten Augenblick verlassen, und sei es, weil sie einfach keine Lust mehr haben – niemand wird sie je wieder behelligen. Und sollte ein Presbyterium tatsächlich einmal arbeitsunfähig sein, beruft der KSV dann eben einen Bevollmächtigtenausschuss ein, der sich demokratischer Legitimation erst recht nicht stellt. Mit anderen Worten: ein Großteil der Mitglieder kirchlicher rheinischer Entscheidungsgremien muss nicht wirklich Verantwortung übernehmen. Sie können sich ihr jederzeit einfach und problemlos entziehen. Es wird sich schon jemand finden lassen, der für sie einspringt, oder eben auch nicht.

Dass Menschen mit echten Kompetenzen und Fähigkeiten und mit der Ambition, ihr Können auch unter Beweis zu stellen, kaum ein Interesse daran haben, solche Ämter anzustreben, liegt auf der Hand. Wer keine echte Verantwortung übernehmen kann, der kann ich auch nichts bewirken und dem wächst auch, als berechtigtem Lohn für die Mühen, keine öffentliche Anerkennung zu. Noch gravierender ist die Frage, wie solche demokratisch ausgesprochen schwach legitimierten Gremien die Kirchenkreisvorstände und die Kirchenleitung kontrollieren wollen. Es dürfte wahrlich keine Kunst sein, diese Gremien so zu steuern, dass die nicht wirklich merken, was da vor sich geht. Wenn deren Mitglieder sich tatsächlich der Wahl stellen müssten, d. h. also auch damit rechnen müssen, nicht gewählt oder abgewählt zu werden, sähe die Sache ganz anders aus. Wenn sie Rechenschaft ablegen und Auskunft geben müssen, was sie in ihrer Zeit als Mitglied des Leitungsgremiums getan und unterlassen haben, würden sie wohl sehr viel genauer darauf schauen, was die kreiskirchliche oder landeskirchliche Leitung gerade tut, die dann nicht mehr so ohne weiteres schalten und walten könnte.

Damit sind wir aber noch nicht am Ende der Problematik angelangt. Sie verschärft sich noch einmal.

**„Es kann mit demokratisch sauberen Entscheidungsvorgängen nicht mehr verlässlich gerechnet werden und es ist zu vermuten, dass sich hinter der Berufung auf presbyterial-synodale Prinzipien reichlich Willkür verbirgt.“**



• **...Beschlüsse im Presbyterium nicht mehr einmütig gefasst werden müssten?**

Dass es wie im öffentlichen Leben auch in der Kirche Machtkämpfe, Konflikte, Rivalitäten, Kampfabstimmungen, Spaltungen und gegenseitiges Misstrauen gibt, ist offensichtlich. Die Frage ist, ob es sie auch geben *darf*. Anders formuliert: Ist es schlimm, wenn es in einem Leitungsgremium zu Streit kommt? Oder muss er in jedem Fall vermieden werden? Folgt man den Anweisungen der Kirchenordnung, dann ist Streit eigentlich nicht vorgesehen und es zumindest etwas anrühlich, wenn es dazu kommt. Laut Artikel 27, 106, 118, 142, 155 und 160 der Kirchenordnung sollen sich die Leitungsgremien der Rheinischen Kirche „bemühen“, ihre „Beschlüsse einmütig zu fassen“. Was jedoch „einmütig“ ist bzw. wann eine Entscheidung einmütig getroffen wurde und wann nicht, lässt sich nicht exakt beschreiben, abgesehen davon, dass die Beschlüsse in dieser Weise nur gefasst werden *sollen*. Wenn aber eine genaue Beschreibung dessen, was gemeint ist, nicht möglich ist, warum steht diese Bestimmung gleich sechsmal in der Kirchenordnung? Der schon genannte „Leitfaden zur Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen im Kirchenvorstand“ versucht, diese Frage zu klären. Böhlemann schreibt zunächst: „Es bedeutet..., dass alle Mitglieder zu den gemeinsamen getroffenen Beschlüssen stehen, unabhängig davon, wie sie persönlich abgestimmt haben“<sup>4</sup>. Ein solches Verhalten ist für demokratische Entscheidungsprozesse selbstverständlich – dafür wie auch für die später folgenden Ratschläge für eine gute Beschlussvorbereitung wird die Einmütigkeitsforderung nicht benötigt. Aber im nächsten Satz wird die Katze aus dem Sack gelassen: „Es bedeutet auch, dass abweichende Meinungen oder interne Auseinandersetzungen nicht an Dritte weitergegeben werden.“ Mit anderen Worten: Wer bei einem Beschluss des Presbyteriums, der in der Regel nicht in geheimer Abstimmung erfolgt (Artikel 27(3)), dagegen gestimmt hat, der hat gefälligst über seine abweichende Meinung für immer zu schweigen. Gab es

interne Auseinandersetzungen, darf davon unter keinen Umständen etwas nach außen dringen. Fliegen also in der Sitzung die Fetzen, soll das Presbyterium nach außen so tun, als wären alle Beschlüsse in großer Einigkeit getroffen worden, unabhängig davon, wie es wirklich war. Wenn das wirklich mit „Einmütigkeit“ gemeint sein sollte, dann ist die Heuchelei in der Kirchenordnung gewissermaßen programmiert.

Das Schlüsselproblem liegt darin, dass auch hier die Ebenen vermischt werden. Die Einmütigkeitsforderung wird nicht in der Sprache des Rechtstextes, sondern als moralischer Appell formuliert. Rechtlich ist nicht überprüfbar, ob die Einmütigkeit gegeben ist oder nicht. Das hat zur Folge, dass die Auseinandersetzung von der Sachebene auf die Beziehungsebene verlagert wird, also nicht mehr sachlich, sondern emotional geführt wird. Statt eine wenn auch umstrittene Sachentscheidung zu treffen, steht plötzlich der ein- oder gegenseitige Vorwurf ausgesprochen oder unausgesprochen im Raum, die Einmütigkeit zu verletzen: Wer dagegen ist, verstößt gegen die Einmütigkeit. Wenn dann über die so entstandene Situation nach außen auch noch Stillschweigen gewahrt werden soll – und es ist in aller Regel zu erwarten, dass gerade das nicht geschieht – dann wird der Konflikt, statt ihn zu entscheiden, dauerhaft verfestigt. Die Tendenz einen Streit zu vermeiden, statt zu entscheiden und damit für lange Zeit schwelen zu lassen, ist in kirchlichen Kreisen ausgeprägt, was von vielen bestätigt würden dürfte. Die Folge davon sind die vielen, fast schon vertrauten, über lange Zeiten hinweg ungelösten und verhärteten Konflikte, die oft erst mit der räumlichen Trennung der handelnden Personen und dem Abbruch der Kommunikation im Sande verlaufen.

Der Stärke von Demokratie ist nicht, den Streit zu vermeiden, sondern ihn zu klären und zu entscheiden. Dass allzumal gestritten wird, ist dabei als Normalzustand vorauszusetzen. Dabei wird es immer wieder Sieger und Verlierer geben. Streit, Auseinandersetzungen, auch

**„Das Schlüsselproblem liegt darin, dass die Ebenen vermischt werden. Die Einmütigkeitsforderung wird nicht in der Sprache des Rechtstextes, sondern als moralischer Appell formuliert.“**

Machtkämpfe und Kampfentscheidungen dürfen sein – auch in der Kirche. Es muss die Möglichkeit geben, sich ggf. „durchzusetzen“, was voraussetzt, dass man den Machtkampf auch verlieren kann und sich dann damit abfinden muss. Es muss auch möglich sein, den Streit in der Gemeindeöffentlichkeit auszutragen, denn die hat schlicht einen Anspruch darauf, zu erfahren, was im Leitungsgremium oder zwischen anderen handelnden Personen umstritten ist. Oft können nur so längst fällige Änderungsprozesse in der Kirche in Gang gesetzt werden. Die kirchliche Neigung, über gerade herrschende Konflikte den Mantel des Schweigens zu werfen, sorgt für die im Raum der Kirche oft anzutreffende, sich auf alles wie Mehltau legende Atmosphäre verborgenen Misstrauens.

### Fazit

Wenn man Gisela Kittels Überlegungen zur „Anrufung des Namen Gottes inmitten einer gottvergessenen Welt“ in diesem Heft<sup>5</sup> in die Betrachtung mit einbezieht, könnte man es so formulieren: Erst wird dem Pfarrpersonal die Gemeinde- und Kirchenleitung aufgedrückt und man lässt Leute Entscheidungen treffen, für die sie niemand gewählt hat. Das wird sorgfältig vor der Öffentlichkeit abgeschirmt und man sorgt vergeblich dafür, dass von den drinnen schwelenden Konflikten nichts nach außen dringt und tut so, als würde alles einmütig ablaufen, was einem natürlich niemand abnimmt. Dann wundert man sich, dass die öffentlichen Sonntagsgottesdienste so schlecht besucht sind und stellt schließlich fest, dass sie sich für die paar Leute nicht mehr lohnen. Man hofft, die Kirche damit retten zu können, indem man meint, sie an den Gemeinden vorbei und – durchaus im Doppelsinn des Wortes – von oben herab durch allerhand zielgruppenorientierte Gottesdienste ersetzen zu können.

Wir müssen entscheiden und wissen, wo wir hinwollen und dann diesen Weg Stück für Stück konsequent gehen. Sonst

kommen wir aus der beschriebenen Sackgasse nicht mehr raus. Entscheidend dafür wird sein, die Hoheit und Unabhängigkeit der Ortsgemeinde zu gewährleisten. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen mit Kompetenzen, Ambitionen und Herzblut mit ihr identifizieren und dafür interessieren, Verantwortung zu übernehmen und etwas bewirken zu wollen – und auch dafür, dass die Motivation, sie zu wählen, deutlich zunimmt. Das wird die Gemeinden einem tiefgreifenden, aber unvermeidlichen Wandel aussetzen. Sie dürfen nicht länger die von oben gesteuerten Unterabteilungen der Kirchenkreise sein. Es stellt sich die Frage, ob die Definition einer Gemeinde durch eine Region oder durch territoriale Grenzen noch zeitgemäß ist und ob sie sich nicht besser statt auf ein Gebiet auf den Ort bezieht, an dem sie ihre Gottesdienste feiert. Es ergibt keinen Sinn, die Mitgliedschaft in einer Gemeinde - in der Regel - vom Wohnsitz abhängig zu machen statt von der eigenen Entscheidung, dieser Gemeinde angehören zu wollen. Gemeinden müssen sich selber gründen oder auflösen, vereinigen oder aufspalten, miteinander kooperieren oder auch konkurrieren können. Die übergeordneten Leitungsebenen haben kein Recht, sich in solche Entscheidungen einzumischen, sie haben lediglich beratende, aufsichtliche, konfliktregulierende und repräsentative Funktion.

### Anmerkungen:

1. Böhlemann, Peter, Leiten im Presbyterium. Ein Leitfaden zu Vorbereitung und Durchführungen von Sitzungen im Kirchenvorstand, 2018. (<https://www.ekir.de/gender/Downloads/Leiten-im-Presbyterium.pdf>)
2. Zschoch, Hellmut, Die presbyterial-synodale Ordnung, 2006, Seite 5: (<https://www.ekir.de/www/downloads-archiv/VortragPresbyterial-synodaleOrdnung.pdf>)
3. Zschoch, Seite 14
4. Zschoch, Seite 5
5. Böhlemann, Seite 11 (auch folgendes Zitat)
6. Seiten 35-40

***„Es muss auch möglich sein, den Streit in der Gemeindeöffentlichkeit auszutragen, denn die hat schlicht einen Anspruch darauf, zu erfahren, was im Leitungsgremium oder zwischen anderen handelnden Personen umstritten ist.“***

- ***Stephan Sticherling*** lebt in Düsseldorf und nimmt zur Zeit eine Vakanzvertretung in Solingen wahr. Seit 2019 ist er stellvertretender Vorsitzender des Pfarrvereins.



## Hans-Joachim Barkenings: EIN LÄCHELN EINE ANGST

ausgewählt aus seinen poetischen Texten - Rezension

*Paul Gerhard Schönborn*

Der Theologe Hans-Joachim Barkenings (1933 – 2016) war mein Kollege. Ich erinnere mich gut daran, wie er in den siebziger Jahren uns Studentenpfarrern bei einem Pastorkolleg in Rengstorf einen Abend lang eine Auswahl seiner Aphorismen und seiner Gedichte vorlas.

Es war die Zeit, als die achtundsechziger Aufbrüche ausliefen, als „alternativer Lebensstil“ das Programm der Stunde war. Ich habe nicht vergessen, was Hajo, wie er allgemein von uns angeredet wurde - bescheiden lächelnd, fast entschuldigend – zur Einführung sagte: „Jeder will heutzutage kreativ sein; die einen töpfern, andere malen, wieder andere lernen stricken. Da wollte ich gerne mitmachen und auch kreativ werden. Aber töpfern, malen, stricken – das kann ich nicht. Ich habe nur gelernt, mit dem Wort zu arbeiten. So habe ich angefangen, Aphorismen und Gedichte zu schreiben.“

Uns hat es damals den Atem verschlagen, was Hajo uns vortrug. In einem Satz vernahm wir komprimierte Zeitanalyse, Gesellschaftskritik, engagierte Standpunkte. In wenigen, bewusst gesetzten Worten Wahrnehmung der Umwelt, Selbstbeobachtung, Empfindung.

*Lungen  
filtern moderduft  
noch ungestorbener tode*

*schaudernd  
entdecken wir  
unsere bestimmung*

*gelebt zu haben  
wird strafbar bleiben*

*das urteil ergeht  
in letzter instanz*

So wie damals in Rengsdorf hatten wir Hajo noch nie erlebt, sondern immer als nüchternen, überlegten, manchmal wortkargen Theologen, der sich an der Schuld Deutschlands und des deutschen Protestantismus am Holocaust abarbeitete, sich für Abrüstung und Frieden engagierte und im Übrigen in kirchenleitenden Positionen stille Kärnerarbeit leistete.

Einige seiner poetischen Texte hat Hans Joachim Barkenings seinerzeit in kleinen Broschüren veröffentlicht. Manches andere schenkte er Freunden. Einiges fand man in seinem Nachlass. Okko Herlyn, mit dem er jahrelang literarische Abende gestaltete, hat nun eine wohl komponierte Sammlung dieser meisterhaften Miniaturen herausgegeben.

Auf der Rückseite des Covers liest man: „Eindringliche Bildfragmente wechseln mit wörtlichen Alltagsfetzen, zarte, verletzliche Impressionen mit eruptiven, gar ordinär erscheinenden Benennungen des Banalen. Inhaltlich geht es um die vielfachen Erfahrungen mit der deutschen Geschichte, um die immer wieder anklingende Beziehung zu Israel, um Liebe, Anfechtung und Tod.“

Und um fragenden Glauben:

*STRASSE NACH EMMAUS*

*distanz der verzweiflung*

*auf jeder meile  
das grab einer hoffnung*

*ein weg in die nacht*

*ebe der tag sich neigt  
geht einer mit*

*ebe der abend kam  
brannte das herz*



Hans-Joachim Barkenings:  
„EIN LÄCHELN  
EINE ANGST“ -  
ausgewählt aus seinen  
poetischen Texten –  
hg. v. Okko Herlyn,  
Mercator Verlag Duisburg  
2018, 142 Seiten, 18,00 €,  
ISBN 978-3-946895-20-8



**Vorstandsmitglieder des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland:**

**Vorsitzender**

Friedhelm Maurer, Gemünden (Hunsrück)  
Telefon: 06765-557 - Email: Friedhelm.Maurer@t-online.de

**Stv. Vorsitzender, Schriftleiter**

Stephan Sticherling, Düsseldorf  
Telefon: 0152-21523490 - Email: stephan.sticherling@ekir.de

**Geschäftsführer**

Gerhard Rabiuss, Meisenheim  
Telefon: 06753-123634 - Email: Gerhard.Rabiuss@t-online.de

**Kassenführer**

Arnulf Linden, Bornheim  
Telefon: 02227-7630 - Email: alinden@t-online.de

**Beisitzer**

Prof. Dr. Reinhard Schmidt-Rost, Bonn  
Telefon: (0228) 73-7510 - Email: r.schmidt-rost@uni-bonn.de

**Beisitzerin**

Brigitte Keuer, Ratingen  
Telefon: (0211) 93 88 26 74 - Email: brigitte.keuer@ekir.de

**Beisitzer**

Dirk Voos, Bonn  
Telefon (0228) 69 74 91 - Email: d.voos@bonn-evangelisch.de

**IMPRESSUM**

**INFO-Brief** – Mitteilungen des Ev. Pfarrvereins im Rheinland e. V.

[www.epr.de](http://www.epr.de)

Herausgeber: Ev. Pfarrverein im Rheinland e. V.,  
Pfarrer Friedhelm Maurer (Vorsitzender),  
Panzweilerstraße 38, 55490 Gemünden.

Redaktion und Layout: Stephan Sticherling  
eMail: stephan.sticherling@ekir.de  
Telefon: 0152 21523490

Adressverwaltung: Geschäftsstelle des Ev.  
Pfarrvereins im Rheinland, Pfr. i. R. Gerhard Rabiuss,  
Carl-Hellermann-Str. 29, 55590 Meisenheim

Druck: Gemeindebriefdruckerei, Martin-Luther-Weg  
1, 29393 Groß Oesingen  
Versand: Diakonie Werkstätten, Hans-Schumm-Str.  
10, 55543 Bad Kreuznach

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung  
des Verfassers bzw. der Verfasserin wieder und  
stellen nicht zwangsläufig eine Position des Pfarrver-  
eins dar.

**Die nächsten Termine für den Evangelischen  
Pfarrerinnen- und Pfarrertag:**

**9. November 2020  
8. November 2021**

**im Uni-Club, Konviktstraße 9, 53113 Bonn**



DEUTSCHER  
PFARRERINNEN-  
& PFARRERTAG  
*Was uns betrifft.*



Fotos: Christian Schauderna

Alle zwei Jahre findet der **Deutsche Pfarrerinnen- und Pfarrertag** statt. Und das seit 1892! Zu der Tagung kommen gewöhnlich mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und Europa. Sie treffen sich in einladenden und interessanten Städten unter einem gesellschaftlich relevanten Thema wie zuletzt in Augsburg zu „Religion und Gewalt“ oder 2016 in Lübeck unter dem Motto „endlich leben“. Dabei geht es um Theologie, um Werte, um Verantwortung, um den Auftrag der Kirche.

Für den Blick von außen werden namhafte Referenten aus Wirtschaft, Politik oder Medien eingeladen. Zu Wort kommen aber auch Persönlichkeiten aus Theologie und Kirche. Sie alle stellen sich engagiert und kenntnisreich dem Thema der Tagung und den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

**2020 ist es wieder soweit!** Gemeinsam mit dem Sächsischen Pfarrverein lädt der Verband evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland nach Leipzig ein. Vom 28. -30. September wollen wir gemeinsam Gottesdienst feiern, thematisch arbeiten, festliche Abende erleben und die Stadt mit ihrer reichen Kultur und Tradition kennenlernen. **Seien Sie dabei!**

